



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

MAI 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Babysegen auf Schloss Fischbach

Ein dreifaches Vive und Kanonengedonner: Seit gestern Morgen ist das Großherzogtum um einen Thronfolger reicher

Von Nathalie Roden

Es ist ein Junge! Monatlang mussten sich die Luxemburger gedulden, um zu erfahren, ob das Land in absehbarer Zukunft zur Abwechslung wieder einmal von einer Frau angeführt wird oder ob das sprichwörtliche Zepter doch in Männerhand bleibt. Nun ist es endlich offiziell: Gestern um 5.13 Uhr – 45 Minuten vor Sonnenaufgang – erblickte Charles Jean Philippe Joseph Marie Guillaume in der Maternité Grande-Duchesse Charlotte das Licht der Welt. Das gab der großherzogliche Hof gestern Morgen in einer offiziellen Stellungnahme bekannt. „Mutter und Baby geht es gut“, heißt es in dem Schreiben. „Das erbgroßherzogliche Paar freut sich jetzt schon darauf, das Kind seinen Landsleuten vorstellen zu können.“

Besondere Willkommensgrüße

Um die Geburt des Prinzen gebührend zu würdigen, feuerte die Armee um 12 Uhr oberhalb des Rham-Plateaus 21 Salutschüsse ab. Zuvor hatte auch schon Weihbischof Leo Wagener zu Beginn der Sonntagsmesse im Rahmen der Oktave der großherzoglichen Familie zum Nachwuchs gratuliert: „Altesses Royales, Eure Freude ist auch unsere Freude“, sagte er. „Mit unserem Gebet in der Kathedrale stellen wir den neuen Prinzen unter den Schutz der Maria, deren Namen er ja auch trägt.“

Das Kind wird – wie auch schon sein Vater und sein Großvater, Großherzog Henri – auf Schloss Fischbach aufwachsen, dem neuen Zuhause von Erbgroßherzog Guillaume und seiner Gattin Stéphanie,

die vor ihrem Einzug zu Fortbildungszwecken ein Jahr in London verbracht hatten. Es sei „ein magischer Ort für ein Kind“, wie die Nummer zwei am großherzoglichen Hof im Januar in einem überraschend offenen Interview mit der Zeitschrift „Point de Vue“ schwärmte. Nicht zuletzt auch aufgrund der umliegenden Wälder. Er würde sich eine Freude daraus machen, das Anwesen und seine geheimen Winkel mit seinem Kind zu erkunden.

„Ein Freudengebrüll“

Lange hatte das Paar, das seit mehr als sieben Jahren verheiratet ist, auf Nachwuchs warten müssen. Daraus machte es im „Point de Vue“-Gespräch keinen Hehl. Umso größer sei schließlich die Freude gewesen, als sie Ende 2019 von der Schwangerschaft erfuhren. „Es war ein Freudengebrüll“, verriet der Thronfolger. Drei Monate behielten sie ihr kleines Geheimnis – ihren „blinden Passagier“ – für sich, bevor sie ihrer Familie im Rahmen einer fingierten Einweihungsparty die freudige Nachricht verkündeten.

Am 6. Dezember 2019 ließen sie dann auch die ganze Welt an ihrer Freude teilhaben. Besonders freuten sie sich über die positive Anteilnahme der Luxemburger. „Ein Baby bedeutet universelle Freude; es ist ein Licht, das die Menschen zusammenführt“, reflektierte Stéphanie damals.

Für Großherzog Henri und Erbgroßherzogin Maria Teresa ist Charles Jean Philippe Joseph Marie Guillaume bereits das fünfte Enkelkind. Prinz Félix und Prinz Louis schenken ihnen in den ver-

gangenen Jahren je zwei Enkel. Trotzdem dürfte die Freude in diesem Fall besonders groß ausfallen, seien die Großeltern doch geradezu euphorisch und die Erleichterung groß gewesen, als sie von der Schwangerschaft erfuhren, so Guillaume. Kein Wunder also, dass sie den Thronfolger in den darauffolgenden Monaten mit Ratschlägen versorgten, um die werdende Mutter bestmöglich zu umsorgen.

Traditionsreiche Vaterfreuden

Es ist dann auch Großherzog Henri, an dem sich der frischgebackene Vater offenbar künftig ein Beispiel nehmen will. „Er liebte es mit uns in die Wälder zu gehen. Er röstete Kastanien mit uns und erzählte uns Märchen. Es war fantastisch“, schwelgte der 38-Jährige zu Beginn des Jahres in Kindheitserinnerungen.

Die ihnen bevorstehende Zeit nach der Geburt betrachten die frischgebackenen Eltern als Lernphase. Angst hätten sie aber keine: „Wir stammen beide aus großen Familien und verfügen über einen guten Rückhalt“, ist sich die 36-jährige Neumama sicher. Stéphanie ist das jüngste von acht Geschwistern, ihr Ehemann Guillaume der älteste Bruder unter fünf Geschwistern.

Zum Zeitpunkt des Interviews war die Ausnahmesituation, welche die Covid-19-Pandemie mit sich brachte, allerdings noch nicht absehbar. So werden auch Guillaume und Stéphanie vermutlich mit neuen Herausforderungen zu kämpfen haben und öfter auf sich

alleine gestellt sein, als dies üblicherweise der Fall wäre. Wichtig ist dem Paar aber vor allem, dass das Kind Geborgenheit erfährt und es trotz der künftigen Rolle seine Kindheit und Jugend unbeschwert ausleben darf.

Denn obwohl das Paar das Geschlecht des Kindes im Laufe der Schwangerschaft nicht verriet, stand von vorne herein fest: Es wird ein Thronfolger. Dies war nicht immer der Fall. Erst durch ein im Jahr 2011 in Kraft getretenes Gesetz tritt das Erstgeborene des jeweiligen Regenten dessen Erbfolge an, unabhängig vom Geschlecht. Vormalig traten nur Frauen an die Spitze des Großherzogtums, insofern kein direkter männlicher Nachfolger diese Aufgabe übernehmen konnte.

Mit unserem Gebet in der Kathedrale stellen wir den neuen Prinzen unter den Schutz der Maria, deren Namen er trägt.

Weihbischof Leo Wagener

Ein Baby bedeutet universelle Freude; es ist ein Licht, das die Menschen zusammenführt.

Erbgroßherzogin Stéphanie

Wieder ein Charles für Luxemburg

Erbgroßherzogin Stéphanie brachte gestern einen kleinen Prinzen zur Welt

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

In Zukunft hat der 10. Mai in Luxemburg auch einen positiven Klang, es gibt etwas zu feiern. Denn gestern kam, genau 80 Jahre nach einem düsteren 10. Mai, ein weiterer Thronfolger zur Welt. Gestern morgen veröffentlichte das großherzogliche Hofmarschall-Amt, folgende Meldung: „Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin haben die große Freude, die Geburt ihres Sohnes an diesem Sonntag, dem 10. Mai 2020, um 5.13 Uhr in der Maternité Grande-Duchesse Charlotte in Luxemburg anzukündigen. Er wird die Vornamen Charles Jean Philippe Joseph Marie Guillaume tragen.“ Der neugeborene Prinz, der per Kaiserschnitt zur Welt kam, wog bei seiner Geburt 3.190 Gramm bei einer Größe von 50 cm. Mutter und Kind geht es gut. Mit donnernden 21 Salutschüssen wurde das freudige Ereignis den Bewohnern der Hauptstadt bekannt gemacht. Da auch neugeborenen Prinzen auf die Regeln zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie achten müssen, lernten seine Großeltern, Großherzog Henri und Großherzogin Maria Teresa, ihren jüngsten Enkel per Skype kennen, waren aber deswegen nicht weniger begeistert über den nächsten Thronfolger. Ebenfalls aufgrund der Covid-19 Vorschriften hat der Großherzogliche Hof ein virtuelles Gratulationsbuch unter der Adresse bit.ly/felicitationsnaissance aufgelegt. Postalische Glückwünsche können an die Anschrift Château de Fischbach, L-7430 Fischbach gerichtet werden.

CHARLES

Ein großer Name für Luxemburg und Nassau

Charles de Luxembourg, Charles de Nassau, 1927 – 1977, war der Bruder von Großherzog Jean und damit Urgroßonkel des neuen Prinzen Charles.

Karl von Luxemburg, 1316 – 1378, Sohn Johann des Blinden, als Karl IV. römisch-deutscher König (ab 1346) und Kaiser (ab 1355).

Glückwünsche der Regierung

In einem offiziellen Statement gab auch das Staatsministerium die Geburt des Prinzen bekannt. Der Premierminister sandte im Namen der Regierung Glückwünsche den Großherzog und die Großherzogin, und den Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin.

Die „Chamber“ freut sich

Natürlich hat sich auch das Parlament, die Abgeordnetenkammer, mit Glückwünschen gemeldet. Im Namen der Abgeordnetenkammer gratulierte deren Präsident, Fernand Etgen, zur Geburt des Prinzen Charles Jean Philippe Joseph Marie Marie Guillaume. „Unsere besten Glückwünsche gehen an den kleinen Prinzen Charles“, schrieb der „Erste Bürger“ in seinem Brief. Am Abend gratulierten auch die Justizbehörden den jungen Eltern per Schreiben.

Statt Geschenke bitte Spenden

Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin möchten, anstelle eventuell zugedachter Geschenke, lieber Spenden für benachteiligte Kinder. Sowohl für Kinder in prekärer Lage in Luxemburg, als auch für Kinder in den Ländern in denen sich Hungerkatastrophen durch Covid-19 noch verschärft hat. Eventuell zugedachte Spenden zur Geburt des kleinen Prinzen sollen bitte an die „Fondation du Grand-Duc et de la Grande-Duchesse“ gerichtet werden. ●

Aus der Linie der Luxemburger ist noch **Charles II. de Luxembourg** (Karl II. von Luxemburg-Ligny), 1576 – 1608, Unterstützer des französischen Königs Henri IV, zu erwähnen, mit dem die Linie Luxemburg-Ligny ausstarb.

Karl August von Nassau, 1685 – 1753, war von 1719 bis 1753 Fürst von Nassau-Weilburg.

Karl Christian von Nassau, 1735–1788, war von 1753 bis 1788 Fürst von Nassau-Weilburg.

„Es war ein magischer Moment“

Am Sonntag um 5.13 Uhr hat der kleine Prinz Charles zum ersten Mal das Licht der Welt erblickt. Das teilten die Eltern, das erbgroßherzogliche Paar Guillaume und Stéphanie, am Sonntagmorgen mit.

LUXEMBURG (tgbf) „Charles ist heute ganz früh zur Welt gekommen – es war ein magischer Moment“, mit diesen Worten verkündete Erbgroßherzog Guillaume am Sonntag per Videostream die Geburt seines ersten Kindes: Der kleine Prinz Charles, mit vollem Namen Charles Jean Philippe Joseph Marie Guillaume, wog bei der Geburt 3,190 Kilogramm und hat eine Größe von genau 50 Zentimetern. Er kam um 5.13 Uhr zur Welt.

„Für meine Frau und mich ist dieser Tag natürlich einer der schönsten, die man sich im Leben von Eltern erwarten kann“, sagte Guillaume. Dabei sei die Geburt kein „einfacher Moment“ gewesen. Charles kam per Kaiserschnitt in der „Maternité Grande-Duchesse Charlotte“ des CHL in Luxemburg-Stadt zur Welt. „Meine Frau wird noch bis Dienstag oder Mittwoch im Kran-

kenhaus bleiben“, sagte Guillaume. Dennoch: „Wenn man so ein Kind dann in den Arm gelegt bekommt, hat man auf einmal eine ganz andere Perspektive.“ Der Erbgroßherzog ist froh, dass demnächst einige Einschränkungen der Corona-Pandemie wegfallen, damit er Charles seinen Eltern und Geschwistern zeigen kann.

Guillaumes Eltern, Großherzog Henri und seine Frau Maria Teresa, konnten ihren Enkel schon bestaunen – per Videokonferenz.

„Auf Schloss Berg blieb die Zeit stehen, als der Großherzog und die Großherzogin die große Freude hatten, ihren Enkel Prinz Charles zum ersten Mal zu treffen“, heißt es in einer Twittermitteilung des Hofes.

Laut Angaben des Hofes geht es Mutter und Kind gut. Das erbgroßherzogliche Paar freue sich bereits, das Kind der Öffentlichkeit vorzustellen. „Das Baby bestimmt den Umfang des offiziellen Engagements und der Verpflichtungen“, hatte das erbgroßherzogliche Paar schon bei der Ankündigung der Schwangerschaft gesagt. Prinzessin Stéphanie hatte auch erklärt, nicht mehr ins Ausland verreisen zu wollen, sie hat jedoch bis zum Lockdown ihre Verpflichtungen wahrgenommen. Und sie hat bei allen Terminen stets erwartungsvoll und

zufrieden ausgesehen.

Ob ein kleiner Junge oder ein Mädchen in Stéphanies Bauch heranwächst, wollte das Paar vorab nicht verraten, auch der Name blieb bis nach der Geburt ein Geheimnis. Bekannt war allerdings schon, dass das Baby nach seinem Vater Guillaume Nummer drei in der dynastischen Erbfolge sein wird, ganz gleich welchen Geschlechts es ist.

Stéphanie und Guillaume sind seit Oktober 2012 verheiratet. Ihr Sohn soll gemäß der dynastischen Nachfolgeregelung eines Tages seinem Vater Guillaume auf dem Thron folgen.

Das Ereignis wurde mit 21 Kanonenschüssen gefeiert. Es ist das mittlerweile fünfte Enkelkind von Großherzog Henri und Großherzogin Maria Teresa. Charles' Cousins sind die beiden Söhne von Prinz Louis und Tessy Antony, Gabriel und Noah, sowie Amalia und Liam, die Kinder von Prinz Félix und Prinzessin Claire.

Guillaume wäre der siebte Herrscher im luxemburgischen Zweig der Dynastie Nassau-Weilburg. Stéphanie stammt aus einer der ältesten Adelsfamilien Belgiens und ist zur Hochzeit Luxemburgerin geworden. Großherzog Henri ist Vater von fünf Kindern.

Einreise wieder möglich

LUXEMBURG Grenzen nach Deutschland sind nach zwei Monaten wieder offen

Bernd Wientjes,
Trierischer Volksfreund

Luxemburger dürfen wieder ungehindert über die Grenze nach Deutschland fahren. Das bestätigte eine Sprecherin der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Diese hat die bislang geltende Quarantäne-Regelung für EU-Ausländer aufgehoben. Das berichtete der Trierische Volksfreund am Freitag.

Nachdem das Bundesinnenministerium Mitte März Kontrollen bei der Einreise aus Österreich, der Schweiz, Frankreich und Luxemburg angeordnet hatte, durften

Bürger dieser Länder nicht mehr ohne triftigen Grund über die deutsche Grenze kommen.

Die Kontrollen bei der Einreise aus Luxemburg wurden am Samstag nun beendet. Bei den anderen Ländern wird nur noch stichprobenartig kontrolliert. Voraussetzung für die ungehinderte Einreise aus Luxemburg war lediglich, dass die Quarantäneregelung außer Kraft gesetzt wird. Diese Regelung sah vor, dass alle Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland einreisen, zunächst mal zwei Wochen in häusliche Quarantäne mussten. Verordnet wurde diese Regelung von den einzelnen Bundesländern.

Rheinland-Pfalz hat die Anord-

nung nun gelockert. Demnach müssen alle, die aus dem EU-Ausland ins Land einreisen, nicht mehr in Quarantäne. Anders sieht das aus für Menschen, die aus sogenannten Drittstaaten, also aus Nicht-EU-Staaten, aus Großbritannien, Nordirland, der Schweiz, Liechtenstein, Island oder Norwegen einreisen. Für sie gilt die zweiwöchige Quarantänepflicht auch weiterhin.

Bürger aus Luxemburg könnten damit wieder ungehindert einreisen, sagte die Regierungssprecherin. Auch für Bürger aus Frankreich werde kein triftiger Grund mehr fürs Einreisen benötigt.

Schengen kehrt zurück

Nach zwei Monaten strenger Kontrollen öffnet Deutschland seine Grenze zu Luxemburg

Berlin/Luxemburg. Schneller als bei seinen anderen Nachbarstaaten beendet Deutschland seine Grenzkontrollen zu Luxemburg. Sämtliche Übergänge – auch kleinere – entlang von Our, Mosel und Sauer sollen nach einem Beschluss der Bundesregierung ab Samstag wieder geöffnet werden. Es wird dort auch keine Kontrollen mehr geben – anders als an den deutschen Grenzen zu Frankreich, Österreich und der Schweiz. Dort werden künftig zwar keine systematischen Kontrollen mehr durchgeführt – jedoch sind bis mindestens Mitte Juni „Stichprobenkontrollen“ vorgesehen.

Die Grenzöffnung werde „nicht nur konkrete Erleichterungen für

die Bürger und Unternehmen beiderseits der Grenze bringen, sondern ist auch ein wichtiges Signal hinsichtlich einer schrittweisen Wiederinkraftsetzung des Schengener Abkommens“, begrüßte Außenminister Jean Asselborn die Regelung. Die Kontrollen waren am 16. März eingeführt worden. Seither darf nur noch nach Deutschland einreisen, wer einen triftigen Grund dafür geltend machen kann – etwa Berufspendler oder Angehörige medizinischer Berufe. Die EU-Kommission stellte derweil ein Konzept für sichere Sommerurlaube vor. Es sieht vor, die Reisefreiheit innerhalb der EU schrittweise wiederherzustellen. jt/dpa/mer

„Noch ein bisschen großzügiger“

Berlin bedauert den Schließungserlass nicht, aber Horst Seehofer verspricht Fingerspitzengefühl

Von Cornelia Barthelme (Berlin)

„Überhaupt keine Probleme“, sagt Horst Seehofer. „Da hab’ ich überhaupt keine Probleme.“ So wie er da sitzt, typisches Seehofer-Lächeln im Gesicht, muss man dem deutschen Innenminister glauben. Und wirklich sind die Probleme ja zum einen weit weg von Berlin aufgetreten – und gehabt hat man sie, zum anderen, in Luxemburg. Als exakt zwei Monate vor diesem Mittwoch Deutschland die Grenze dorthin geschlossen hat, anders als etwa zu Belgien und den Niederlanden, und als es – exakt: Seehofer – diese Schließung Mitte April noch einmal verlängert hat bis zum 15. Mai: Da sind die Luxemburger erobert gewesen.

Und der in Deutschland vielleicht prominenteste Luxemburger – zumindest im Politik-Komplex – hat das auch sehr deutlich gesagt. „Unmöglich“ nannte im „Deutschlandfunk“ Jean-Claude Juncker das Verhalten der Deutschen. Und teilte ihnen außerdem mit: „Das stößt den Luxemburgern wirklich übel auf!“

Passiert ist damals – vor knapp vier Wochen – nichts. Zum einen ist Juncker für die Bundesregierung inzwischen eine Privatperson, zum anderen bringt es der „Deutschlandfunk“, rein statistisch,

auf gut zwei Millionen Hörerinnen und Hörer am Tag. Kein Vierzigstel der Einwohner zwischen Rhein und Oder.

Weiter Kontrollen zu Frankreich, Österreich und der Schweiz

Jetzt aber kündigt Seehofer das Ende der Kontrollen an der deutsch-luxemburgischen Grenze an. Zum Freitag. Ab Samstag fragt kein deutscher Bundespolizist mehr, weshalb man nach Deutschland kommen will. Indes: Bedeutet das, es ist nun alles wie vor dem 15. März?

So wie Seehofer mittags in der Bundespressekonferenz klingt, kann man das glauben. Wenn er von weiter gültigen Einschränkungen spricht, dann im Zusammenhang mit Frankreich, Österreich und der Schweiz. An den Grenzen dorthin wird bis einschließlich 15. Juni weiter kontrolliert werden; allerdings nicht mehr „systematisch“, nur „stichprobenartig“. Und man wird „auf Wunsch aller drei Nachbarn“ überlegen, „für welche Personengruppen man noch Ausnahmen machen kann“. Denn: Grundsätzlich ist der Länderwechsel ja strikt verboten. Bisher muss man, um als Ausnahme zu gelten, Berufspendler sein, Gü-

ter transportieren – oder „triftige Gründe“ angeben können. Nicht zwingend ist beispielsweise die Sehnsucht nach dem Lebensmenschen – falls man dem nicht angetraut ist.

Nun kündigt Seehofer „Gespräche auf Staatssekretärsbene“ an, dann werde es „einen Erlass“ geben. „Aber“, sagt

Leben ist so vielfältig, dass auch Fingerspitzengefühl bei diesen Dingen dazugehört. Und das hat unsere Bundespolizei.“ Die schwer kranke Oma etwa werde jeder als Einreisegrund gelten lassen.

Aber wenn zwischen Deutschland und Luxemburg und andersherum gar kein Polizist mehr steht und fragt und wissen will? Darf der Luxemburger dann ab Samstag wieder zum Einkaufen nach Trier? Das Ministerium, um ein Ja oder Nein gebeten, verweist am Nachmittag auf die Pressemitteilung vom Spätvormittag, speziell „auf den Satz: Am Erfordernis eines triftigen Einreisegrundes wird im Grundsatz festgehalten, es wird aber zusätzliche Erleichterungen für Reisen aus familiären oder persönlichen Gründen geben.“

Seehofer will keinen Fehler eingestehen

Seehofer klingt nicht, als hielte er

Einkaufserleichterungen für essenziell. Aber bei ihm weiß man nie. Beispielsweise sagt er zum Nichtangetrauten im Nachbarland: „Da möchte ich, dass wir noch ein bisschen liberaler und großzügiger agieren.“ Und sein zuständiger Staatssekretär Hans-Georg Engelke verspricht: „I do my best.“

Das hat Luxemburgs Premier Xavier Bettel bislang nicht erkennen können im deutschen Agieren. Vor gerade mal fünf Tagen hat er im „Luxemburger Wort“ Richtung Berlin gezürnt: „So geht man nicht mit Nachbarn um.“

Jetzt sagt Seehofer auf Nachhaken des „Luxemburger Wort“ Richtung Großherzogtum – und meint mehr noch als Bettel seinen Parteifamilienfreund Juncker: „Ach ja – es ist ja sein Recht, eine Meinung zu haben. Aber meine Verantwortung ist es, die Bevölkerung zu schützen.“ Kein Problem sei deshalb für ihn, „die Dinge anzuordnen, die notwendig sind“. Und sie nun wieder aufzuheben, weil „das Infektionsgeschehen“ ein anderes sei als vor acht Wochen. „Es ist kein Eingeständnis von irgendetwas“, betont Seehofer. Schon gar nicht bedeute die Änderung etwa: „Es war zu scharf.“ Bedauern klingt anders. Gerade bei ihm.

Kommentar

Mulmiges Gefühl

Von Steve Bissen

Endlich. Übermorgen soll die deutsch-luxemburgische Grenze wieder schrittweise geöffnet werden. Die nun angekündigte Lockerung ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Von Normalität sind wir aber noch weit entfernt. Denn bei den unmittelbar in den

Grenzregionen betroffenen Menschen bleibt ein mulmiges Gefühl zurück. Im Kopf hat diese Grenze vor Corona keine Rolle mehr gespielt. Sie lebten den europäischen Gedanken der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens zum beiderseitigen Nutzen im Alltag. Abgesehen von den Scharen von Grenzgängern, die jeden Tag ins Großherzogtum strömen und so den Wohlstand Luxemburgs und der als „Speckgürtel“ bekannten, angrenzenden Regio-

nen mehren, sind in den vergangenen Jahrzehnten Familien- und Freundschaftsbande entstanden. Undenkbar war es für jene, die seit jeher in den Genuss offener Grenzen kommen und keine andere Realität kennen, dass plötzlich eine physische Barriere mit Straßensperren inklusive Grenzkontrollen zum Alltag werden könnte. In den vergangenen Wochen ist neben der physischen auch eine mentale Barriere entstanden, die Narben hinterlassen

wird. Das Vertrauen in die Beständigkeit des Schengen-Systems ist erschüttert. Geschlossene Grenzen passen nicht mehr zu der Lebensrealität in den unmittelbar betroffenen Grenzregionen. Die Berliner Regierung – allen voran Innenminister Horst Seehofer, der die Corona-Krise zur Eigenprofilierung nutzt – setzt sich über diese Lebensrealität hinweg.

Triftige Gründe

Bürgermeister der Grenzgemeinden zeigen sich erleichtert, dass Deutschland heute die Kontrollen einstellt

Von Volker Bingenheimer
und John Lamberty

Schengen/Hosingen. Die vielen Proteste, Briefe an Politiker und symbolischen Aktionen zeigen Erfolg: Deutschland beendet heute seine Grenzkontrollen. Ab morgen können die Bürger die Grenze wieder frei überschreiten. Offiziell ist der Grenzübergang wegen der Pandemie zwar weiterhin „nur aus triftigem Grund“ gestattet, doch für viele Bürger entlang von Our, Sauer und Mosel ist es schon eine Erleichterung, nicht mehr auf bewaffnete Polizisten blicken zu müssen.

Der Schengener Bürgermeister Michel Gloden spricht von „Erleichterung und Zufriedenheit“, die die Nachricht vom Ende der Kontrollen ausgelöst hat. Gloden findet vor allem die symbolische Geste wichtig. „Sicher, die Leute können jetzt wieder nach Perl einkaufen gehen, doch auch in Luxemburg haben wir massig Geschäfte. Wichtiger finde ich, dass wir jetzt zurück zu den Werten des Schengen-Abkommens kommen müssen“, sagt Gloden gegenüber dem LW.

Die Gemeinde Schengen hatte eine Aktion für europäische Solidarität organisiert und gehörte zu den Unterzeichnern eines Protestbriefs an die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und des Saarlands. „Diese Aktionen haben international für Aufsehen gesorgt, ich habe danach viele Interviews mit Zeitungen von Spanien bis Holland geführt“, sagt Gloden. „Auch der Bundesinnenminister Horst Seehofer hat über Luxemburg gesprochen. Das zeigt, dass wir Luxemburger Grenzgemeinden etwas erreichen können.“

**Grenzenlos vernetzt
vom Fußball bis zur Feuerwehr**
Wie kaum eine andere Luxem-

burger Gemeinde ist Rosport-Mompach mit den deutschen Nachbarn vernetzt. Hüben und drüben kooperiert man bei der Wasserversorgung, hat eine gemeinsame Feuerwehr und spielt zusammen Fußball. „Bei uns hatte man definitiv nicht mehr das Gefühl, an einer Grenze zu leben“, sagt Bürgermeister Romain Osweiler. Umso schmerzhafter empfanden es die Bürger, als am 16. März die Polizeikontrollen eingeführt wurden und kleinere Übergänge ganz geschlossen wurden.

„Wir dürfen nicht in alte Reflexe der nationalen Abschottung verfallen“, betont Osweiler heute, der als einer der ersten gegen die Schließung protestiert hatte. Seiner Ansicht nach kommt es jetzt darauf an, dass in Zukunft nicht „bei jeder kleinen Gelegenheit“ die Grenze erneut geschlossen wird. Enttäuscht zeigt sich Osweiler zudem, dass deutsche Politiker aus der Grenzregion sich bedeckt gehalten oder die Grenzschließungen gar rechtfertigt hätten.

Für Bürgermeister Romain Wester in Hosingen war derweil gerade der grenzübergreifende Zusammenhalt zwischen den Gemeinden der Region in den vergangenen Wochen ein Zeichen der Hoffnung. Eines, das bei den mahnenden Appellen zum Europatag auch nach außen hin zu recht sichtbar geworden sei. Den wichtigsten Aspekt der morgigen Grenzöffnungen sieht Wester denn auch in der Tatsache, dass nun scheinbar auch auf zwischenstaatlicher Ebene wieder miteinander geredet werde statt einfach unilateral zu handeln.

**„Distanz und Hygiene helfen,
Grenzschließungen dagegen nicht“**

„Die Frage für den Bürger bleibt aber, was denn nun als triftiger Grund für den Grenzübergang zu verstehen ist. Da ist auf jeden Fall

noch Aufklärung und Kommunikation gefragt“, meint er.

Eine Meinung, die in Pütscheid auch Bürgermeister Roger Zanter teilt. Er sieht die Beendigung fester Grenzkontrollen ebenfalls als einen Schritt in die richtige Richtung. Und dennoch sei der Schaden an der europäischen Idee leider angerichtet. „Dabei war dies alles umso unnötiger, als die Schließungen die Eindämmung des Virus keinen Deut vorangebracht haben“, sagt er. „Entscheidend ist nur, dass dies- wie jenseits die Regeln des Social Distancing und der Hygiene eingehalten werden.“

● *Wir müssen uns
auf das Schengen
Abkommen
zurückbesinnen.*

Michel Gloden, Schengen

● *Grenzschließung
darf sich in
Zukunft nicht
wiederholen.*

Romain Osweiler, Rosport-Mompach

● *Was sind nun also
„triftige Gründe“?
Diese Frage bleibt
vorerst offen ...*

Romain Wester, Park Hosingen

● *Der europäischen
Idee wurde leider
mutwillig Schaden
zugefügt.*

Roger Zanter, Pütscheid

Leitartikel

Europas Wirklichkeit

Von Roland Arens

Wallendorf ist ein kleiner Grenzort an der Stelle, wo die Our in die Sauer fließt. Hier gibt es eine Brücke, die Luxemburg und Deutschland verbindet. Kurz vor der Ardennenschlacht im Zweiten Weltkrieg wurde sie zerstört und nach dem Krieg wieder aufgebaut. Wer von hien nach drüben wollte, musste an zwei Grenzposten anhalten und den Zollbeamten seine Papiere vorweisen. Dann kam die europäische Einigung, das Schengener Abkommen. Eine neue Brücke wurde gebaut, Schlagbäume und Zollhäuschen verschwanden.

Womöglich wird vor dem Hintergrund dieser Geschichte deutlicher, welche zersetzende Symbolkraft es hat, wenn mitten in Europa bewaffnete Grenzbeamte mit Übergänge bewachen. Zwar kann man ab heute in Wallendorf wieder nach Deutschland und zurück fahren, so wie der deutsche Grenzverkehr mit Frankreich, Österreich und der Schweiz wieder normalisiert werden soll. Doch damit werden lediglich Grenzsicherungen gelockert, die es so gar nicht hätte geben dürfen. Nicht in Europa und schon gar nicht im Schengen-Raum.

Vor allem das einseitige, unkoordinierte Vorpreschen Deutschlands hat für Irritationen gesorgt. Es gab keine Konsultationen, wie sie unter EU-Nachbarn selbstver-

ständig sein müssten, geschweige denn einen von allen geteilten Plan. Dabei wäre es zum Beispiel sinnvoller gewesen, sich regional und grenzübergreifend auf Regeln für das Zuhausebleiben zu verständigen und diese Vorschriften dann gemeinsam zu überwachen.

Den Schaden, den – wieder einmal – das europäische Einigungswerk hat, nehmen Politiker wie der deutsche Innenminister offenbar billigend in Kauf. Horst Seehofer ficht auch nicht an, dass das eigentliche Ziel der Maßnahme, nämlich die Verbreitung des Corona-Virus zu verhindern, verfehlt wurde. Händewaschen, Abstandhalten und Masken sind ungleich effizienter als Reiseverbote, wie die Weltgesundheitsorganisation schon früh erklärt hatte.

Zweifel gibt es außerdem an der rechtlichen Grundlage der deutschen Entscheidung vom 16. März. Zwar erlauben die Schengen-Regeln, Grenzkontrollen zeitweise wieder einzuführen. Dieser Schritt muss jedoch wohlbegründet sein, etwa durch eine akute Bedrohungslage bei Terroranschlägen. Da jedoch Grenzsicherungen kaum etwas zum Gesundheitsschutz beitragen, sei eine schwerwiegende Einschränkung bürgerlicher Freiheiten nicht gerechtfertigt, befand ein Gutachten des sehr respektierten wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Trotzdem wurden zwei Monate lang Familien getrennt, Pendler schikaniert, der lokale Handel gekappt.

Es ist erschreckend zu sehen, wie rücksichtslos der europäische Besitzstand in der Corona-Krise zur Disposition gestellt wird. Gleichzeitig ist es ermutigend, wie sich die Bürger aus den betroffenen Grenzregionen für Schengen und freien Grenzverkehr stark machen. Sie sind Europas gelebte Wirklichkeit, nicht die Krakeeler und Scharfmacher auf beiden Seiten. Man kann von Glück sagen, dass es sie gibt, die vielen Wallendorfs überall in Europa.

Kontakt: roland.arens@wort.lu

*Grenzen werden
geöffnet, wo es
nie Schließungen
hätte geben
dürfen.*

Relations internationales - Grande Région

„Ein Stück Freiheit zurück“

Erleichterung an der deutsch-luxemburgischen Grenze nach Wegfall der Kontrollen

Schengen/Perl/Wasserbillig. An der Grenze zu Luxemburg endeten die Kontrollen, die Deutschland Mitte März eingeführt hatte, am Freitag um Mitternacht. „Europa lebt davon, dass es ein Europa ohne Grenzen ist“, sagte der deutsche Außenminister Heiko Maas am

Samstag bei einem Treffen mit seinem luxemburgischen Amtskollegen Jean Asselborn an der Grenze auf der Moselbrücke zwischen dem deutschen Perl und dem luxemburgischen Schengen. Asselborn bekräftigte: „Wir zeigen heute, dass Schengen vom Virus nicht

besiegt wurde, dass Schengen wieder zum Leben erwacht.“

Diesseits wie jenseits der Grenze zeigen sich die Bürger erleichtert. Spaziergänger, Jogger, Rad- und Autofahrer profitierten von der wiedererlangten Freiheit. In Wasserbillig etwa standen die

Fahrzeuge an den Tankstellen Schlange, zahlreiche Menschen waren gekommen, um sich mit Kraftstoff, Kaffee oder Zigaretten einzudecken. Andere wiederum genossen es, grenzüberschreitende Ausflüge zu unternehmen. In Echternacherbrück (D) waren es die Luxemburger, die die Geschäfte aufsuchten.

dpa/DL/nas

Luxemburger Wort du 18.05.2020 / page 1

Relations internationales - Grande Région

Volle Fahrt voraus

Seit vergangenem Samstag sind die Grenzen zwischen Luxemburg und Deutschland wieder offen

Schengen/Perl. Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat die Öffnung der Grenze zu Luxemburg als wichtiges Zeichen für eine schrittweise Normalisierung des Reiseverkehrs in Europa gewürdigt. „Europa lebt davon, dass es ein Europa ohne Grenzen ist“, sagte Maas auf der Moselbrücke zwischen dem deutschen Perl und dem luxemburgischen Schengen. Dort traf der SPD-Politiker am Samstag Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Wegen der Corona-Pandemie waren zwei Monate lang mehr als ein Dutzend Übergänge gesperrt gewesen – der Verkehr war über überwachte Übergänge gelenkt worden.

Die Öffnung der Grenze zu Luxemburg markiert den Beginn der schrittweisen Aufhebung der Kontrollen, die im März zur Eindämmung der Pandemie an den Übergängen zu den Nachbarländern eingeführt worden waren. Die Grenzkontrollen zu Frankreich – ob im Saarland oder im Süden von

Rheinland-Pfalz – sollen bis zum 15. Juni fortgesetzt werden, aber in gelockerter Form: Es dürfen künftig wieder alle Übergänge genutzt werden. Statt dauerhaften Kontrollen werde es dort „Stichprobenkontrollen“ durch Streifenwagen geben, hieß es. Die Bürger würden ein Europa mit Grenzen nicht mehr verstehen, meinte Maas. Ziel sei es, „dass am Schluss Europa wieder das ist, was es mal war“. Eine Einschätzung, wie lange es bis zur kompletten Öffnung des Schengen-Raums ohne Grenzkontrollen dauern könnte, wollte er nicht abgeben. Das weitere Vorgehen hänge von den Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung ab. „Sollten sich die Dinge verschlechtern, wird man möglicherweise wieder zurückrudern müssen.“

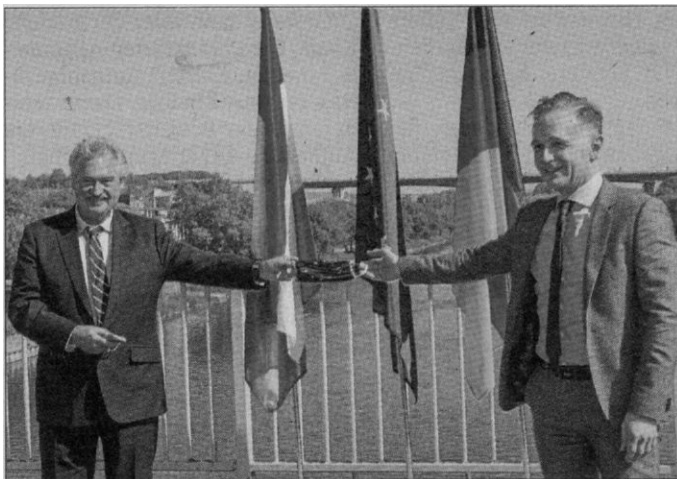
Nach vorne blicken

Asselborn machte deutlich, dass er die Schließung der Grenze zwischen Deutschland und Luxem-

burg für falsch gehalten habe. „Das war nicht gut“, sagte er und verwies auf 200 000 Grenzgänger. „Das hat hier sehr, sehr viel Unmut provoziert.“ Man müsse aber nach vorne schauen. „Das ist jetzt

vorüber, es hat keinen Sinn mehr, viele Worte darüber zu verlieren“, sagte er. „Wir zeigen heute, dass Schengen vom Virus nicht besiegt wurde, dass Schengen wieder zum Leben erwacht.“

dpa



Außenminister Jean Asselborn (l.) und sein deutscher Amtskollege Heiko Maas feiern die Grenzöffnung.

Foto: Claude Piscitelli

Luxemburger Wort du 18.05.2020 / page 6

Relations internationales - Grande Région

Die Grenze ist wieder geöffnet

Seit Samstag ist die Grenze zu Deutschland wieder geöffnet. Außenminister Jean Asselborn traf sich zu diesem Anlass mit seinem deutschen Amtskollegen in Schengen.

tageblatt du 18.05.2020 / page 1

Relations internationales - Grande Région

Wieder vereint

Nach fast zwei Monaten sind die Grenzen zu Deutschland ohne Kontrollen zugänglich

Von Nadine Schartz

Wasserbillig/Echternacherbrück (D). Stoßstange an Stoßstange schlängeln sich seit Samstag die Autos durch den Grenzort Wasserbillig. Ein Bild, das vor der Schließung der Grenzen Normalität war. In den vergangenen acht Wochen aber war das Verkehrsaufkommen in der Grand-Rue und der Rue de Luxembourg in Richtung Tankstellen deutlich geringer geworden. Der gewohnte Tanktourismus blieb aus.

„Nun ist es wieder vorbei mit der Ruhe“, meint eine Einwohnerin am Samstagvormittag und zeigt auf die Blechlawine. „Ich hatte mich schon daran gewöhnt, dass man hier wieder frei durchatmen konnte“, erklärt sie weiter. Nichtsdestotrotz sei es gut, dass man die Grenzen nun wieder ohne die strengen Kontrollen passieren könne.

Dieser Meinung ist auch Wolfgang Raab aus Trier (D): „Endlich kann ich meine gewohnte Radtour über Wasserbillig und Grevenmacher wieder machen.“ Die Entscheidung der Politik, die Grenzen zu schließen, zeuge von einem schlechten Verständnis der deutsch-luxemburgischen Verbindungen. Bekannte aus Niederanven etwa, die wie er aktive Mitglieder in einem Fotoclub in Trier seien, hätte er demnach nicht treffen können. Vor allem aber habe den Rentner diese große Ungewissheit geplagt, wie die Zukunft aussehen würde. „Endlich können wir uns nun wieder frei durch beide Länder bewegen“, unterstreicht er, bevor er sich in Richtung Grevenmacher aufmacht.

Großer Andrang an den Tankstellen

Während Wolfgang Raab seiner liebsten Freizeitbeschäftigung nachgeht, zieht es an den ersten Tagen nach der Aufhebung der Grenzkontrollen vor allem deutsche Staatsbürger nach Wasserbillig, um dort ihre Einkäufe zu

erledigen. Ob aus Köln, Heidelberg, Düsseldorf, Mainz oder aus der nahen Grenzregion, alle haben das gleiche Ziel: die Tankstellen oder die Zigaretteläden. Schlange stehen vor den Geschäften oder an den Kassen gehört aufgrund des großen Andrangs denn auch dazu.

„Da wir über 200 Kilometer entfernt wohnen, kommen wir alle drei Monate zum Einkaufen nach Wasserbillig“, sagt Hannelore Lehrach. Zu wissen, dass dies plötzlich nicht mehr möglich war, sei durchaus beklemmend und bedrohlich gewesen. Umso schöner sei es, dass man sich nun ohne Kontrollen frei zwischen den Ländern bewegen könne. „Endlich können wir wieder Spaziergänge durch das Ländchen unternehmen“, freut sich auch Familie Zilles aus Köln, die vor der Wanderung noch die Gelegenheit nutzt, ihre Vorräte mit Zigarettens und Kaffee aufzufüllen.

Deutlich größere Einschränkungen hatte Oliver Kucharski, der im deutschen Grenzgebiet lebt und in Luxemburg arbeitet. „Plötzlich konnte ich meine Freunde, die hier leben, nicht mehr besuchen“, erzählt er, während er sein Auto betankt. Besonders nervtötend sei der allabendliche Stau in Richtung Heimat, der sich wegen der Grenzkontrollen bildete, gewesen. „Damit ist ja nun zum Glück endlich Schluss“, meint er erleichtert. Vor allem aber fühle es sich befreiend an, dass die Einschränkungen gelockert wurden.

Wiedersehen mit der Familie

Während in Wasserbillig vor allem die deutschen Kennzeichen dominieren, haben in Echternacherbrück (D) die Luxemburger Kunden die Oberhand. „Wenn wir in Dillingen auf dem Campingplatz sind, erledigen wir unsere Einkäufe normalerweise immer hier“, erzählen Angèle und Maurice Geschwindt aus Lamadelaine. Doch dies sei nicht das Schlimms-

te: Da ein Teil der Familie, davon eines der Kinder, in Deutschland leben, sei der Kontakt in den vergangenen zwei Monaten nur via Telefon möglich gewesen. „Nun kommt wenigstens ein wenig Normalität zurück“, so ihre Meinung.

Auch Sylvie Binsfeld aus Osweiler nutzte gleich den ersten Tag, um über die Grenzbrücke in Echternach zu fahren und dort einzukaufen. Auf diesen Monat habe sie zwar nicht gewartet, wollte aber trotzdem davon profitieren, um mal wieder etwas anderes zu sehen. Vor allem aber sei es positiv, dass dies überhaupt wieder möglich ist, gibt Sylvie Binsfeld weiter zu verstehen. Und fügt hinzu: „Seit der Öffnung der Grenzen haben wir ein Stück Freiheit zurück.“

„Ein Gefühl wie in Zeiten des Zweiten Weltkrieges“

„Die vergangenen Wochen haben sich angefühlt wie in Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Allein das Bild mit Polizisten mit Maschinengewehren an der Grenze war schrecklich“, meint ein Rentner aus Rosport, der gerade seine Einkäufe in den Wagen packt. Das Traurige bei der ganzen Sache aber sei, dass er seine Tochter, die in Prüm (D) lebt, während all dieser Zeit nicht treffen durfte. „Nun können wir uns endlich wiedersehen“, freut er sich.

● **Endlich können wir uns wieder frei durch beide Länder bewegen.**

Wolfgang Raab, Trier (D)

● **Mit der Öffnung der Grenzen haben wir ein Stück Freiheit zurück.**

Sylvie Binsfeld aus Osweiler

Wenn nur die Grenze der Vernunft geöffnet bleibt

KOMMENTAR Art und Dauer der Schließung waren eine Unverschämtheit

Armand Back

Deutschland hat seine Grenzen wieder geöffnet, Misstrauen und Unbehagen jedoch werden ein-
weilen bleiben. Am Samstagmor-
gen inszenierten beider Länder
Chefdiplomaten einen etwas bi-
zarren Feierakt auf der Schenge-
ner Brücke. Heiko Maas und Jean
Asselborn sagten das, was Chefdi-
plomaten in solchen Situationen
sagen, das war aber auch schon al-
les.

„Europa lebt davon, dass es ein
Europa ohne Grenzen ist“, flötete
auf der Moselbrücke demnach
Maas, der seinen Innenminister
Horst Seehofer in den Wochen zu-
vor kommentarlos schließen ließ,
was geschlossen werden konnte.
Außer Deutschlands Grenzen zu
Belgien und den Niederlanden.
Wohl nicht zuletzt wegen der Nä-
he der Häfen Rotterdam und Ant-
werpen zu Nordrhein-Westfalen
und des holländischen Glashaas-
gemüses, auf das Teile Deutsch-
lands angewiesen sind.

Luxemburg aber sah sich am 15.
März vor vollendete Tatsachen ge-
stellt. Ohne Rücksprache oder Ab-
stimmung mit der Luxemburger
Regierung gingen über Nacht eini-
ge Grenzübergänge ganz zu, an
den paar, die noch offen waren,
wurden die vielen Berufspendler
mit Kontrollen und Staus schika-
niert. Neun Wochen lang. Fast
handstreichartig war der Schen-
genraum so in seinem innersten
Kern ausgesetzt. Wie einfach das
doch geht: An die kleinen Brü-
cken werden Betonquader gefah-
ren, an die großen die
Bundespolizei, schon ist der La-
den dicht – und der Schaden an-
gerichtet.

Zehntausende

Spargel-Sklaven

Wenig später wurden Zehntausen-
de als Erntehelfer euphemistisch
umschriebene Billigstlöhner aus
Osteuropa nach Deutschland ein-
geflogen. Die bedeuten aber keine
Seuchengefahr, da sie tagsüber auf
Feldern schuften, ansonsten in
Baracken eingepfercht

sind. Und wieder:

Wie einfach das
doch geht – nie-
der mit den
Schlagbäu-
men, höch-
mit dem
Spargel. Man
muss nun
mal Prioritä-
ten setzen im
Leben.

Vor allem
Premier Xavier
Bettel und
Außenminis-
ter Jean As-
selborn
trugen ihre
Enttäuschung
über Berlin öffentlich zur Schau.
Der Groll, vom großen Nachbarn
in Pandemie-Zeiten zur Quantité
négligeable herabgestuft zu wer-
den, ließ sich nicht mehr verste-
cken. Auch das hat es so zuvor
nicht gegeben. Alleine damit ein
paar Bauern über ihre Brücke auf
ihre Felder auf der anderen Seite
der Grenze kommen konnten,
brauchte es einen diplomatischen
Kraftakt. „Als würde man sich
nicht mehr kennen unter Nach-
barn“, sagte Jean Asselborn da-
mals.

Während der ganzen Zeit wur-
de keine Rücksicht genommen auf
Familienbesuche diesseits und
jenseits der Grenze, Liebespaare
konnten sich nicht mehr sehen,
getrennt lebende Eltern-
teile waren von ih-
ren Kindern
abgeschnitten.

Die Wichtig-
keit des Per-
sönlichen
war wegge-
wischt, der
Spargel aber
wuchs. Das
galt nicht nur
für das
deutsch-luxem-
burgische Grenz-
gebiet. Auch
Österreicher
wurden
drangsaliert,
schlimm

scheint es

Berichten zufolge insbesondere an
den deutsch-französischen Gren-
zen zugegangen zu sein. Mit den
geschlossenen Grenzen brachen
sich alte Ressentiments umgehend
wieder Bahn.

Nur Stunden

vor dem Fußball

Dass Maas dann ein „Europa lebt
davon, dass es ein Europa ohne
Grenzen ist“ von sich gibt, wird in
den Ohren vieler noch lange wie
blanker Hohn nachhallen. Auch
in Deutschland, wo die Menschen
in den Grenzregionen genauso
wie die Luxemburger erfahren
mussten, wie unwichtig ihre Be-
lange in Berlin sind. Sollte sich al-
so eine Wut halten in Luxemburg
und anderswo – sie sollte sich ge-
gen die Bundespolitik richten,
nicht gegen die Nachbarn hinter
der Grenze, die ebenso unter die-
ser Maßnahme gelitten haben.

Kurz nach dem als freundschaft-
liche Geste getarnten Ende einer
Farce am Samstagmorgen auf der
Moselbrücke twitterte das Luxem-
burger Außenministerium drei-
sprachig von dem Treffen: auf
Luxemburgisch, Französisch und
Englisch – kein Wort auf Deutsch.
Wenig später schob Asselborn via
RTL den Einkaufstipp nach, ab
kommender Woche könne
„höchstwahrscheinlich“ wieder in
Belgien eingekauft werden. Auf
der Moselbrücke hatte Luxem-
burgs Außenminister seinem deut-
schen Amtskollegen noch mit auf
den Weg gegeben, dass dieses
Brimborium auch vor einem Mo-
nat hätte enden können. „Das war
nicht gut.“

Nur wenige Stunden nach der
Inszenierung auf der Brücke zwi-
schen Schengen und Perl ging die
Bundesliga wieder los. Um ein
Haar wäre der Ball früher als der
Grenzverkehr gerollt. Immerhin
diese Lächerlichkeit blieb uns er-
spart. In die Erleichterung über
die sich wieder öffnenden Gren-
zen in Europa mischt sich trotz-
dem ein bitterer Beigeschmack.

Die Grenzen öffnen pünktlich zur Urlaubssaison. Ein Ausfall des Sommertourismus wäre für viele Staaten in der Tat ein weiterer schwerer wirtschaftlicher Schlag.

Trotzdem legt das Hin und Her um Grenzschießungen und -öffnungen vor allem eines offen: Wenn es darum geht, Geld hinüberzutragen, um es woanders auszugeben, wird es einfacher mit der Öffnung. Geht es darum, seine

Nächsten zu sehen, ist es nahezu unmöglich. An solchen Aktionen verdrießen sogar die durchweg proeuropäischen Luxemburger. Von anderen, die grundsätzlich eher am Projekt EU zweifeln, ganz zu schweigen. Grenzen halten kein Virus auf, trennen aber die Menschen. Der Spuk ist vorbei, die Erinnerung daran wird bleiben.

„Das war nicht gut“: Das als freundschaftliche Geste getarnte Ende einer Farce am Samstagmorgen auf der Moselbrücke

Relations internationales - Grande Région

Die EU geht fremd

Über Sinn und Unsinn von Grenzkontrollen in Zeiten von Corona

Von Steve Bissen

Als Deutschland vor zwei Monaten an der Grenze zum Großherzogtum wieder Polizeikontrollen einführt, saß der Schock tief. Von heute auf morgen wurden ohne Vorwarnung grenzüberschreitende Familien- und Freundschaftsbande zerschnitten. Hier arbeiten, dort wohnen. Hier einkaufen, dort sich mit Freunden und Lebenspartnern treffen. An welchem Ufer von Sauer oder Mosel man mit dem Rad fuhr oder joggte, spielte keine Rolle. Die Grenze als physische und mentale Barriere gehörte scheinbar der Vergangenheit an. Dies- und jenseits von Mosel und Sauer lebten die Menschen vor Corona im Alltag den europäischen Traum der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des friedlichen Zusammenlebens zum beiderseitigen

Nutzen. Eine symbiotische Beziehung, die zur Normalität wurde.

So wie Luxemburg von den Grenzgängern profitiert, indem sie die heimische Wirtschaft befeuern und dem Staat hohe Steuereinnahmen bescherten, so profitieren Rheinland-Pfalz und das Saarland von der hohen Kaufkraft der Bewohner in den Grenzregionen. Viele Luxemburger haben sich jenseits der Grenze niedergelassen und sind dort heimisch geworden. Ihre Kinder besuchen die örtliche Schule. Diese Liebesbeziehung hat in den vergangenen Wochen jedoch arg gelitten. Denn nach Wochen nervenaufreibender Polizeikontrollen bleibt trotz der Aussichten auf eine langfristige Normalisierung ein mulmiges Gefühl der Verunsicherung und der Entfremdung zurück. So wie wenn der Lebenspartner fremd

geht und sich dann doch dazu entschließt, zurückzukehren. Beide Seiten möchten, dass alles wieder so wie vorher ist, doch irgendetwas bleibt hängen.

Ihrem kostbarsten Gut – der Bewegungsfreiheit – beraubt, war die EU-Bürgerschaft von einem Tag auf den anderen wertlos geworden. Nationalität und Staatsangehörigkeit rückten in den Vordergrund. Schon alleine die Tatsache, mit einem ausländischem Autokennzeichen herumzufahren, machte einen verdächtig. Den teils verunsicherten Polizisten an der Grenze fehlten klare Anweisungen von oben. Die unvermeidliche Folge: Missverständnisse, arbiträre, teils willkürliche Entscheidungen. Wut, Unverständnis und Zorn auf Seiten der Betroffenen.

Späte Einsicht

In der ersten Phase waren Grenzkontrollen vielleicht noch vertretbar. Die Verunsicherung war groß. Die wahren Ausmaße der Corona-Pandemie unbekannt. Die Po-

litik stand unter hohem Zeit- und Handlungsdruck. Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen bleiben da nicht aus. Doch spätestens nachdem allmählich klar wurde, dass geschlossene Grenzen nur dann Sinn machen, wenn auf beiden Seiten sehr unterschiedliche Infektionszahlen vorliegen sowie stark abweichende Hygienestandards angewendet werden, hätte ein Umdenken stattfinden müssen.

Verstärkte, grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen wäre die erfolgversprechendere Antwort auf das Corona-Virus gewesen, anstatt wider besseren Wissens an Grenzkontrollen festzuhalten. Diese sollen zwar ab heute schrittweise gelockert werden. Doch das Vertrauen in die vermeintliche Beständigkeit offener Grenzen innerhalb der EU ist dahin. Und es wird lange dauern, dieses Vertrauen wieder herzustellen.

Luxemburger Wort du 16.05.2020 / page 15

Relations internationales - Grande Région

Kontrollen und Geschichte(n)

Nachtrag zu den während Wochen geschlossenen deutsch-luxemburgischen Grenzen

Die Einsicht kam spät, zu spät: Die von Deutschland zur Bekämpfung der Corona-Pandemie angeordneten rigiden Grenzkontrollen zu Luxemburg waren schon seit Wochen eine epidemiologisch sinnlose Maßnahme. Trotzdem blieben alle Interventionen lange nicht nur erfolglos, sondern schienen sogar die Verantwortlichen, in ihrem Eifer die Gefahr aus Luxemburg abzuwehren, noch weiter zu motivieren. Und so war es unerträglich, dass am Europatag und am darauffolgenden 10. Mai, dem 80. Jahrestag der Nazi-Besatzung unseres Landes, die Grenzkontrollen immer noch in Kraft waren.

Außenminister Asselborn hat den nationalen Reflex unserer deutschen Nachbarn als antieuropäisch bezeichnet und in einem ARD-Interview die immer stärker

werdende Verärgerung vieler Luxemburger mit dem Aufkommen „alter Geschichten“ in Zusammenhang gebracht. Ihm wurde daraufhin, u.a. von einem deutschen Leser in diesen Spalten, vorgeworfen, die „Nazi-Keule“ hervorzuholen und die Nazi-Geschichte zu instrumentalisieren. Dem muss energisch widersprochen werden, denn Herr Asselborn hat, vor allem an die Adresse der Hardliner im Berliner Innenministerium, nur das wiedergegeben, was viele Luxemburger in ihrem Innersten bewegt.

An jenem unheilvollen 10. Mai 1940 konnten die von Luxemburg errichteten Grenzsperrern nicht verhindern, dass auf diesen Tag eine fast fünf Jahre dauernde brutale Unterdrückung folgte, die tiefe Wunden im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung hinterlassen

hat und mit denen auch heute die Überlebenden und die vielen Nachkommen tausender Opfer in zweiter und dritter Generation leben müssen. In den letzten Wochen verrichtete Deutschland mit großem Aufwand schikanierende Grenzkontrollen, um eine imaginäre Gefahr aus Luxemburg abzuwehren. Dieses dominante Auftreten empfanden viele Luxemburger als Affront und Erniedrigung unseres Landes. Genau diese neuen Verletzungen der luxemburgischen Seele sind gemeint, wenn vom Wiederaufleben „alter Geschichten“ die Rede ist. Unser Außenminister hat also völlig zu Recht auf die tieferen Ursachen des luxemburgischen Unmuts hingewiesen.

„Es gibt keine Erlösung von unserer Geschichte, denn ohne Erinnerung verlieren wir unsere Zu-

kunft“, hat Bundespräsident Steinmeier am 75. Jahrestag des Kriegsendes betont. Diese Maxime sollte die deutsche Politik, der man ansonsten eine vorbildliche Erinnerungskultur und Aufarbeitung der NS-Zeit bescheinigen kann, gerade gegenüber seinem kleinsten Nachbarn in allen Situationen beherzigen. Ein solch unsensibles Vorgehen, wie in den letzten Wochen, sollte sich nicht wiederholen. Und so werden, jetzt, da ins Berliner Innenministerium die Vernunft zurückgekehrt ist, wieder die schon in den letzten Jahrzehnten in der Grenzregion engagierten und von der europäischen Idee überzeugten Politiker und Bürger die Basis für eine Heilung der aufgerissenen Wunden legen müssen.

Martin Bisenius,
Born

Luxemburger Wort du 16.05.2020 / page 17

Die Europäische Idee hat „Téitschen“

MOSELREGION Die Grenzkontrollen und ihre Konsequenzen

Wiebke Trapp

35 Jahre nach der Abschaffung der Grenzkontrollen in Schengen steht die Europäische Idee ziemlich verkatert da. Das geht aus Gesprächen in den Rathäusern entlang der Mosel hervor. Kopfschütteln gehört angesichts der deutschen Kontrollen an den Grenzen während der Corona-Krise noch zu den moderateren Reaktionen.

„Ich fand es beschämend, als luxemburgischer Bürgermeister meinem deutschen Kollegen aus Langsur einen Passagierschein ausstellen zu müssen“, sagt Jérôme Laurent (LSAP) im Rathaus von Mertert-Wasserbillig. In dieser Region haben viele Anwohner auf der deutschen Seite Felder oder Weinberge, die bestellt werden müssen. Er zuckt mit den Schultern, was so viel heißt wie: Wem oder was muss man eigentlich noch erklären, was seit Jahrzehnten an der Mosel gelebt wird?

Der Frust über das, was sich in Coronazeiten abspielt, ist groß. „Wir verstehen nicht, warum die belgischen und holländischen Grenzen anders behandelt werden als die nach Luxemburg“, sagt Laurent. Der 46-Jährige ist im Rathaus einer Moselgemeinde als LSAP-Politiker eher die Ausnahme und eigentlich recht besonnen. Beim Thema Grenzsicherungen und -kontrollen allerdings kennt er kein Pardon.

Frust über die Grenzkontrollen

„Das muss man sich mal vorstellen“, sagt er. „Im November 2017 erst haben wir die Sankta Maria II eingeweiht, die zu einem Großteil mit europäischen Fördergeldern gebaut wurde.“ 40 Prozent der Kosten für den Bau der 1,5 Millionen teuren Autofähre stammen aus EU-Töpfen. Eine deutsche Gemeinde, Oberbillig, und eine luxemburgische, Mertert-Wasserbillig, teilen sich Kosten und

Ertrag des Betriebs, der seit Mitte März ruht.

Hinzu kommt: Die Touristinfo in Mertert-Wasserbillig ist deutsch-luxemburgisch ausgelegt. Kooperationen wie diese gibt es etliche entlang der Mosel. Am 9. Mai, dem zum Feiertag erkorenen „Europatag“, jährt sich zum ersten Mal die Übereinkunft von insgesamt zwölf deutschen, französischen und luxemburgischen Gemeinden, bei der touristischen Vermarktung des Dreiländerecks künftig eng zusammenzuarbeiten. Die Kommunen zwischen Schengen und Remich klären das Abwasser interkommunal in Perl. Das ist nur ein Auszug der existierenden grenzüberschreitenden Kooperationen.

Erhebliche Auswirkungen

„Meine Kinder, die Kontrollen an der Grenze gar nicht kennen, haben mich gefragt: Papa, was ist das?“, sagt wenige Kilometer weiter der CSV-Bürgermeister von Grevenmacher, Leon Gloden (47). „Die Bundespolizisten standen anfangs mit Maschinenpistolen bewaffnet an der Grenze.“ Die Entrüstung darüber steht ihm immer noch ins Gesicht geschrieben – wie auch die Verärgerung darüber, dass sich die für die Großregion zuständige Ministerin Corinne Cahen (DP) zunächst gar nicht und dann in seinen Augen viel zu spät eingeschaltet hat.

Mit dem Chaos durch die Kontrollen standen er und seine Kollegen ziemlich alleine da. Die Brücke, die Grevenmacher mit Wellen und Temmels verbindet, war zwar nicht geschlossen, aber es gab unendliche Staus. 15.000 Verkehrsbewegungen in eine Richtung gibt es an normalen Tagen. „Allein schon das Wort ‚Passagierschein‘“, sagt Gloden. „Man weiß ja, wo das herkommt. Ich finde das verwerflich.“ Die Konsequenzen sind erheblich. Sie betreffen nicht nur Grenzgänger, die seit den Kontrollen ihre Fähigkeiten als Pfadfinder ausbauen müssen,

um den vor allem zeitlich kürzesten Weg zur Arbeit zu finden.

Sie betreffen auch Lebensgemeinschaften und Familien, die dies- und jenseits der Grenzen leben. Oder Luxemburger, die vor Jahren ihren Lebensmittelpunkt ganz nach Deutschland verlegt haben, weil Wohnen und Bauen im Großherzogtum zu teuer geworden ist, die aber weiterhin im Land arbeiten. Nationale Grenzen hatten an der Mosel längst den Rang einer Nebensache.

Dem Wormeldinger CSV-Bürgermeister Max Hengel (42) platzt als Erster der Kragen. Es ist nicht nur der Rückstau, unter dem Wormeldingen und die anderen Moselgemeinden mit offenen Grenzübergängen zu leiden haben. „Meine deutschen Kollegen waren regelrecht verzweifelt angesichts der Tatsache, dass seit Jahrzehnten grenzüberschreitende Freundschaften gepflegt wurden und dass das jetzt durch eine Entscheidung aus Berlin gefährdet und infrage gestellt ist“, sagt er. „Wir leben hier jeden Tag unkompliziert Europa.“

Der Brief der Rathauschefs

Hengel hat einen Brief mit einem Appell an den saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans (CDU) und dessen rheinland-pfälzische Kollegin Malu Dreyer (SPD) initiiert, der am 14. April das Großherzogtum verließ. Darin machen sieben deutsche und sechs luxemburgische Bürgermeister entlang der Mosel ihrer Enttäuschung über den „Umgang mit dem europäischen Gedanken“ Luft. Er endet mit dem Hinweis:

„Die derzeitigen Einschränkungen und sanitären Maßnahmen sind das beste Mittel, um die Verbreitung des Covid-19-Virus auszu-bremsen, eine Schließung der Grenzen der Großregion gehört allerdings nicht dazu.“

Auf Anfrage unserer Zeitung verweist die Staatskanzlei in Saarbrücken in dieser Frage mit einem Satz auf die Zuständigkeit des

Relations internationales

Bundesinnenministeriums in Berlin. Dessen Pressesprecher Björn Grünewälder begründet, wie nicht anders zu erwarten, die Kontrollen mit der Eindämmung des Coronavirus. Die Antwort des Ministeriums schürt allerdings Befürchtungen, dass sie verlängert werden könnten: „Eine Verlängerung der bestehenden Binnengrenzkontrollen auf Grundlage des Art. 28 des Schengener Grenzkodex ist angesichts der weiterhin bestehenden fragilen Lage der Ausbreitung des Coronavirus und einer Vielzahl zu berücksichtigender und dynamischer Faktoren (...) weiterhin erforderlich“, heißt es auf *Tageblatt*-Anfrage aus Berlin. Der Termin 15. Mai steht laut Grünewälder im Raum und ist Gegenstand von Beratungen in diesen Tagen. Bis Redaktionsschluss (gestern) gab es noch keine definitive Entscheidung.

Aus der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz kommen verständnisvolle Töne. Man sei sich der Tatsache bewusst, dass die Kontrollen „in besonderem Maße die Menschen in den Grenzregionen“ betreffe. „In Luxemburg kam es aufgrund der Nähe zu Frankreich und des Risikogebiets der Region

Grand Est zur Schließung einzelner Übergänge“, heißt es von dort weiter. Immerhin habe man durch Kontakte mit allen Verantwortlichen die Öffnung in Remich und Bollendorf erreicht. Zudem bestehe als größte Pendlerregion Europas „ein gemeinsames Interesse daran, wieder die grenzüberschreitende Realität in der Großregion zurückzugewinnen, um langfristigen Schaden für das Zusammenleben der Bürger in den Grenzregionen zu vermeiden“.

„Schaden für das Zusammenleben“

In Remich sitzt Bürgermeister Jacques Sitz (DP) in einem ebenfalls hermetisch abgeriegelten Rathaus und macht sich Gedanken. „Zwar ist es hier im Rathaus nicht mehr so hektisch wie vor Corona, aber ich frage mich, ob die Zukunft darin liegt, dass es keinen persönlichen Austausch mehr gibt“, sagt der 63-Jährige. Das betrifft nicht nur seine Verwaltung. Vier Wochen lang war die Grenzbrücke über die Mosel Richtung Perl geschlossen. Rund 13.000

PKWs und LKWs überqueren die Brücke täglich in Normalzeiten.

Über die Kontrollen kann er nur den Kopf schütteln. „Hier gab es vorher keine Grenzen mehr in den Köpfen der Menschen“, sagt er. In dem Zusammenhang plagen den Remicher Bürgermeister noch andere Befürchtungen. Was, wenn die temporären Schließungen denen in die Hände spielt, die schon immer mit nationalistischen Ideen geliebäugelt haben? „Das Schengener Abkommen ist hier so mit den Füßen getreten worden, dass es schwer werden wird, den Menschen Europa zu erklären“, sagt er.

Am besten beschreibt wahrscheinlich der Post, den der Grevenmacher Bürgermeister am 21. April ins Netz entließ, die Stimmung auf beiden Seiten an der Mosel. Darin hat er ein Zitat des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan abgewandelt: „Mrs Merkel, Mr Seehofer, Mr Maas, Mrs von der Leyen, Mr Bettel, Mr Asselborn, Mrs Cahen, tear down the German border controls.“ Nach Lage der Dinge wird es noch dauern, bis aus diesem Wunsch Realität wird.

Die nächsten Projekte in Mertert-Wasserbillig

Unter normalen Umständen hätte der Bürgermeister von Mertert-Wasserbillig im September einen Einweihungsmarathon hinlegen müssen. Die beiden Schulneubauten in Mertert (Zyklus 1 für 80 Kinder) und Wasserbillig (Zyklus 2-4 für 300 Kinder plus Küche zur Essensversorgung) sollten dann fertig sein – genauso wie die neuen Gemeindeateliers, die an der N1 zwischen den elf dort ansässigen Tankstellen für rund 30 Mitarbeiter des „Service technique“ gebaut werden. Rund 110 Wohneinheiten, das Projekt „Neue Mitte“, sind im ebenso im Bau. Die Fertigstellung des Gebäudes mit Umkleide-, Garderobe- und Versammlungsraum neben den Tennisplätzen an der Mosel in Mertert wird nicht im Zeitplan bleiben.

Die nächsten Projekte in Grevenmacher

Zu den nächsten Projekten, die für die Gemeinde Grevenmacher anstehen, gehört die Fertigstellung der rund fünf Millionen Euro teuren Renovierung des Osburg-Hauses, das künftig die Musikschule beheimaten soll. An den Plänen für den 27 Millionen Euro teuren Neubau des „Centre culturel“ hält der Bürgermeister auch nach Corona fest. „Ein glasklares Ja“, sagt Gloden. Auf seine Initiative hin hat das alte „Centre“ an seinem Lebensende noch eine noble Aufgabe erhalten: Es beherbergt zurzeit ein „Centre de soins avancés“ für die ganze Moselregion, in dem nicht nur Corona-Patienten, sondern auch Menschen mit anderen Krankheiten behandelt werden. 740 Patienten wurden darin seit der Eröffnung am 27. März versorgt. Der Fitnessparcours für Senioren geht nach Corona ebenfalls weiter.

Die nächsten Projekte in Remich

Zu den Hauptprojekten in der Zukunft gehört die Aufstockung des „Parking Grein“, der aktuell rund 300 Plätze bietet. Für die Umgestaltung des Stadtkerns soll der Architektenwettbewerb ebenfalls demnächst anlaufen. Gleiches gilt für den Neubau des Schulkomplexes „Gewännchen“. Bleibt noch die ewige Geschichte „Moselpromenade“. Bei dem Teil, der keinen Hochwasserschutz braucht, könnten nach Rathausangaben nächstes Jahr die Bagger rollen. Auch wird daran gearbeitet, das Alten- und Pflegeheim „Josefshaus“ auf intersyndikale Basis zu stellen.

Das Geschäft mit den Tankstellen an der Mosel

Viele Gemeinden an der Mosel haben Tankstellen, die sowohl vom Transitaufkommen – Luxemburg ist Transitland – als auch von den Grenzgängern leben. Allein in Mertert-Wasserbillig gibt es innerorts elf. An den Remicher Tankstellen ist der Betrieb reduziert. Viele kleinere Tankstellen sind geschlossen. Der „Groupement pétrolier luxembourgeois“ (GPL) rechnet damit, dass der Umsatz der Tankstellen im Land um 70-90 Prozent eingebrochen ist. Der größte Einbruch wird an den Grenztankstellen verzeichnet, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage des *Tageblatt*. Zu Normalzeiten nimmt der Staat nach Angaben des GPL rund zwei Milliarden Euro an Steuern durch den Verkauf von Mineralölprodukten, Tabak und Alkohol ein. „Die Maßnahmen der Regierung im Bezug auf die Covid-19-Epidemie könnten einen Verlust von bis zu 330 Millionen Euro an Steuereinnahmen bedeuten“, heißt es in der Antwort des GPL weiter.

„So geht man nicht mit Nachbarn um“

Premier Xavier Bettel über geschlossene Grenzen und schlechte Kommunikation

Luxemburg. Der Europatag am 9. Mai ist in Luxemburg seit vergangenem Jahr ein offizieller Feiertag. Ein Grund zum Feiern gibt es diesmal allerdings kaum. Wegen der Corona-Pandemie wurden die Schlagbäume in vielen europäischen Ländern wieder herun-

tergelassen: „Geschlossene Grenzen sind nicht das, was wir an einem Europatag feiern wollen, erklärt Premierminister Xavier Bettel (DP) im Interview.

Er kritisiert, dass „die nationalen Reflexe schneller“ waren, „als die Bereitschaft, nach gemeinsa-

men Lösungen zu suchen“. Besonders sauer stößt ihm aber der deutsche Alleingang auf. Als die Bundesrepublik vor Wochen wieder Grenzkontrollen einführte, hatte sie die luxemburgische Regierung im Vorfeld nicht über diesen einschneidenden Schritt in-

formiert. Auch bei der Verlängerung der Maßnahme Anfang der Woche gab es keine Absprache: „So geht man nicht mit seinen Nachbarn um“, ärgert sich der Premierminister. Seiner Meinung nach sind die Grenzkontrollen ein völlig falsches Zeichen, denn „wenn man wieder Grenzkontrollen einführt, bröckelt das Vertrauen in den Nachbarn“.

DS



Premier Xavier Bettel hält sich auch am Europatag an die Hygienevorschriften.
Foto: Lex Kleren

Union Européenne

„Es geht um Solidarität“

Premier Bettel über den Europatag und die Bedeutung in Corona-Zeiten

Interview: Dani Schumacher

Morgen ist Europatag. Doch einen Grund zum Feiern gibt es in diesem Jahr nicht. Das Corona-Virus hat die Europäische Union auch nach mehr als zwei Monaten im Würgegriff. Die wirtschaftlichen Folgen des Lockdown sind noch nicht absehbar. Premierminister Xavier Bettel (DP) ist dennoch zuversichtlich: Europa wird auch diese Krise überstehen, allerdings nur, wenn sich alle Mitgliedstaaten solidarisch zeigen.

Xavier Bettel, die Grenzen sind teilweise geschlossen, entlang der Mosel wehen die Fahnen deshalb auf halbmast. Gibt die Europäische Union am Europatag in diesem Jahr nicht ein recht trauriges Bild ab?

Geschlossene Grenzen sind in der Tat nicht das, was wir an einem Europatag feiern wollen. Die Corona-Krise ist ein gemeinsames Problem. Leider waren bei einigen Politikern die nationalen Reflexe schneller, als die Bereitschaft, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Die nationalen Reflexe haben sich aber als falsch erwiesen. Die luxemburgische Regierung hat von Anfang an nach Lösungen für die vielen Grenzgänger gesucht. Ohne die Pendler wäre unser Gesundheitssystem kollabiert.

Am vergangenen Montag hat Bundesinnenminister Horst Seehofer die Grenzkontrollen bis zum 15. Mai verlängert. Wurden Sie diesmal im Voraus von Berlin über die Entscheidung informiert?

Nein, wie schon bei der Einführung der Grenzkontrollen wurden wir auch diesmal von der Entscheidung überrascht. Obwohl fortwährend Gespräche laufen, erfahren wir solche einschneidenden Schritte oft erst aus der Presse. So geht man nicht mit seinen Nachbarn um. Leider bekommen wir anschließend auch noch abweichende Informationen. Die Grenzkontrollen sind eine unilaterale Entscheidung, die Kommunikation zwischen unseren beiden Ländern könnte besser sein. Als die Grenzkontrollen eingeführt wurden, haben wir unverzüglich nach einer Lösung gesucht. Die Grenzgänger haben schließlich eine Art Passierschein erhalten. Es ist wichtig, dass die deutschen Pendler weiterhin nach Luxemburg kommen dürfen.

Grenzkontrollen gibt es nicht nur zwischen Deutschland und seinen Nachbarländern. Innerhalb der EU sind im Moment viele Binnen Grenzen geschlossen. Und das genau in dem Jahr, in dem wir das 25. Jubiläum des Schengen-Abkommens feiern ...

... gefeiert haben wir aus gegebenem Anlass nicht! Es gab den 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Schengen-Verträge. Der freie Personen- und Warenverkehr gehören zu den Grundprinzipien der Europäischen Union. 25 Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens haben nationale Überlegungen leider dazu geführt, dass Schutzmaterial nicht geliefert werden konnte, weil die Lastwagen an den Grenzen aufgehalten wurden. Das darf nicht sein. Solche Maßnahmen müssten aufeinander abgestimmt werden. Normalerweise müsste die Europäische Kommission die Erlaubnis erteilen, wenn ein Land seine Grenzen schließen will. Ich erwarte mir daher, dass die Kommission die Mitgliedstaaten an die Spielregeln erinnert. Wenn man wieder Grenzkontrollen einführt, bröckelt das Vertrauen in den Nachbarn.

Apropos Kommission. In den ersten Tagen der Krise hat man nicht allzu viel aus Brüssel gehört. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen musste später sogar Versäumnisse einräumen. Ist die Kommission, ist die Kommissionspräsidentin der Corona-Krise überhaupt gewachsen?

Die Kommission kann nicht allein entscheiden. Es sitzen 27 Länder am Tisch und es gab 27 unterschiedliche Meinungen. Kommissionspräsidentin von der Leyen sind die Hände gebunden, wenn jedes Land in eine andere Richtung zieht. Als es darum ging, eine gemeinsame Strategie im Kampf gegen das Virus zu entwickeln, haben einige Länder unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass Brüssel nicht darüber zu entscheiden habe, wie sie die Bevölkerung im eigenen Land schützen sollen. Folglich konnte keine gemeinsame Marschroute gefunden werden. Ich bin aber froh, dass wir am Ende doch noch einen gemeinsamen Nenner gefunden haben.

Und was ist dieser gemeinsame Nenner?

Wir haben uns darauf verständigt, dass die Kommission konkrete Regeln für die EU-Bürger für die kommenden Wochen und Monate ausarbeiten soll, wenn die Ausgangsbeschränkungen aufgehoben werden. Einige Länder haben nach der Lockerung beispielsweise eine vierzehntägige Quarantäne für alle Personen angeordnet. Nun wurde vereinbart, dass die Quarantäne für Drittstaatler gelten soll, nicht aber für EU-Bürger, die innerhalb der Union reisen. Es bleiben aber weiterhin noch viele Fragen offen. Was passiert beispielsweise mit den Studenten? Können sie in die Länder zurückkehren, in denen sie studieren, um ihre Examen zu schreiben? Es ist im Augenblick äußerst schwierig, eine Lösung für solche Probleme zu finden, weil es in einigen Staaten an der nötigen Bereitschaft fehlt. Gerade weil jedes Land im Kampf gegen das Virus zunächst seinen eigenen Weg gegangen ist, ist es nun so schwer, einen gemeinsamen Weg zurück in die Normalität zu finden. Der Umgang mit der Corona-Krise ist, was die Abstimmung zwischen den Mitgliedsländern anbelangt, keine Sternstunde der Europäischen Union. Ich wiederhole es noch einmal: Corona ist ein gemeinsames Problem, also brauchen wir auch eine gemeinsame Lösung.

Müsste es nicht eine der Lehren aus der Krise sein, dass Brüssel mehr Kompetenzen im Gesundheitsbereich bekommt, Beispiel Schutzmaterial?

Die Pandemie hat uns allen unmissverständlich gezeigt, dass die europäische Produktion bei weitem nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken. Das muss sich ändern. Europa darf nicht länger von anderen Ländern abhängig sein. Die nächste Herausforderung steht bereits vor der Tür: Wenn es einen Impfstoff gibt, wie können wir garantieren, dass er in einer ersten Phase dort ankommt, wo er gebraucht wird, nämlich bei den Menschen, die besonders gefährdet sind? Wenn auch beim Impfstoff die nationalen Reflexe wieder die Oberhand gewinnen, wird uns dies nicht gelingen. Wir müssen uns auf eine gemeinsame

Marschroute einigen. Ich habe mich deshalb beim letzten Gipfel für eine koordinierte, gemeinsame Strategie stark gemacht. Es ist absolut wichtig, dass die Kommission bei der Koordinierung die Führung übernimmt. Andernfalls beginnt ein gnadenloser Verteilungskampf, wenn der erste Impfstoff endlich zur Verfügung steht. Nicht nur in Europa, sondern weltweit. Die ärmeren Länder gehen dann leer aus, sie werden ihre Bevölkerung nicht impfen können, mit der Konsequenz, dass es nicht nur zu einer sanitären, sondern zu einer humanitären Krise kommen wird. Wir müssen über Europa hinaus blicken. Es braucht Solidarität.

Der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors hat vor der Todesgefahr gewarnt, mit der Europa im Augenblick konfrontiert ist. Die EU drohe bei dem ersten Hustenanfall auseinanderzubrechen. Teilen Sie diese Meinung?

Nein. Wir haben Lösungen gefunden. Es war beileibe nicht einfach, aber wir haben uns auf ein milliardenschweres Hilfspaket verständigt, damit die einzelnen Länder die Krise bewältigen können. Wir haben uns die erforderlichen Mittel gegeben, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Verhandlungen wurden wegen der Diskussion um die sogenannten Corona-Bonds erschwert. Einige Länder waren strikt dagegen, einige Staats- und Regierungschefs bekamen Pickel auf die Stirn, wenn man das Wort Corona-Bonds auch nur erwähnte.

Die luxemburgische Regierung befürwortet die Corona-Bonds, weshalb?

Es ist eine Frage der Solidarität. Aufgrund seiner guten Finanzlage konnte Luxemburg vor wenigen Tagen einen Kredit zu negativen Zinsen aufnehmen. Wir werden am Ende also noch Geld verdienen. Andere Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich, die wesentlich stärker von der Krise betroffen sind und folglich mehr Geld brauchen werden, können dies nicht. Sie müssen sich Geld zu einem hohen Zinssatz beschaffen, um in ihr Gesundheitssystem zu investieren. Wenn die EU gemeinsame Kredite aufnimmt, bezahlen wir vielleicht etwa mehr Zinsen, wenn überhaupt, die anderen Länder können sich aber billigeres Geld beschaffen. Genau in dem Punkt kommen wir aber nicht weiter.

Union Européenne

Warum lehnen Länder wie Deutschland oder die Niederlande die Corona-Bonds so vehement ab? Geht es um das Prinzip, oder wo liegt das Problem?

Es geht nicht um das Prinzip. Es gibt unterschiedliche Gründe, weshalb einige Länder strikt gegen die Bonds sind. Auf der einen Seite geht es sicherlich um Solidarität. Es geht aber auch um Disziplin, und genau dies ist den Ländern, die den Corona-Bonds kritisch gegenüberstehen, sehr wichtig. Es kann nicht sein, dass die Gelder, die über die Bonds vergeben werden, dazu genutzt werden, um alte Schulden zu begleichen oder um Fehler aus der Vergangenheit zu beheben. Ich bin auch der Meinung, dass wir genau wissen müssen, wo die Gelder hinfließen und was damit gemacht wird. Es braucht also ein Monitoring. Darauf pocht vor allem Deutschland. Die Krux ist, dass jedes Land in dieser Diskussion einen anderen Punkt kritisiert. Für die einen ist das Monitoring das Problem, die anderen wiederum wollen nicht, dass eine europäische Institution kontrolliert, wie sie die Gelder einsetzen. Es ist aber auch verständlich, dass andere Länder sich weigern, einen Blankoscheck auszustellen. Egal wie die Dinge am Ende heißen werden, mir ist wichtig, dass die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, damit die Länder aus der Krise kommen.

Durch die Corona-Krise scheint der Nord-Süd-Konflikt erneut ausgebrochen zu sein.

Diese Debatte flammt immer wieder auf. Generell gilt: Es kann nicht sein, dass gerade die Länder, die schon vor der Krise gut dastanden, besser durch die Krise kommen, als die Staaten, die schon vorher mit Problemen zu kämpfen hatten. Wir dürfen sie nicht im Regen stehen lassen.

Besteht überhaupt noch eine

Chance, dass die Corona-Bonds Wirklichkeit werden?

Meiner Meinung nach sind sie noch nicht tot. Es geht nicht um den Namen, es geht um die Solidarität. Und daran arbeiten wir. Wie gesagt, wir haben jetzt schon ein Finanzpaket, das sich aus den 750 Milliarden von der EZB und aus den 540 Milliarden vom Rat zusammensetzt, sowie die Mittel aus dem geplanten Wiederaufbaufonds. Das ist viel Geld. Mit diesen drei Instrumenten haben wir schon viel erreicht, um die Krise zu überwinden.

Auch wenn es sich um enorme Summen handelt, reicht das Geld?

Es ist ein korrekter Beitrag. Wir brauchen jetzt eine Starthilfe, um Europa wieder auf die Beine zu bringen. Wir müssen aber auch die mittel- und langfristige Entwicklung im Auge behalten.

Die Corona-Krise überlagert die Migrationskrise. Bislang fehlt es in dieser Frage an klaren Aussagen aus Brüssel.

Wir haben leider immer noch keine Lösung bei der Migration. Auch hier mangelt es an der erforderlichen Solidarität. Wir dürfen Länder wie Griechenland, Spanien, Italien oder Malta nicht alleinlassen. Wir brauchen dauerhafte Lösungen, langfristig braucht die EU eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, daran führt kein Weg vorbei. Wir können uns nicht ewig mit Ad-Hoc-Lösungen durchwursteln. Ich will aber realistisch sein. Wir müssen jetzt die Corona-Krise bewältigen.

Am 8. Mai vor 75 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Die EU versteht sich auch als Friedensprojekt. Ist dieses Projekt angesichts der aktuellen Zerstrittenheit in Gefahr?

Leider können wir wegen der Pandemie den 75. Jahrestag vom Ende des Zweiten Weltkrieges nicht feiern. Die Gedenkfeiern können nicht stattfinden, wir

müssen uns auf Kranzniederlegungen vor den einzelnen Gedenkstätten beschränken, um die Erinnerung an die Opfer wachzuhalten. Am 8. Mai sollten wir uns wieder bewusst werden, dass Europa in seiner Geschichte noch nie eine so lange Friedenszeit erlebt hat. Mit Ländern wie Slowenien und Kroatien gehören heute Länder der EU an, in denen vor nicht allzu langer Zeit noch Krieg herrschte. Es sind Länder aus dem früheren Ostblock dabei, in denen die Menschen lange in einer kommunistischen Diktatur leben mussten. Dank der Europäischen Union sitzen all diese unterschiedlichen Staaten heute an einem Tisch und reden miteinander. Wir sind uns nicht immer einig, aber wir reden miteinander. Ich frage mich, ob die vielen Probleme, mit denen wir aktuell konfrontiert sind, ohne diese gemeinsame Basis nicht ein Konfliktpotenzial hervorgebracht hätten, das Europa erneut in Gefahr gebracht hätte. Leider vergessen wir aber allzu oft, was die Union uns gebracht hat. Auch Luxemburg wäre ohne die EU nicht das Land, das es heute ist. Die wichtigste Errungenschaft ist und bleibt aber der Frieden. Wir sollten uns immer wieder vor Augen führen, dass es beispielsweise in der Ukraine, also vor der europäischen Haustür, noch einen Konflikt gibt. Wenn das Image der Union heute nicht das allerbeste ist, ist das auch auf die Kommunikation zurückzuführen. In Brüssel versuchen wir Politiker uns vor den Kameras stets als Sieger zu verkaufen, anstatt den Akzent darauf zu legen, dass wir einen Kompromiss erreicht haben. In der Union muss man manchmal auf etwas Kleines verzichten, damit wir morgen etwas Größeres erreichen können. In Brüssel geht es nicht darum zu gewinnen, es geht darum, zusammen etwas aufzubauen.

Ich erwarte mir daher, dass die Kommission die Mitgliedstaaten an die Spielregeln erinnert.

Der Umgang mit der Corona-Krise ist, was die Abstimmung zwischen den Mitgliedsländern anbelangt, keine Sternstunde der Europäischen Union.

Andernfalls beginnt ein gnadenloser Verteilungskampf, wenn der erste Impfstoff endlich zur Verfügung steht.

Der Milliarden-Deal

Am 23. April haben die Staats- und Regierungschefs ein Hilfspaket in Höhe von 540 Milliarden Euro mit drei Sicherheitsnetzen (Arbeitsmarkt und Arbeitnehmer, Unternehmen und Mitgliedstaaten) angenommen. Die Hilfen sollen am 1. Juni 2020 einsatzbereit sein. So sollen Mitgliedstaaten Darlehen in Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro er-

halten, um einen Teil der Kosten im Zusammenhang mit der Einführung oder Ausweitung nationaler Kurzarbeitsregelungen zu decken. Unternehmen sollen während der Krise mit einem europaweiten Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) und Darlehen in Höhe von 200 Milliarden Euro unterstützt werden. Diese Summe

kommt zu den 40 Milliarden Euro hinzu, die bereits mobilisiert worden waren, um den kurzfristigen Finanzierungsbedarf der mittelständigen Unternehmen zu decken. Über den Euro-Rettungsschirm ESM soll eine Pandemiekrisehilfe mit einem Gesamtumfang von 240 Milliarden Euro eingerichtet werden, aus der alle Euroländer Darlehen in Höhe von bis zu zwei Prozent ihres BIP erhalten. Die Staats- und Regierungschefs

pochen auch auf die Einrichtung eines Erholungsfonds. Hier fehlen aber noch die Details. Außerdem hat die EU ihren Haushalt für 2020 als Reaktion auf die COVID-19-Krise um 3,1 Milliarden Euro aufgestockt. Die Europäische Zentralbank legt ihrerseits ein Notfallprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro auf.

EDITORIAL

Zurück zu Schengen

**PASCAL
STEINWACHS**

mag keine
Grenzen.

Nicht nur das Coronavirus erinnert zuweilen an einen schlechten - Science-Fiction-Film, sondern auch die Virus-bedingte Schließung der Grenzen lässt Erinnerungen an Zeiten wach werden, als man für einen Tagesausflug oder eine Shoppingtour nach Trier, Saarbrücken, Metz oder Arlon nicht nur Geld umtauschen musste (wer nach Belgien wollte, zum Glück nicht), sondern an den Grenzen auch seinen Ausweis in der Regel grimmig dreinblickenden Zöllnern vorzeigen musste und oftmals sogar noch nach dem Grund des Grenzübertritts gefragt wurde.

Junge Leute dürften solche Bilder nur noch aus dem Fernsehen kennen, aber seit dem Ausbruch von Corona sind geschlossene Grenzen auch in Europa wieder zum Alltag geworden, und dies ausgerechnet im Jahr des 25-jährigen Bestehens des Schengener Abkommens zum Abbau der Grenzen - neben dem Euro die Hauptterrungenschaft der Europäischen Union, um die uns die ganze Welt beneidet. Manch ein Polizei- oder Grenzbeamter kann nun also wieder besten Gewissens den strengen, Paragraphen reitenden Ordnungshüter raushängen lassen, genauso wie es Leute gibt, die in der Corona-Krise ihren Hang zum Denunziantentum entdeckt haben, und die anscheinend nur darauf warten, dass sie im Bus, im Park oder wo auch immer einen Mitbürger ohne Schutzmaske entdecken, den sie zurechtweisen können.

Einfach mal so zum Shoppen nach Trier fahren, was vor der Corona-Krise ja eine der Lieblingsbeschäftigungen vieler Luxemburger war, das ist nun schon seit an-

derhalb Monaten nicht mehr möglich, auch wenn die Geschäfte dort inzwischen wieder geöffnet haben, wobei diese jedoch hauptsächlich von den Kunden aus dem Großherzogtum leben. Von der Grenzschließung am meisten betroffen sind dann aber nicht die Luxemburger, sondern in erster Linie die über 200.000 Grenzgänger, die jeden Tag zum Arbeiten nach Luxemburg pendeln, und dabei, so wie an der luxemburgisch-deutschen Grenze, bei jeder Grenzüberquerung sämtliche Papiere (Ausweis, Passierschein, Fahrzeugpapiere) vorzeigen müssen, was natürlich sogar in Zeiten, wo viele Leute immer noch im

Homeoffice tätig sind, für riesige Staus an den Grenzübergängen sorgt. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland am Donnerstag eine weitere Verlängerung der Einreisebeschränkungen mit seinen Nachbarländern bis zum 15. Mai beschlossen hat (an den Übergängen nach Belgien und den Niederlanden wird jedoch, warum auch immer, weiterhin nicht kontrolliert), regt sich hierzulande sowie in der Grenzregion der Widerstand. Außenminister Jean Asselborn hat ja bereits mehrmals diesbezüglich in Berlin interveniert – leider erfolglos. Gestern richtete sich nun auch CSV-Präsident Frank Engel mit

einem geharnischten Brief, „von Christdemokrat zu Christdemokrat“, an den deutschen Innenminister Horst Seehofer, in dem er von „Schikane“ spricht, derweil der direkt betroffene Grevenmacher CSV-Bürgermeister Léon Gloden in einem Brief an Jean Asselborn moniert, dass die Bürger wegen der Situation an der Grenze das Vertrauen in Europa verlieren würden. Das alles bewirkt zwar einige kleine Lockerungen. Aber es wäre an der Zeit, endlich wieder zur Normalität an den Grenzen zurückzukehren. Nicht erst in zwei Wochen, sondern jetzt und überall im Schengen-Raum...

EDITORIAL

Auf halbmast

**CLAUDE
KARGER**

glaubt weiter
an mehr EU.

„Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Knapp ein Jahr nach diesen Worten des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950 wurde dieser Solidaritätsgedanke in die Tat umgesetzt: am 18. April 1951 unterzeichneten sechs Länder - darunter Luxemburg, übrigens Schumans Geburtsland - den Gründungsvertrag der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“.

Durch diese Vergemeinschaftung sollte jeder Krieg zwischen den beiden ehemaligen Erzfeinden Deutschland und Frankreich „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ sein, wie Schuman fünf Jahre nach Ende des furchterlichsten Gemetzels, das Europa je erlebte, unterstrich.

Das Projekt für Frieden und Wohlstand wuchs. Ein paar Meilensteine: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957), Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (1972) und gleich darauf die erste Erweiterung, Verabschiedung des Schengen-Abkommens (1985) - „die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden“ steht in dem Vertragswerk zwischen Frankreich, Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg -, Euro-Einführung (2002), große EU-Erweiterung nach Osten (2004)... Alles andere als ein gradliniger Prozess natürlich, Krisen gab es viele, Rückschläge satt - wie zuletzt der erste

Austritt eines Landes aus der EU in der Geschichte -, aber stets gelang es, der europäischen Integration einen weiteren Schub zu geben. 70 Jahre nach der Schuman-Rede war eigentlich ein neuer, bitter notwendiger Elan geplant: während Staatenlenker wie Frankreichs Präsident Macron, ihre Vision für die künftige EU vorgelegt haben, sollte die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ab diesem 9. Mai zwei Jahre lang - vor allem im Dialog mit den Bürgern - die Puzzlestücke für die nächste Etappe sammeln.

Aber dann kam Covid-19. Und mit dem Virus eine Epidemie des Krisennationalismus. Die längst verschwunden geglaubten Schlagbäume an den Grenzen wurden schnell wieder abgesenkt, es gab ein Hauen und Stechen um medizinisches Material, während das Feilschen um - äußerst

dringliche - Hilfspakete noch an Härte zulegte. Vor allem die Schließung der deutschen Grenzen zu Luxemburg - gegen die Politiker und Bürgervon hüten und drüben von Anbeginn an vehement demonstrieren; manche Kommunen längs der Mosel hängten die Europaflagge sogar auf halbmast -, aber auch die Schikanen und Checks an den französischen und belgischen Grenzen hat das Gefühl eines gewaltigen Rückschritts gesät. Die Entscheidungen in den Landeskapitalen der Nachbarländer, mit denen das Großherzogtum offensichtlich zäh verhandeln musste, um Lösungen für die vitalen Grenzgängerflüsse zu finden, schmerzen besonders die

Bürger im Ländchen, von denen die meisten starke Verbindungen in andere EU-Staaten haben... Es gibt viele Lehren aus dieser Krise zu ziehen, damit Kleinstaaterei-Reflexe künftig Außen vor bleiben. Mehr Vertrauen und mehr Solidarität bleiben auch nach 70 Jahren die Hauptzutaten für eine bessere EU. Jetzt und genau jetzt, da das Covid-19-Desaster längst noch nicht vorbei ist, gilt es, das mehr denn je zu beweisen. Die Bürger warten auf einen großen Ruck. Die Politik sollte die Chance nutzen.

Fast alle tragen Asselborn-Initiative mit

BRÜSSEL 25 EU-Staaten stemmen sich gemeinsam gegen Israels Annexionspläne

Armand Back

Bis auf Ungarn und Österreich machen alle mit. Bei einer Videokonferenz haben sich 25 EU-Außenminister bereit erklärt, eine von Jean Asselborn und seinem irischen Amtskollegen Simon Coveney ausgearbeitete Erklärung mitzutragen. Die EU-Staaten stellen sich darin gegen Israels Annexionspläne des Westjordanlandes und fordern ein Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung. Die Außenminister der EU-Staaten haben am Freitagnachmittag in einer Videokonferenz über die jüngsten Entwicklungen im Nahost-Konflikt beraten. Thema bei den Gesprächen waren vor allem die Absichten von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu, Siedlungen und das Jordantal im Westjordanland zu annektieren.

Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen – insbesondere aus Sicht des Luxemburger Außenministers Jean Asselborn, der seit Monaten alles in die diplomatische Waagschale wirft, um eine Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel zu verhindern. 25 der 27 EU-Staaten haben sich nach den Videogesprächen auf ein Statement geeinigt, das sich gegen eine solche Annexion richtet und weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung fordert. „Dass 25 Staaten damitmachen, hat meine Vorstellungen bei weitem übertroffen“, sagte Asselborn am Freitagnachmittag gegenüber dem *Tageblatt*.

Asselborn und sein irischer Amtskollege Simon Coveney hatten die vergangene Woche an diesem Schriftsatz gearbeitet, wie ein erleichterter Asselborn sagte. Die Diplomaten des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell würden, falls keine äußeren Einmischungen dazwischenkommen, das Statement jetzt aufsetzen. Am Montag soll die Erklärung die israelische Regierung erreichen, die am Sonntag neu vereidigt wird. Netanjahu will künftig mit Benny Gantz vom Mitte-Bündnis Blau-Weiß regieren, der ihn in eineinhalb Jahren als Ministerpräsident ablösen soll.

Asselborn hatte sich bereits zuvor dafür ausgesprochen, Israels Pläne „präventiv“ scharf zu verurteilen, und an die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 erinnert. „Wenn man ein Territorium annektiert, das einem nicht gehört, dann ist das ein schwerwiegender Verstoß, eine Verletzung des internationalen Rechts“, sagte der dienstälteste EU-Außenminister der Deutschen Presse-Agentur in Brüssel. Das habe man in der EU auch so gesehen, als Russland die Krim annektierte.

Erst mit Krim-Vergleich auf Konfrontationskurs

Damit war Asselborn schon am Morgen auf entgegengesetzten Kurs zum deutschen Außenminister Heiko Maas gegangen. Auch Maas hält Israels Pläne zur Annexion besetzter Palästinensergebiete für völkerrechtswidrig, will aber keinen Vergleich mit der Krim-Annexion durch Russland ziehen. Er sehe nicht, dass man Israel mit einem solchen Vergleich konfrontieren sollte, sagte der SPD-Politiker am Freitag zu entsprechenden Äußerungen seines luxemburgischen Amtskollegen. Man befinde sich in einem Dialog mit den Verantwortlichen in Israel. Es sei nun wichtig, dass die Europäische Union mit einer Stimme spreche.

Ganz eine Stimme wurde es dann nicht. Nachdem sich Österreich neben dem notorischen Konsensverweigerer Ungarn eingereiht hatte, blieben 25 EU-Staaten, die das Statement mittragen – welches sich indirekt auch gegen die Absichten der USA richtet. Washington trieb die drohende Annexion der Westbank durch Israel bislang voran, wenngleich US-Außenminister Mike Pompeo sich zuletzt eher verhalten in dieser Frage gezeigt hatte.

Asselborn, der als dienstältester Außenminister in der Vergangenheit bereits mit Italiens ehemaligem extrem rechten Premier

Matteo Salvini sowie Ungarns Regierungschef Viktor Orban aneinandergeraten war, ging jetzt einen Schritt weiter. Nach Asselborns Krim-Vergleich musste sein deutscher Amtskollege aus der Deckung heraus. Vor allem Deutschland war es, das die harten Sanktionen gegen Russland nach der Krim-Annexion durchsetzte. Nicht jeder in der EU war mit diesem Schritt einverstanden gewesen.

Der Krim-Vergleich stellte die EU nun aber vor ein Glaubwürdigkeitsproblem – wenn sie gegen Russland vorgeht, wie soll sie dann Israel einen Freifahrtschein ausstellen können? Deutschland wird keine Sanktionen gegen Israel mittragen, das verbietet die Staatsdoktrin. Von Sanktionsdrohungen wollte auch Asselborn nicht reden. Sollte die EU allerdings eine mögliche Annexion von Palästinensergebieten wie die Annexion der Krim bewerten, müsste Israel weitreichende Strafmaßnahmen fürchten. Gar nicht zu handeln, ging jetzt aber auch nicht mehr.

Israels Annexionspläne wurden vergangenes Jahr durch einen Plan von US-Präsident Donald Trump für den Nahen Osten neu befeuert. Diesem „Friedensplan“ zufolge könnten die Palästinenser einen eigenen Staat bekommen, allerdings unter harten, für die Palästinenser unannehmbaren Auflagen. Jerusalem soll demnach die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas weist den Plan zurück. Die Palästinenser boykottieren die US-Regierung, seit Trump Ende 2017 Jerusalem einseitig als Israels Hauptstadt anerkannt hat.

Alles andere ende in „Apartheidstaat“

Israel hat während des Sechstagekrieges 1967 unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert und treibt dort seitdem Siedlungs-

projekte voran.

Die Palästinenser fordern die Gebiete für einen eigenen Staat – mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Die EU vertritt wie zahlreiche andere internationale Akteure die Auffassung, dass die Siedlungen nach dem Völkerrecht illegal sind und ein Friedenshindernis darstellen.

Israel sieht in seiner Siedlungspolitik hingegen keinen Rechtsbruch und betrachtet das Westjordanland nicht als besetztes Land. Die israelische Bezeichnung des Gebiets lautet Judäa und Samaria, nach den in der Bibel erwähnten hebräischen Namen. Israel erhebt historische und juristische Ansprüche auf das Land und argumentiert, es habe vor seiner Eroberung 1967 keinem Staat gehört. Damit sei es lediglich „umstrittenes Gebiet“.

Die Zahl der israelischen Siedler in den eroberten Gebieten ist seit 1967 rasant gestiegen. Heute

leben im Westjordanland und in Ost-Jerusalem nach Angaben der israelischen Organisation Peace Now deutlich über 600.000 Israelis. Die Zahl der Palästinenser in den Gebieten beträgt nach Angaben des Palästinensischen Statistikamts 3,2 Millionen. Im Gazastreifen, aus dem Israel sich 2005 zurückgezogen hat, leben weitere zwei Millionen Palästinenser.

Nun werden sich nach der Initiative von Asselborn und Coveney insgesamt 25 EU-Staaten für die Beibehaltung der Zwei-Staaten-Lösung starkmachen.

Asselborn

zufolge

wird

das

auch höchste Zeit. Sollte Israel einfach Gebiete annektieren, „ist die Zwei-Staaten-Lösung kaputt“,

so Luxemburgs Außenminister. „Alles andere als eine Zwei-Staaten-Lösung“, so Asselborn, „endet in einem Apartheidstaat“.

Auch der jordanische König Abdullah II. warnte Israel eindringlich vor den Konsequenzen einer Annexion palästinensischer Gebiete. „Falls Israel im Juli wirklich das Westjordanland annektiert, würde dies zu einem massiven Konflikt mit dem Haschemitischen Königreich Jordanien führen“, sagte Abdullah dem Magazin *Der Spiegel* (Freitag). „Was würde geschehen, wenn die palästinensische Autonomiebehörde zusammenbricht?“, fragte der König. „Es gäbe noch mehr Chaos und Extremismus in der Region.“

(mit Material der dpa)

Jean Asselborn machte früh gegen Israels Annexionspläne und Trumps „Friedensplan“ mobil – das Statement jetzt sieht Luxemburgs Außenminister als großen Erfolg



Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

Atomhaftungsgesetz: Historisch oder unnütz ...

PARLAMENT Thema „Fragen an Regierung“ weiter aktuell

Robert Schneider

Ob das am Dienstag verabschiedete Gesetz zur Haftung bei Atomunfällen nun einen historischen Moment darstellte oder praktisch nicht umsetzbar ist, darüber schieden sich während der Debatten die Geister im Parlament. Daneben kam es zu einem weiteren Kapitel im Streit um die Beantwortung bzw. Nichtbeantwortung parlamentarischer Anfragen durch die Regierung.

Wieder war es die Fraktionsvorsitzende der CSV, Martine Hansen, die auf sieben CSV-Fragen verwies, die nicht im Rahmen der reglementarisch vorgegebenen Zeitspannen beantwortet wurden; Sven Clement (Piraten) und Fernand Kartheiser (ADR) schlossen sich der Kritik an, was dazu führte, dass einige Minister noch während der Sitzung dies nachholten und ihrer Aufgabe gerecht wurden. Am Schluss der Sitzung waren alle Fragen entweder schriftlich oder mündlich beantwortet, bis auf eine von Laurent Mosar. Die Antwort soll ebenfalls schnell folgen.

Die Präsidentin der Kulturkommission, Djuna Bernard („déi gréng“), legte eine Motion vor, die auf eine Initiative der CSV-Abgeordneten Octvie Modert zurückreicht und die kurz-, mittel- und langfristige Unterstützungsmaßnahmen für die Kulturschaffenden forderte und die einstimmig angenommen wurde. Kulturministerin Sam Tanson verwies in dem Zusammenhang auf fünf Millionen Euro, die im Rahmen einer Wiederbelebung der Kulturszene verteilt werden sollen.

Eine weitere Motion von „déi Lénk“, vorgestellt von David Wagner, die eine Deckelung der Mietpreise, ein Herabsetzen der Mieten und Unterstützung für die

kleinen Eigentümer forderte, wurde hingegen mehrheitlich abgelehnt. Das zuständige Regierungsmitglied Henri Kox kündigte in dem Zusammenhang ein Mietgesetz an, das kurzfristig u.a. die Kommissionen der Immobilienagenturen unter die Lupe nehmen soll, die sog. „garantie locative“ definieren, die „colocation“ regeln und in die Mietkommissionen neue Dynamik bringen soll.

Schadenersatz bei Nuklearunfällen

François Benoy („déi gréng“) stellte als Berichterstatter ein Gesetzesprojekt vor, das es in ähnlicher Form bislang nur in Österreich gibt und das einen neuen Weg zur Entschädigung im Falle von Unfällen in Atomkraftwerken geht. Der Berichterstatter verwies auf die Havarien in Tschernobyl und Fukushima, die jeweils gigantische Kosten, ganz zu schweigen vom menschlichen Leid, nach sich zogen. Die Kosten bei einem ähnlich schweren Vorfall würden in Frankreich mit 5.800 Milliarden, in Deutschland mit 6.000 Milliarden Euro beziffert. Die vorgesehene Haftung habe allerdings Obergrenzen von 700 Millionen in Frankreich, von 1,5 Milliarden in Belgien und 2,5 Milliarden Euro in Deutschland. Bürger und Betriebe würden also auf Kosten sitzen bleiben.

Das nun vorgelegte Gesetz sieht vor, dass Einwohner Luxemburgs im Falle eines Unfalls den erlittenen Schaden vor Luxemburger Gerichten einklagen können, dies in unbegrenzter Höhe und bei einer Verjährungsfrist von 30 Jahren, dies, um auch spät einsetzende medizinische Auswirkungen berücksichtigen zu können. Auch Auswirkungen auf Natur, auf Bo-

den und Wasser können berücksichtigt werden. Es stelle dies eine grundlegende Verbesserung dar, so Benoy, der auf europäische Reglemente verwies, die garantieren würden, dass die Urteile auch Rechtskraft in den Nachbarländern hätten.

In einem engagierten Beitrag lief Gilles Roth als erster Redner zu Höchstform auf, verwies darauf, dass seine Partei, die CSV, das Gesetz mittragen werde, machte aber mit fast kabarettistischem Eifer auf Aspekte der nationalen Atompolitik aufmerksam, die wenig konsequent seien. So exportiere Luxemburg seinen radioaktiven Müll nach Belgien, ein Land, mit dem die Umweltministerin einen diplomatischen Zwischenfall wegen Untersuchungen zu potenziellen Endlager-Standorten provoziert habe. „Dat hätt net misse sinn“, so Roth, der auf die Pressekonferenz der Ministerin zu diesem Thema einging, die heftige Reaktion ihrer belgischen Amtskollegin darlegte und bedauerte, dass Dieschbourg nicht erst das Parlament über die belgischen Pläne informierte, sondern gleich an die Öffentlichkeit getreten sei. Außerdem beziehe Luxemburg trotz seiner ablehnenden Haltung 10,4 Prozent seines Gesamtverbrauches an Strom von Atomkraftwerken.

Während Max Hahn (DP) auf die rund 40 Störungen verwies, die es allein 2018 beim Atomkraftwerk Cattenom gab, und Cécile Hemmen (LSAP) die Umweltministerin bei der belgischen Endlagerstory verteidigte, analysierte Fernand Kartheiser (ADR) den vorliegenden Text als rechtlich unwirksam und plädierte für den Beitrag Luxemburgs zu anderen bestehenden Schadenersatzverträgen mit dem Ziel, diese zu verbessern.

Rentenfonds investiert in Atomkraft

Dass der nationale Luxemburger Rentenfonds („Fonds de compensation“) weiterhin und trotz der Regierungspolitik in Atomindustrie investiert, ist laut David Wagner („déi Lénk“) ein Skandal. Er brachte eine Motion zum sofortigen Ausstieg des Fonds aus solchen Firmen ein, die allerdings durchfiel. Anspruch und Wahrheit seien unterschiedliche Größen, so der Parlamentarier, der darüber hinaus wissen wollte, wie es um den nationalen Notfallplan im Falle eines Atomunfalls bestellt sei.

Marc Goergen (Piraten) sprach sich dafür aus, das Land solle komplett atomfrei werden, ehe Umweltministerin Carole Diesch-

bourg versuchte, die Vorwürfe gegen sie zu entkräften, und erklärte, der erwähnte „diplomatische Zwischenfall“ mit Belgien sei bereits am Abend der Pressekonferenz nach einem Telefonat mit ihrer belgischen Kollegin beigelegt gewesen. Dass Luxemburg einen Vertrag mit Belgien hat, der die Abnahme von insgesamt 30 Kubikmetern leicht radioaktiven Mülls aus Feuermeldern oder aus medizinischen Geräten beinhaltet (während einer Zeitspanne von 30 Jahren), dürfe nicht heißen, dass Land und Bürger sich nicht gegen ein Endlager nahe der Grenze wehren dürften.

An der Investitionspolitik des Rentenfonds werde gearbeitet, beschwichtigte die grüne Ministerin weiter. Energieminister Claude Turmes, der das Gesetz als historischen Moment sieht, erklärte,

die Abnehmer der zehn Prozent Atomstrom seien industrielle Unternehmen, die „einige Cent“ sparen wollten. Er könne dies aufgrund europäischer Regeln nicht verbieten, appelliere aber an die besagten Firmen, atomfreie Energie einzukaufen. Das Gesetz wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Weiter wurde eine von Roy Reding (ADR) vorgestellte Änderung des Kammerreglements angenommen, die definiert, wie der Ombudsmann für Kinder und Jugendliche in die parlamentarischen Arbeitsprozesse eingegliedert werden wird, sowie ein Vorschlag von Sven Clement (Piraten), der einen Sonderbericht zur Corona-Krise und den entsprechenden staatlichen Maßnahmen verlangte, mehrheitlich abgelehnt.

Einzigartiges Gesetz

Luxemburg betritt mit dem Haftungsgesetz für nukleare Unfälle juristisches Neuland

Von Morgan Kuntzmann

Eine größere Rechtssicherheit für die Bewohner Luxemburgs im Falle eines nuklearen Unfalls, dies ist das Ziel des Gesetzentwurfs 7221. Dieser bessere Rechtsschutz soll durch die Einführung einer zivilrechtlichen Haftpflichtregelung erreicht werden. Nach einem GAU sollen die Bürger des Großherzogtums Atombetreiber auf Schadenersatz verklagen können. Die bestehenden internationalen Konventionen der sechziger Jahre von Paris und Brüssel bieten, den Gesetzesinitiatoren nach, Luxemburg und seinen Bürgern einen unzureichenden Schutz. Die Autoren der Gesetzesvorlage erhoffen sich mehr Erfolg im Kampf gegen die Schließung der Kernkraftwerke im belgischen und französischen Grenzgebiet, da der Entwurf darauf abziele, die finanziellen Risi-

ken der Kernenergie aufzuzeigen.

Dass das Thema nicht unkompliciert ist, zeigte sich bereits ende März vergangenen Jahres. Der Staatsrat hatte mehrere formelle Beanstandungen am legislativen Projekt von Déi Gréng. Sowohl bei der Definition von „nuklearer Schaden“ wie auch „Betreiber“ war der Staatsrat unzufrieden und bemängelte die unklare Definition des Gesetzestextes.

Idealismus gegen Realismus

Gestern zeigten sich in der Abgeordnetenversammlung zwei Sichtweisen auf das Thema. Die von Idealismus geprägte Sichtweise, die von fast allen Parteien getragen wurde, sieht das Gesetz 7221 sowohl als präventives Werkzeug als auch als repressive Maßnahme. Mit diesem „historischen Atomhaftungsregime“, wie Energiemi-

nister Claude Turmes (Déi Gréng) die Gesetzesvorlage beschrieb, sei ein Meilenstein in der luxemburgischen Anti-Atom-Politik gelungen. „Das Gesetz ermöglicht es Luxemburg, sich künftig auf internationaler Ebene auf Augenhöhe gegen die weitere Förderung von Atomenergie einzusetzen“, so der Berichterstatter François Benoy (Déi Gréng). Die Nachbarländer müssten in Zukunft stets höhere Kosten und Versicherungssummen mit einkalkulieren, wenn sie in der Grenzregion die Lebensdauer von Atomzentralen verlängern oder Atomendlager bauen wollen. Eine realistische Sicht zeigte der Deputierte Gilles Roth (CSV) in diesem Kontext.

Er und seine Fraktion stehen komplett hinter dem Gesetz und den Gedanken, die dahinterstünden, sagte der CSV-Abgeordnete

gestern. „Dennoch wären solche Reparationszahlungen im Endeffekt gegen die Nachbarländer nur schwer durchsetzbar“, betonte Roth. Auch kritisierte die Oppositionspartei die Scheinheiligkeit der Grünen in Sachen Nuklearenergie. Der Anteil von Atomstrom von 10,4 Prozent am Gesamtenergieverbrauch sei, trotz der Beteiligung der Ökopartei an der Regierung, in den vergangenen Jahren nicht gesunken.

Die Gesetzesvorlage wurde schlussendlich mit 56 Ja- zu vier Neinstimmen angenommen. Einzig die ADR-Abgeordneten stimmten dagegen. Somit zählt Luxemburg mit Österreich zu den einzigen Staaten, die über ein solches Haftungsgesetz besitzen.

WO STEHEN WIR?

Verheerend

Die Schäden eines Atomunfalls sind gigantisch

Am 11. März 2011 ereignete sich vor Japan eines der stärksten jemals gemessenen Erdbeben, das einen Mega-Tsunami mit stellenweise 40 Meter hohen Wellen auslöste. Schwere Verwüstungen waren die Folge. Die Naturkatastrophen kosteten mindestens 20.000 Menschen das Leben, eine halbe Million musste evakuiert werden, während mindestens 400.000 Gebäude größtenteils zerstört wurden. Erdbeben und Tsunami trafen auch das Kernkraftwerk Daiichi bei Fukushima schwer. Derart, dass mehrere Kühlsysteme kollabierten. In den Tagen darauf kam es zu mehreren Explosionen und erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe wurden freigesetzt. Der schwerste Atomunfall nach dem Super-GAU von Tschernobyl (April 1986) führte zur Evakuierung von 200.000 Menschen.

Während die Entsorgung des radioaktiven Mülls im Kraftwerk noch viele Jahre andauern wird, konnten die Menschen erst nach und nach in ihre ehemaligen Wohngegenden zurückkehren. Erst Anfang März hoben die japanischen Behörden den Evakuierungsbefehl für einen Teil der Stadt Futaba in der Nähe des zerstörten Reaktors auf. Das heißt aber nicht, dass die Bevölkerung sofort zurückkehren darf. Nicht wegen der Strahlungswerte, aber weil wesentliche Versorgungssysteme der Stadt kaputt sind. Mangels Unterhalts sind etwa Wasser- und Abwasserleitungen beschädigt. Von den Wohnhäusern, die seit der Evakuierung nicht mehr geheizt wurden, ganz zu schweigen.

Tausende werden nie mehr in ihre Heimat zurückkehren können. Hunderte klagten vor Gericht gegen den Betreiber des Atomkraftwerks und gegen den japanischen Staat. Manche bekamen Recht, allerdings waren die zugesprochenen Summen bislang ziemlich gering. Wie bemisst man den Schaden bei einem nuklearen Unfall? Eine Studie des „Japan Center for Economic Research“ hat allein die Müllbeseitigungskosten

beim Fukushima-Unfall auf 684 Milliarden Euro über 40 Jahre beziffert. Für Unfälle vom Typ „Tschernobyl“ gehen andere Studien von zwischen 2.000 und 5.800 Milliarden Euro aus.

Gigantische Summen also, auf jeden Fall ein Vielfaches dessen, was nationale Regelungen und internationale Atomkonventionen verlangen. Bestenfalls für ein paar Milliarden Euro müssen AKW-Betreiber und die Staaten, in denen der Unfall passiert, im Falle des Falles aufkommen. Ein Tropfen auf den heißen Stein für Betroffene möglicherweise existenzzerstörender - gemeint ist sowohl die gesundheitliche wie auch finanzielle Existenz - nuklearer Belastungen.

Deshalb haben mehrere Staaten, wie Österreich, Irland und auch Luxemburg internationale Atomhaftungsabkommen nicht ratifiziert. Österreich hat bereits Ende der 1980er - noch unter dem Eindruck von Tschernobyl - ein spezielles Gesetz über die zivilrechtliche Haftung für Schäden durch Radioaktivität beschlossen. Dadurch kann etwa ein Bürger des atomfreien Österreichs auch vor einem österreichischen Gericht auf Ersatz für Schäden verlangen, die durch ein ausländisches Kernkraftwerk entstanden sind.

Auch Irland ist einen ähnlichen Weg gegangen. Nun zieht also Luxemburg nach und setzt ebenfalls ein Zeichen - vor allem in Richtung Frankreich, dessen Kraftwerk Cattenom gerade fit gemacht wird, um bis mindestens 2035 zu laufen, was in der gesamten Großregion für eine Intensivierung des Protests dagegen sorgte. Vor allem auch aus Deutschland, das nach Fukushima beschlossen hat, 2022 das letzte Kernkraftwerk abzuschalten. Ob der zusätzliche Druck aus dem Großherzogtum, dessen Vertreter sich bei jeder Reise nach Paris über Cattenom beschwerten, aber dort Eindruckschindet, steht auf einem anderen Blatt. Bleibt zu hoffen, dass das gestern beschlossene Gesetz nie zur Anwendung kommt. CLAUDE KARGER

„Ein Meilenstein in der luxemburgischen Anti-Atom-Politik“

Parlament spricht sich mit großer Mehrheit für Atomhaftungsgesetz aus

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Umweltministerin Carole Dieschbourg (déi gréng) zeigte sich gestern Abend nach einer mehrstündigen Parlamentsdebatte über ein Haftpflichtgesetz im Falle nuklearer Unfälle stolz, dass Luxemburg hier Pioniergeist bewiesen habe und nach Österreich jetzt das zweite Land sei, das so ein Atomhaftungsgesetz habe, derweil ihr Parteikollege Energieminister Claude Turmes gar von einem „historischen Moment“ sprach und sich über den breiten Konsens gegen Atomkraft freute, der hierzulande in Bezug auf die Atomenergie herrsche.

Der Gesetzentwurf wurde dann auch mit 56 Ja- und vier Nein-Stimmen (adr) verabschiedet.

Hauptziel des Gesetzesentwurfs ist die Einführung eines spezifischen nuklearen Haftpflichtregimes, um die Klagemöglichkeiten zu erhöhen und den luxemburgischen Bürgern im Falle eines nuklearen Unfalls einen besseren Rechtsschutz zu bieten. Auch soll das Gesetzesprojekt die finanziellen Risiken der Kernenergie aufzeigen.

Präventive politische Wirkung

Das neue Gesetz sieht vor, dass bei Auswirkungen eines Atomunfalls auf unser Land die vollen Schadensersatzansprüche der Einwohner ohne internationale Begrenzung und bis zu 30 Jahre nach dem Unfall vor luxemburgischen Gerichten eingeklagt werden können, ohne dass der Kläger den Beweis erbringen muss, dass der Atomkraftwerksbetreiber einen Fehler begangen hat.

Damit bringe das Atomhaftungsgesetz eine fundamentale Verbesserung der juristischen Möglichkeiten und erhöhe das finanzielle Risiko sowie die Kosten der Haftpflichtversicherung für die Betreiber der Atomanlagen, wie Berichterstatter François Benoy (déi gréng), der auch Präsident der parlamentarischen Umweltkommission ist, gestern einleitend unterstrich. Das neue Atomhaftungsregime sei ein „Meilenstein in der luxemburgischen Anti-Atom-Politik“.

Damit sei klar, dass Luxemburg die atomindustrie-freundlichen internationalen Haftungskonventionen wie die Pariser und Brüsseler Abkommen aus dem Jahr 1960 nicht ratifizieren werde. Das Gesetz ermögliche es Luxemburg, sich künftig auf internationaler Ebene auf Augenhöhe gegen die weitere Förderung von Atomenergie einzusetzen.

Wie Benoy weiter hervorhob, würden unsere Nachbarländer in Zukunft stets höhere Kosten und Versicherungssummen miteinkalkulieren müssen, wenn sie in der Grenzregion die Lebensdauer von Atommeilern verlängern oder Atomendlager bauen wollten. Dank diesem Atomhaftungsgesetz müsse die Atomlobby zukünftig jedoch mit Luxemburg rechnen, und das im doppelten Sinne des Wortes, wie der Berichterstatter schmunzelnd hinzufügte.

Seit Jahren würden die Kosten für Atom dann auch ansteigen, während die erneuerbaren Energien immer günstiger würden. Dieses Gesetz unterstütze diese Entwicklung und habe daher auch eine präventive politische Wirkung. Sammel-

klagen seien aber vorerst noch nicht möglich, doch sei die Regierung hier dabei, an einem spezifischen Gesetz zu arbeiten.

François Benoy erinnerte natürlich auch an die Atomkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima, deren Folgen noch bis heute spürbar seien. Das gelte auch für die finanziellen Folgen, die zum Beispiel allein in Deutschland im Falle eines Super-GAU Schätzungen zufolge bei über 6.000 Milliarden Euro liegen würden.

Grüne Duftmarken

Gilles Roth (CSV) gab an, dass seine Partei zum politischen Konsens stehe, dass Luxemburg gegen die Atomenergie sei, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass Luxemburg zwar eine nicht-nukleare Nation sei, dafür aber trotzdem nuklearen Müll produziere, den wir, wie in einer Konvention festgehalten, in Belgien entsorgen würden. Auch erwähnte er, dass auch unser nationaler Strommix zu 10,4 Prozent aus Atomenergie bestehen würde, und das bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen seit sieben Jahren.

Die Pressekonferenz von Umweltministerin Dieschbourg über die Pläne der belgischen Regierung, möglicherweise im unmittelbaren Grenzgebiet ein Atommüll-Endlager einrichten zu wollen, bedauerte der Oppositionsredner. Die Ministerin hätte vor der Pressekonferenz zuerst eine Sitzung der zuständigen Kammerkommission einberufen müssen, wo sie dann ein juristisches Gutachten hätte präsentieren können. Die heftige Reaktion aus Belgien, wo gar von einem diplomatischen Zwischenfall und einer Desinformationskampagne gesprochen worden sei, hätte dann auch nicht sein müssen. Die Kommunikationspolitik der Regierung habe auch hier stark zu wünschen übrig gelassen, und die Pressekonferenz der Umweltministerin sei grenzfertig gewesen. Hier hätten die grünen Duftmarken in der Corona-Krise vor den Interessen des Landes gestanden.

Starkes Signal

Max Hahn (DP) wies noch einmal darauf hin, dass die Demokratische Partei kategorisch gegen die Atomenergie sei. Die Zukunft gehöre nachhaltigen Technologien. Mit dem Atomhaftungsgesetz sende Luxemburg ein starkes Signal an unsere Nachbarn. Er hoffe dann auch, dass das Gesetz eine abschreckende Wirkung habe und dieses Gesetz nie zum Tragen komme.

Cécile Hemmen (LSAP) sprach ihrerseits von einem großen Fortschritt im Sinne unserer Sicherheit und Gesundheit, derweil Fernand Kartheiser (adr) der Meinung ist, dass dieses Gesetz seinen Zweck nicht erfülle, nämlich Druck auf unsere Nachbarländer auszuüben, ihre Atomkraftwerke zu schließen.

Die adr wolle Rechtssicherheit für Luxemburg im Falle eines nuklearen Unfalls, was aber, im Gegensatz zu den internationalen Konventionen, mit diesem Gesetz nicht gegeben sei, sei dieses Gesetz in der Praxis doch nicht durchsetzbar. Das Atomhaftungsgesetz sei eine politische Konstruktion, die rechtlich nicht funktionieren könne. Die adr schlage statt-

dessen vor, den internationalen Konventionen beizutreten,

„Unehrllicher Kuddelmuddel“

David Wagner (déi Lénk) gab hierauf zu bedenken, dass unser Land über den Rentenfonds ein großer Investor in der Nuklearenergie sei, so dass er sich frage, ob sich die Luxemburger Regierung wirklich derart einsetze, um aus der Atomenergie auszusteigen. Auch profitiere Luxemburg, und insbesondere ArcelorMittal, vom billigen Atomstrom. Luxemburg sei zwar kein Atomproduzent, aber Atomkonsument, und wenn es glaubwürdig sein wolle, dann müsse es aus der Atomenergie aussteigen. Die nationale Energiepolitik bezeichnete Wagner als „unehrlichen Kuddelmuddel“.

„Den Turbo einlegen“

Marc Goergen (Piraten) wünschte sich, dass das Großherzogtum endlich komplett atomfrei werde, aber dafür müsste Luxemburg endlich den Turbo einlegen und auf umweltfreundliche Energie umsteigen – die Grünen seien ja schließlich nicht erst seit gestern in der Regierung.

Umweltministerin Carole Dieschbourg verteidigte zum Abschluss der Debatte noch einmal ihre Pressekonferenz über die belgischen Pläne für ein Atommüll-Endlager. Der sogenannte diplomatische Zwischenfall sei dann auch noch am gleichen Abend nach einem Gespräch mit ihrer belgischen Ressortkollegin beseitigt worden. Jetzt werde die Sache bilateral angegangen.

Widerstand von Anfang an

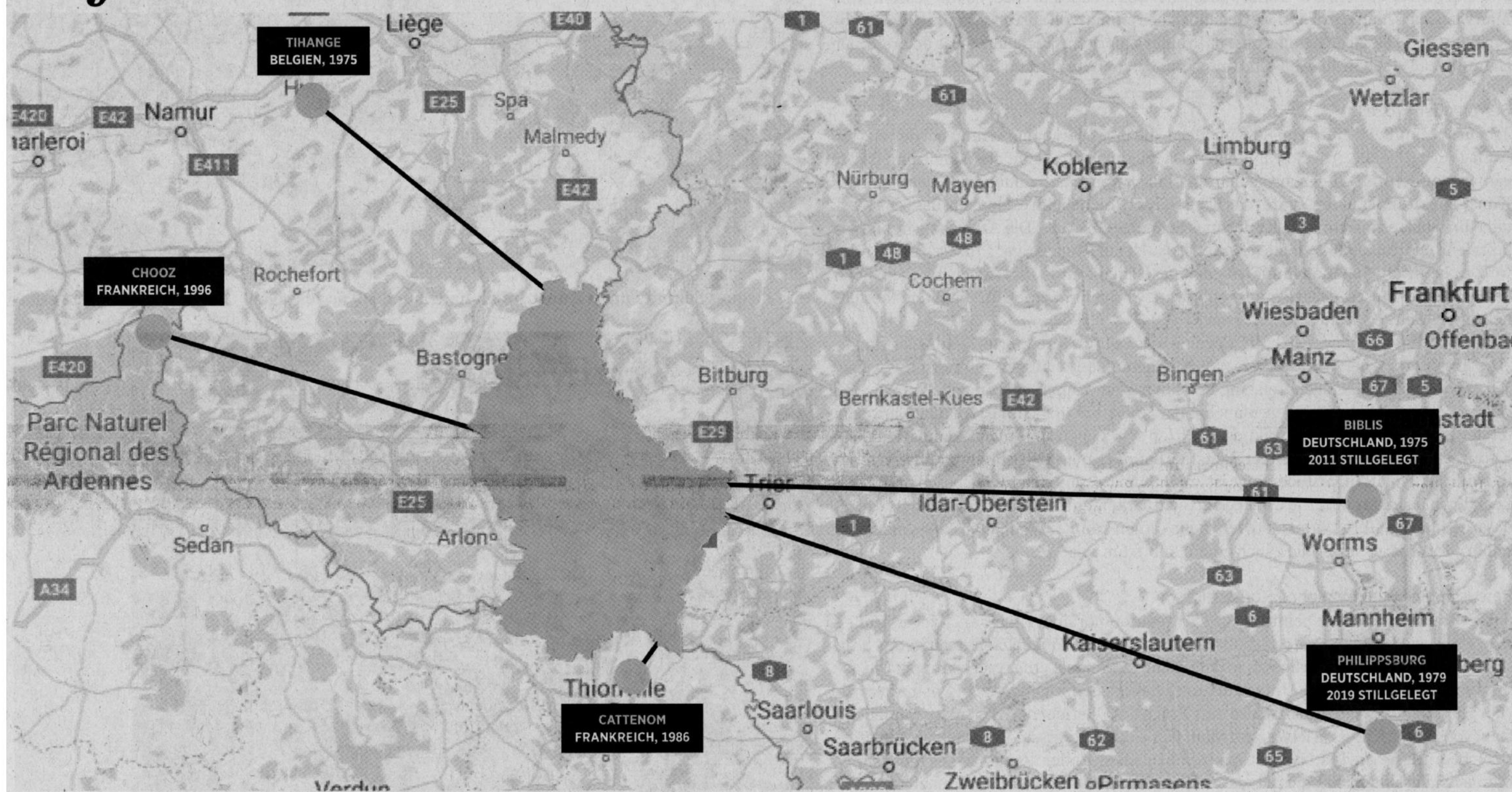
Proteste von Atomkraftgegnern in Luxemburg

LUXEMBURG Widerstand gab es von Anfang an, ob gegen die auf das Jahr 1973 zurückgehenden Pläne für ein Atomkraftwerk in Luxemburg (Remerschen) oder das AKW Cattenom. Protestaktionen gab es seitdem etliche. Laut Angaben des „Mouvement Écologique“ gab es so am 29. Juni 1975 eine erste „Manif“ mit Fahrzeugen zwischen der französischen Gemeinde Koenigsmacker und Cattenom mit etwa 2.000 Teilnehmern. Von luxemburgischer Seite ist es vor allem die „Biergerinitiativ Museldall“, die sich an der Aktion beteiligt.

Während die Pläne für einen luxemburgischen Atommeiler im Sand verlaufen, konkretisiert sich das Projekt Cattenom. Vor der Inbetriebnahme Cattenoms im November 1986 und unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl (26. April 1986) wurden die Proteste dies- und jenseits der Landesgrenzen lauter. Am 15. Juni 1986 demonstrieren laut Mouvéco bis zu 30.000 Menschen in Koenigsmacker. Mitte September desselben Jahren formen bis zu 8.000 Personen im Dreiländereck zwischen Schengen und Perl eine Menschenkette. Protestaktionen gab es seitdem immer wieder.

LJ

Gefahren in der Nähe



Die Fallout-Spuren

Simulationen der möglichen Strahlenbelastung nach einem Größten Anzunehmenden Unfall in den

AKWs von Tihange und Cattenom. Wissenschaftler der Wiener Universität für Bodenkultur und des

Österreichischen Ökologie Instituts hatten das 2017 aufgrund der Wetterentwicklung 2000-2009 berechnet.

Quelle: Der Spiegel, Wiener Universität für Bodenkultur und Österreichisches Ökologie Institut

Cattenom - Frankreich
Inbetriebnahme 1987
Bewohner im markierten Bereich 33,6 Mio.

Tihange - Belgien
Inbetriebnahme 1983
Bewohner im markierten Bereich 41,9 Mio.

„Das Gesetz ermöglicht es Luxemburg, sich künftig auf internationaler Ebene auf Augenhöhe gegen die weitere Förderung von Atomenergie einzusetzen“

FRANÇOIS BENOY Berichterstatter



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Union Européenne

„Raumfahrt ist auch Europapolitik“

Gespräch mit ESA-Chef Jan Wörner über die Covid-Krise und Luxemburgs Ambitionen im Weltraum

Interview: Thomas Klein

Johann-Dietrich („Jan“) Wörner ist seit Juli 2015 Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA. 2020 endet das Mandat des deutschen Bauingenieurs an der Spitze der ESA. Im Interview mit dem „Luxemburger Wort“ spricht er über den Beitrag der Raumfahrt zum Kampf gegen das Virus, das luxemburgische „Space Resources“-Projekt und einen potenziellen Nachfolger.

Jan Wörner, wie erlebt man als Chef einer Raumfahrtbehörde den Lockdown? Ist Homeoffice bei der ESA überhaupt denkbar?

Doch, durchaus. Wir waren zwischendurch schon bei 97 Prozent der Mitarbeiter im Homeoffice, inzwischen sind es immerhin noch 94 Prozent. Die ESA hat traditionell einen hohen Anteil an Telearbeit. Natürlich gehen wir teilweise mit sensiblen Daten und Forschungsergebnissen um. Daher haben wir unsere Kommunikation über entsprechend sichere Netzwerke geschützt. Dann haben wir noch zusätzlich für wichtige Nachrichten spezielle Verschlüsselungssysteme. In manchen Bereichen, wie in der IT, den Satellitenoperationen oder in den Laboren, in denen Experimente durchgeführt werden, hatten wir aber immer Personal vor Ort.

Als Reaktion auf die Krise geben die europäischen Staaten gerade sehr viel Geld für Wirtschaftspakete aus. Irgendwann wird der Punkt kommen, an dem Politiker nach Sparmöglichkeiten suchen. Haben Sie keine Angst, dass als Erstes bei der Raumfahrt gespart werden könnte?

Sie sagen „sparen“. Sparen ist grundsätzlich etwas Gutes. Aber wenn man Ausgaben in der Raumfahrt kürzt, spart man eben nicht. Denn dadurch fallen Dinge weg, die die Gesellschaft braucht. Wir machen ja nicht Raumfahrt zum Vergnügen, sondern alles, was wir machen, hat immer einen speziellen Grund. Ich sehe vor allem drei Bereiche, in denen der Beitrag der Raumfahrt unverzichtbar ist: Der Eine ist die Ökologie, wo sie durch Erdbeobachtung viel dazu beiträgt, insbesondere den Klimawandel besser zu verstehen. Dann die Ökonomie, weil wir durch Technologiefort-

schritte wie in der Telekommunikation helfen, dass die europäische Wirtschaft im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleibt. Und der dritte Punkt ist die Gesellschaft. Raumfahrt kann durch Visionen bei Menschen Faszination und Inspiration auslösen und ihre Motivation steigern. Gerade in Zeiten der Krise ist das besonders wichtig.

Können Sie aktuelle Beispiele nennen, bei denen die Raumfahrt einen konkreten Nutzen für die Gesellschaft gebracht hat?

Natürlich. Es gibt in der aktuellen Gesundheitskrise zahlreiche Beispiele, wie Raumfahrttechnik hilft, den Virus zu bekämpfen. Denken Sie an die Telemedizin; einen Bereich, der ganz stark aus der Raumfahrt kommt, weil wir ja auch unsere Astronauten aus der Ferne überwachen können müssen. Dadurch ist diese Technologie heute so weit ausgereift, dass wir damit auch in Gegenden auf der Erde helfen können, wo vielleicht nicht die intensive medizinische Betreuung vor Ort möglich ist. Ein anderes Beispiel ist der 3D-Druck, der sehr stark in der Raumfahrt entwickelt wurde. Damit werden aktuell zum Beispiel Bauteile für Beatmungsgeräte hergestellt. Hinzu kommt der Bereich Navigation, der durch Satellitensysteme wie Galileo mit einer hohen Genauigkeit ermöglicht wird. Damit kann zum Beispiel besser nachvollzogen werden, wo sich neue Infektionsherde aufbauen. Ich könnte viele weitere Beispiele nennen.

Gibt es Beispiele für konkrete Projekte aus der ESA, die den Kampf gegen das Virus unterstützen?

Ja, es gibt zum Beispiel gerade eine Unternehmensgründung aus der ESA. Die Gründer haben eine App programmiert, mit der man zum Beispiel feststellen kann, wie viele Leute sich bereits in einem Geschäft aufhalten. Das soll dazu beitragen, die Zahl der Infektionen zu verringern. Dann gibt es ein transportables Biolabor, das wir für den Einsatz in Italien entwickelt haben. Schließlich haben wir unsere Astronauten aufgefordert, ihre Erfahrungen der Isolation auf der Raumstation öffentlich zu

schildern, damit die Menschen die Quarantäne besser überstehen und vielleicht sogar sinnvoll gestalten können. Wir haben einen „Call for Ideas“ gestartet, um weitere Vorschläge zu erhalten, wie man Raumfahrttechnik in der Krise nutzen kann. Da sind wir aber noch in der Auswertung.

Luxemburg hat sich in den letzten Jahren zum Ziel gesetzt, ein Schwerpunkt für die Weltraumindustrie zu werden. Ist das aus Ihrer Sicht eine sinnvolle Strategie für so ein kleines Land?

Ich glaube, dass Luxemburg das sehr geschickt angeht. Während viele unserer 22 Mitgliedsstaaten versuchen, alle Themen gleichzeitig anzugehen, konzentriert sich Luxemburg sehr stark auf ein Feld, nämlich den Abbau von Ressourcen im Weltall. Wir unterstützen das. Die ESA kann dann auch Hilfe leisten, um solche speziellen nationalen Vorhaben weiterzuentwickeln.

Können denn solche „Space Resources“-Projekte denn jemals kommerziell erfolgreich sein?

Da ist zunächst mal eine Vision, eine ziemlich mutige Vision. Aber das war früher schon mal so, dass Luxemburg eine Vision hatte; nämlich im Telekommunikationsbereich, in dem Luxemburg heute in Europa führend ist. Offensichtlich lohnt es sich also, Visionen zu haben.

Dennoch drängt sich die Frage auf, ob es sich überhaupt finanziell lohnen kann, auf einen Asteroiden zu fliegen, dort Materialien abzubauen und wieder zurückzubringen.

Man muss aus solchen Visionen natürlich dann auch praktische Anwendungen ableiten. Wenn wir das nächste Mal auf den Mond fliegen, dann werden wir nicht alles mitbringen, was wir dort benötigen. Anders als vor 50 Jahren werden wir dieses Mal die Ressourcen vor Ort nutzen, und dazu wird man auch die Technologien des „Space Mining“ einsetzen. Ich glaube, da hat Luxemburg einen sehr klugen Schritt getan.

In letzter Zeit tummeln sich neben staatlichen Agenturen zunehmend auch Privatfirmen im Weltall. Wa-

rum wird die Raumfahrt kommerziell lukrativer?

Dazu muss man sagen, dass auch die Apollo-Missionen nicht von Beamten der amerikanischen Verwaltung zusammengebaut wurden, sondern selbstverständlich waren es auch damals schon Privatfirmen, die im Auftrag der NASA die Raketen hergestellt haben. Aber es stimmt, die Raumfahrt ist kommerzieller geworden. Allerdings erhalten auch heute die meisten dieser privaten Firmen ihre Aufträge vom Staat. Auch Space X lebt im Wesentlichen davon, dass sie sehr gute Aufträge von der NASA bekommen. Aber wir sehen auch, dass Leute wie Jeff Bezos erhebliche private Mittel einsetzen, um einen kommerziellen Markt jenseits staatlicher Projekte zu erschließen.

Gibt es auch technische Gründe dafür, dass die Staaten kein Monopol mehr in der Raumfahrt haben?

Zunächst sind die Technologien, die von öffentlicher Seite entwickelt worden sind, zunehmend dem privaten Sektor zugänglich gemacht worden. Die ESA hat zum Beispiel eine Open-Data-Politik. Unsere Technologien können frei genutzt werden, wenn sie nicht patentrechtlich von irgendeiner Firma geschützt sind. Das hat zur Entwicklung des Sektors beigetragen. Hinzu kommen die Fortschritte in der Informationstechnologie. Die Rechenleistung einer Apollo-Kapsel hat heute jede Waschmaschine. Dadurch sind heute Dinge möglich, die vor 50 Jahren von Privatfirmen schlecht zu realisieren waren.

Mitte nächsten Jahres endet Ihr Mandat als Generaldirektor der ESA. Es gibt bereits Spekulationen über Ihren Nachfolger. Unter anderem wird der frühere luxemburgische Wirtschaftsminister Etienne Schneider als möglicher Kandidat gehandelt. Welche Qualifikation muss man denn für diese Position mitbringen?

Zum einen muss man natürlich eine gewisse Affinität zu technischen Fragestellungen mitbringen, wenngleich man nicht zwangsläufig Raumfahrtingenieur oder Wissenschaftler sein muss. Das bin ich als Bauingenieur auch

nicht. Dann muss man sagen, dass es erfreulich ist, dass die Position als Leiter der ESA auf großes Interesse stößt. Das ist aber auch nicht verwunderlich, denn es ist eine der spannendsten Stellen weltweit. Denn es geht nicht nur darum, unsere Missionen umzusetzen, sondern auch darum, die

Besonderheiten und Interessen von insgesamt 22 Mitgliedsländern zu berücksichtigen. Insofern betreiben wir in der Raumfahrt auch ein Stück weit Europapolitik. Daher ist eine der wichtigsten Qualifikationen für diese Position, dass man mit dieser Vielfalt zurechtkommt und mit sehr unter-

schiedlichen Menschen und Mentalitäten umgehen kann.

- *Für Luxemburg*
- *lohnt es sich offensichtlich, Visionen zu haben*

Marc Serres, Direktor der Luxembourg Space Agency

„In 15 Jahren werden wir auf dem Mond tanken können“

Luxemburg beansprucht auf dem Gebiet der Weltraum-Exploration („Space Mining“) eine Vorreiterrolle in Europa und dem Rest der Welt. Mit der sogenannten „Space Resources Initiative“ im Jahr 2016 hatte der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider dem Großherzogtum enorme Publizität verschafft. Ein Gespräch mit Marc Serres, Direktor der Luxembourg Space Agency.

Interview: Wolf von Leipzig

Wo liegen die Anfänge der Luxembourg Space Agency?

Luxemburg ist bereits seit 2005 Mitglied der Europäischen Weltraumagentur (ESA, Anm. d. Red.). Die Luxembourg Space Agency (LSA, Anm. d. Red.) selbst wurde erst im September 2018 ins Leben gerufen, ist dem Wirtschaftsministerium unterstellt und beschäftigt heute zwölf Mitarbeiter. Der Umstand, dass es die LSA gibt, macht vieles einfacher. Die Leute haben einen Ansprechpartner, wenn sie Informationen brauchen oder Fragen haben. Wir haben unsere Website ausgebaut, die einen guten Eindruck davon vermittelt, was wir machen.

2016 hat dann der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider mit dem Schlagwort „Space Mining“ weltweit Aufsehen erregt...

Ja, mit seiner „Space Resources Initiative“ hat Etienne Schneider der Agentur enormen Elan verliehen. Wir haben in der Vergangenheit vor allem mit Partnern auf europäischer Ebene sowie mit in Luxemburg ansässigen Unternehmen zusammengearbeitet. Seit 2016 haben wir weltweit an Ausstrahlung gewonnen. Wir reden seither mit viel mehr Leuten auch außerhalb Europas und werden mit Anfragen aus der ganzen Welt überschwemmt. Viele Firmen wollen mit Luxemburg zusammenarbeiten und sich teils sogar in Luxemburg niederlassen.

Was sind die Hauptaufgaben der Agentur?

Eine Aufgabe besteht darin, Luxemburg in den internationalen Organi-

sationen wie der Europäischen Weltraumagentur (ESA), der Europäischen Union und den Vereinten Nationen zu vertreten. Dort werden in Vertragsform die „Spielregeln“ für den Weltraum festgelegt. Die zweite wichtige Aufgabe ist die Wirtschaftsförderung. Hauptmotivation für unsere Arbeit ist es, den Weltraumsektor so zu entwickeln, dass dadurch die heimische Wirtschaft diversifiziert wird. Diese Philosophie lässt sich bis in die 1980er-Jahre zurückverfolgen, als Luxemburg mit der Société européenne des satellites (SES) einen neuen Wirtschaftszweig aufbaute.

Die Wirtschaft steht also im Vordergrund. Wird hierzulande auch Forschung betrieben?

Wir versuchen immer auf Bestehendem aufzubauen, denn es erfordert viel Zeit und Energie, etwas Neues aufzubauen. Das haben wir bei den „Space Resources“ erlebt, wo wir praktisch bei Null angefangen haben. Eine Weltraumforschung im eigentlichen Sinn findet in Luxemburg nicht statt. Was hier in der Forschung gemacht wird, ist eher auf praktische Anwendung ausgerichtet.

Wie sieht das bei dem Abbau von Rohstoffen im Weltraum aus?

Wir wollen diesen Sektor entwickeln. Es gibt eine ganze Reihe von Konzernen, die auf diesem Gebiet bereits aktiv sind. Doch sind sie in ganz Europa verstreut. Wir wollen dem Ganzen eine europäische Dimension geben. Dazu sind wir eine Partnerschaft mit der ESA eingegangen und haben mit ihr zusammen das „European Space

Resources Innovation Centre“ eingerichtet. Das bedeutet nicht, dass wir in Luxemburg eigene Forschung betreiben, sondern dass wir dies im europäischen Rahmen tun, europäische Partner an einen Tisch bringen und so die verstreuten Ansätze bündeln und so einen Mehrwert schaffen.

Was für Prioritäten hat die Agentur noch?

Alles was Telekommunikation angeht, ist und bleibt für uns eine Priorität. Wie die jüngsten Resultate von SES zeigen, ist dieser Markt unter Druck geraten und macht starke Veränderungen durch. Eine unserer Prioritäten ist es daher, der SES zu helfen, dank Innovation die Führungsrolle auf diesem Sektor zu behalten. Das gilt auch für die beiden europäischen Programme Galileo – das europäische Pendant zu GPS – und Copernicus, das Weltraumbilder von der Erde liefert. Wir wollen helfen, die Daten aus beiden EU-Programmen auch verstärkt wirtschaftlich zu verwerten.

Beim „Space Mining“ besteht offenbar noch Rechtsunsicherheit...

Wir haben uns gefragt, was für Anwendungen denkbar sind. In etwa 15 Jahren wird es möglich sein, Wasser auf dem Mond, das dort in gefrorenem Zustand vorkommt, in Brennstoff umzuwandeln und damit Raketen, Satelliten und andere Objekte zu betanken. Noch ist das Zukunftsmusik, 15 Jahre ist nicht gleich morgen, doch so weit ist das auch nicht.

Was steht dem im Weg?

Wir stehen vor vier Herausforderungen. Erstens einer technischen, weil

dazu noch nicht alle erforderlichen Technologien vorhanden sind. Auf diesem Gebiet ist sowohl öffentliche als auch private Forschung nötig. Die zweite Herausforderung ist rechtlich. Wir haben in Luxemburg bereits einen gesetzlichen Rahmen dafür geschaffen. Gefordert ist jedoch auch ein internationaler rechtlicher Rahmen. Die dritte Herausforderung ist finanziell. Wir müssen die nötigen Mittel aufbringen, um diesen Prozess zu unterstützen. Das bedeutet nicht, dass wir alles über öffentliche Gelder finanzieren. Wir haben Initiativen ergriffen, um frühstmöglich Privatfirmen dafür zu gewinnen. Die vierte und letzte Herausforderung ist der Markt selbst, wo wir als staatlicher Akteur wenig Einfluss besitzen.

Was heißt das genau?

Das Problem ist, dass es gegenwärtig noch keinen Markt gibt. Es fehlen die Kunden, und das lässt Investoren heute zögern. Erste Kunden werden wahrscheinlich Weltraumagenturen wie die NASA, die ESA oder die Weltraumagenturen Russlands und Chinas

sein. Eine Studie von uns zeigt, dass dort, wo Erkundungen gemacht werden, auch Gewinne warten. Doch noch muss man alles im Weltraum von der Erde mitbringen.

Können Sie ein Beispiel geben?

Eine Reise zum Mars dauert rund neun Monate. Doch was macht man, wenn man dort ankommt und etwas vergessen hat? Es ist ganz schwierig, „adaptiv“ zu arbeiten, wenn man keine Ressourcen vor Ort nutzen kann. Wenn sich das ändert, dann wird das den ganzen Prozess vereinfachen und beschleunigen.

Luxembourg Space Agency

Die Luxembourg Space Agency (LSA) ist Luxemburgs nationale Weltraumagentur. Ihre Hauptaufgabe ist die Förderung des Raumfahrtssektors in Luxemburg. Dazu unterstützt sie die Raumfahrtindustrie, fördert bestehende und neue Unternehmen, entwickelt Humanressourcen, bietet Zugang zu Finanzierung von Projekten und unterstützt Forschung und Lehre.

Luxemburg ist seit 2005 Mitglied der Europäischen Weltraumagentur (ESA). Zusammen mit den USA ist Luxemburg auch das einzige Land auf der Welt, das einen gesetzlichen Rahmen für wirtschaftliche Nutzung des Weltraums geschaffen hat, dies vor allem mit Blick auf den Abbau von Rohstoffen im Weltall, „Space Mining“ genannt.

Zur Person

Marc Serres ist seit September 2018 Direktor der Luxembourg Space Agency. Zuvor war er als Direktor für Weltraumangelegenheiten im Wirtschaftsministerium und als Koordinator der Beziehungen zur Europäischen Weltraumorganisation im Ministerium für Hochschulbildung und Forschung tätig. Marc Serres ist stellvertretender Vorsitzender des Rates der Europäischen Weltraumorganisation und Mitglied der Internationalen Akademie für Astronautik.

Luxemburg kommt eher glimpflich davon

VERGLEICH EU-Staaten unterschiedlich stark von Krise betroffen

Guy Kemp

Kein Mitgliedsland in der Europäischen Union bleibt verschont: Alle EU-Staaten werden wegen der durch die Corona-Krise bedingten Einschränkungen zum Teil schwere wirtschaftliche Schäden erleiden, wie aus den gestern von der EU-Kommission vorgelegten Wirtschaftsprognosen hervorgeht.

Die Wirtschaftskrise wird manche Länder weniger hart treffen, andere wiederum umso mehr. Allerdings können die gestern von der EU-Kommission vorgelegten Zahlen nur auf einer ersten Bestandsaufnahme basieren. Sollte die Krise die nun in vielen Ländern eingeleitete Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit wieder einschränken, dürfte mit noch Schlimmerem zu rechnen sein.

Luxemburg zählt laut den von der EU-Kommission gestern in Brüssel vorgelegten Zahlen zu jenen Ländern, die im Vergleich eher glimpflich davonkommen werden. Die hiesige Wirtschaft wird in diesem Jahr mit -5,4 Prozent weniger stark schrumpfen als der Durchschnitt der Länder der Eurozone (-7,7) oder der EU-Staa-

ten (-7,4). Nur in Polen dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr noch weniger stark fallen als in Luxemburg. Für das kommende Jahr wiederum sieht die Prognose der EU-Kommission ein starkes Wachstum. Nur wird es außer in Luxemburg (+5,7 Prozent) und Malta (-5,8/+6,0) hinter den Verlusten von diesem Jahr bleiben.

Positive Erwerbstätigkeit

Während in allen anderen EU-Staaten Arbeitsplätze wegfallen, soll die Zahl der Erwerbstätigen im Großherzogtum gar um 0,9 Prozent in diesem Jahr und 2021 um 3,1 Prozent steigen. Außer Frankreich, Malta und Österreich wird kein anderes Land 2021 die diesjährigen Arbeitsplatzverluste wieder wettmachen. Die Arbeitslosigkeit wird 2020 in allen EU-Staaten steigen. In manchen Staaten wie Estland, Polen und Ungarn wird sie sich mehr als verdoppeln. In Luxemburg wird die Arbeitslosenquote um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 6,4 Prozent steigen und 2021 wieder auf 6,1 Prozent fallen.

Die von den Staaten geschnür-

ten zig Milliarden schweren Hilfspakete für die Unternehmen und Beschäftigten sowie die Überwindung der Auswirkungen der Krise werden dementsprechend die Budget-Defizite ausufern lassen. Die EU-Kommission hat daher wohlweislich die Einhaltung der Defizitkriterien in der Eurozone ausgesetzt. Die Prognosen aus Brüssel erwarten für Luxemburg ein Defizit von -4,8 Prozent. Bereits im kommenden Jahr wäre das Land demnach, als Einziges in der EU, mit hauchdünnen 0,1 Prozent wieder im Plus. Am schwersten wird es Rumänien treffen, dem im kommenden Jahr mit -11,4 Prozent ein noch größeres Defizit prognostiziert wird als in diesem Jahr (-9,2).

Entsprechend werden sich die Schuldenstände entwickeln, was vor allem auf jenen Euro-Staaten lasten wird, die sich ohnehin mit dem Abbau ihrer Außenstände schwertun, wie Italien, Griechenland und Frankreich. Die Bruttoschuld Luxemburgs wird von 22,1 Prozent (2019) des Bruttoinlandproduktes (BIP) auf 26,4 Prozent steigen und ab dem kommenden Jahr wieder auf 25,7 Prozent zurückgehen.

„Drastischer Einbruch“

Dussmann Luxemburg beschäftigt rund 4.300 Menschen in vielen Bereichen rund ums Gebäudemanagement und wurde von der Coronakrise voll erwischt

CONTERN

CORDELIA CHATON

Seit 1990 ist Jean-Paul Neu Mitglied der Geschäftsführung von Dussmann Luxemburg, seit 2007 ist er CEO des Unternehmens. Dussmann ist in unterschiedlichen Bereichen tätig, zu denen die Gebäudereinigung, Sicherheitsdienste, Catering und die Industrielle Wäscherei gehören. Das Unternehmen mit Sitz in Contern beliefert zu normalen Zeiten mit Dussmann Catering Betriebsrestaurants sowie Krippen, Schulen, Lyzeen und die Universität. Der Culinaris Party & Dinner Service gehört ebenfalls zu Dussmann. Mit Ausbruch der Coronavirus-Krise musste sich das Unternehmen, das 4.300 Menschen in Luxemburg beschäftigt, komplett umstellen. Wir haben Neu gefragt, wie es jetzt läuft.

Herr Neu, Ihr Unternehmen ist in so unterschiedlichen Bereichen wie Catering, Sicherheitsdienst, Partyservice, Wäscherei oder Gebäudereinigung tätig. Welcher wurde am stärksten getroffen?

JEAN-PAUL NEU Wir sind sehr stark im Reinigungssektor mit all seinen Facetten vertreten, ein weiteres wichtiges Standbein ist das Catering so wie der Sicherheitsdienst und die Wäscherei. Eines ist klar: durch Covid-19 wurde alles anders. Wir haben sehr viel zu kämpfen; vor allem mit der Wäscherei. Das liegt daran, dass dort sehr viele Kunden aus dem Hotel-Bereich kommen. Die mussten alle schließen, ebenso wie Freizeitparks. Das setzt uns sehr unter Druck. Derzeit laufen etwa noch rund 30 Prozent des ursprünglichen Geschäfts. Stark angeschlagen ist auch die Restauration, weil wir mit dem Catering das ganze Schulwesen von Krippen bis zur Universität versorgt haben. Da läuft bis dato auch noch nichts.

Wenn es so kommen wird, wie jetzt offiziell angedacht, dann sind wir immer noch weit weg von dem, was wir brauchen. Im Bereich Reinigung und Desinfektion sind wir dank des Baubetriebs einigermaßen und teilweise auf Kurs, aber immer noch weit weg von dem, was vor Covid-19 gelaufen ist. Durch die vielen Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen – beispielsweise beim Transport von Mitarbeitern zur Baustelle – verdoppelt sich der Arbeitsaufwand, ebenso muss darauf geachtet werden, wie man die Arbeitsaufteilung umgestaltet, um vor Ort alle Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten. Die Folge ist: Die Kosten steigen drastisch. Doch noch ist unklar, wer das entstehende Delta des Stunden-Mehraufwands tragen wird. Auch die Desinfektion von allem Utensilien und Maschinen kostet Geld. Am Ende ist es der Stundenfaktor, welcher uns zu schaffen macht, denn die vorab berechnete Leistung kann mit allen nun notwendigen Maßnahmen nicht erbracht werden.

Welche Maßnahmen haben Sie in Ihrem Unternehmen im Rahmen des Covid-19 ergriffen?

NEU Wir haben uns von Anfang an direkt für die Krise aufgestellt. Wir haben seit Jahren einen Business Continuity Manual (BCM), in dem das Krisenmanagement festgelegt ist, sowohl auf der Produktionsseite als auch auf der kaufmännischen Ebene. Das hat Gott sei Dank auch gut funktioniert. Ich selbst war vom Virus befallen und einige Wochen out! Wir haben Leute auf verschiedene unserer Standorte verlegt und somit die Personen zu ihrem eigenen Schutz separiert. Selbstverständlich herrscht Masken- und Handdesinfektionspflicht überall. Alle Mitarbeiter sind auf verschiedene Räum-

lichkeiten und Standorte verteilt oder arbeiten im Homeoffice oder sind in Kurzarbeit. Das ist alles aber nicht ganz so einfach, denn so musste zum Beispiel die gesamte Informatik in allen Bereichen angepasst werden, mobile PCs zum Teil neu angeschafft und gesicherte Leitungen eingerichtet werden. Uns war wichtig: Die Mitarbeiter sollten nicht auf der Strecke bleiben. Denn wenn der soziale Zusammenhalt im Unternehmen nicht wie normal funktioniert, dann geht das eine Zeit lang gut, es ist jedoch wichtig, die Mitarbeiter mit gezielter Kommunikation und Feingefühl stets beisammen zu halten.

Waren Entlassungen notwendig?

NEU Wir haben unsere Mitarbeiter zum Teil in Kurzarbeit geschickt, Resturlaube aufgebraucht, aber auch versucht, da wo es möglich war, Leute auf andere Sektoren unseres Unternehmens umzusetzen. Bei Kurzarbeit ist es verständlicherweise untersagt, Leute zu entlassen und das entspricht nicht unseren Gewohnheiten und der Betriebskultur. Ich denke, bislang haben wir viel zur Schadensbegrenzung im Betrieb beigetragen. Wir stehen im Austausch mit den Regierungsvertretern und pflegen gute Verbindung zu den Instanzen, die den Ministerien wichtigen Input geben und erklären denen, was bei uns läuft. Manche

glauben, ein großes Unternehmen könne die Krise besser stemmen.

Aber das ist falsch. Was sich unterscheidet zum weniger großen Betrieb ist allein

die Dimension der Probleme, nicht aber die Grundlage.

Wie haben die Kunden reagiert?

NEU Wir haben die Kunden so weit wie möglich informiert, was nicht offensichtlich war, denn einige haben ihre Betriebe ganz schließen müssen, andere teilweise. Es war und ist schwierig, alle zu erreichen. Unsere Betriebsführer sind gut aufgestellt, sind omnipräsent und geben mit all ihren Teams ihr Allerbestes.

Wie soll sich der Neustart gestalten?

NEU Beim Reinigungswesen ist eine Aufhebung der Beschränkungen schon teilweise Realität. Beim Sicherheitsdienst haben wir teilweise und zeitbedingt mehr Aufträge, weil beispielsweise in Kliniken, Seniorenbereichen und auch in anderen Bereichen mehr zu überwachen ist. Das ist der einzige Sektor, wo der Betrieb noch relativ normal dreht. Klar ist: Es gab einen drastischen Einbruch in allen Bereichen, bei uns wie bei allen anderen auch. Es ist dramatisch. Dieses Jahr ist für alle Unternehmen eine wirtschaftliche Katastrophe. Einen Neuanfang wird es geben, ganz sicher nicht gleichzeitig für alle, aber wir sind zuversichtlich und üben uns in Geduld. ●

DUSSMANN

Viertgrößter Arbeitgeber in Luxemburg

Dussmann Luxemburg wurde 1978 gegründet und ist heute der führende Multi-Gebäudedienstleister Luxemburgs. Mit über 4.300 Mitarbeitern ist das Unternehmen der viertgrößte Arbeitgeber des Großherzogtums. Dussmann gehört zu 1963 in Deutschland gegründeten Gruppe Dussmann Service, die heute in 17 Ländern aktiv ist und 2018 insgesamt 1.871 Millionen Euro umgesetzt hat. Der Umsatz für Luxemburg wird nicht kommuniziert. Die Geschäftsbereiche des Unternehmens mit Sitz in Contern umfassen Gebäudereinigung, Catering für Restaurants im Unternehmens- und Bildungsbereich, Partyservice mit Eventcatering, Sicherheitsdienste und die Großwäscherei Lavador.

➔ www.dussmann.lu

C

RTL leidet unter Wegbrechen der TV-Werbemärkte

Bertelsmann schafft sich Liquiditätspolster

ab Köln – Die Sendergruppe RTL hat im März ebenso wie die Konkurrenz die wegbrechenden TV-Werbemärkte zu spüren bekommen. Unabhängig davon, dass zeitgleich die Zuschauermarktanteile ausgebaut wurden, ergab sich daraus für das erste Quartal ein Umsatzminus von 3,4% auf 1,5 Mrd. Euro, wie die zu Bertelsmann gehörende Fernsehgruppe mitteilte. Da sich die Folgen der Covid-19-Pandemie erst im zweiten Quartal richtig zeigen dürften, wagten die Luxemburger keinen Ausblick auf das gesamte Jahr 2019. Die ursprüngliche Prognose hatte RTL bereits Anfang April ersatzlos gestri-

chen.

Auch der Mutterkonzern Bertelsmann schließt sich dieser Sichtweise an und zieht die Ende März im Geschäftsbericht veröffentlichte Prognose zurück. RTL stand 2019 für mehr als die Hälfte des Bertelsmann-Umsatzes und steuerte fast die Hälfte zum operativen Ergebnis bei. Bis dato hatte der Medienkonzern mit einem stabilen bis leicht rückläufigen operativen Ergebnis gerechnet. Wenngleich sich Bertelsmann und die TV-Tochter nicht zu den Ergebnissen im ersten Quartal äußern, lässt der Umsatzverfall nichts Gutes erahnen. Denn im Sendergeschäft

fiel das Umsatzminus im Quartal mit 4,8% auf 1 Mrd. Euro größer aus als im Konzern.

Anleihe platziert

Für den Konzern Bertelsmann, der im ersten Quartal einen Umsatzrückgang um 2,7% auf 4,1 Mrd. Euro verbuchte, hat dagegen die Liquiditätssicherung Priorität. Neben der Platzierung einer 750 Mill. Euro schweren Anleihe seien die liquiden Mittel „mit weiteren kurzfristigen Maßnahmen beträchtlich gesteigert“ worden, erklärte Finanzvorstand Bernd Hirsch. Für das Tochterunternehmen RTL ist das von hoher Relevanz, heißt es doch mit Blick auf die eigene Liquidität, dass die Sendergruppe über „signifikante, ungenutzte Kreditlinien von Bertelsmann“ verfügt.

Lockdown trifft ArcelorMittal

Rote Zahlen im ersten Trimester

Luxemburg. ArcelorMittal spürt den Corona-Lockdown. Seine Prognose für die weltweite Stahlfrage hat der Luxemburger Stahlhersteller gestrichen. Das geht aus der gestern vorgelegten Vierteljahres-Bilanz hervor. Statt einer Erholung in den USA, Europa und Brasilien und einem leichten Wachstum der Stahlnachfrage weltweit wird der Absatzrückgang nun auf ein Viertel oder sogar ein

Drittel geschätzt.

Für das zweite Quartal geht der Konzern damit von einer weiteren operativen Ergebnisverschlechterung auf 400 Millionen bis 600 Millionen US-Dollar (370 bis 555 Millionen Euro) aus. Licht am Ende des Tunnels sieht der Stahlhersteller aufgrund der ersten Lockerungsmaßnahmen und des Wiederhochfahrens von Bausektor und Autoproduktion.

Im ersten Trimester verbuchte

ArcelorMittal derweil einen Verlust von 1,1 Milliarden Dollar (eine Milliarde Euro). Im 1. Quartal des Vorjahres war es noch ein Gewinn von 414 Millionen Dollar gewesen. Das operative Ergebnis (Ebitda) betrug nach den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 967 Millionen Dollar gegenüber 925 Millionen Dollar im Vorquartal und 1,6 Milliarden US-Dollar im ersten Quartal 2019. Der Umsatz ist von 19,2 im ersten Quartal 2019 auf 14,8 Milliarden Dollar gesunken. **MeM**

ArcelorMittal: Projekte sollen Emissionen reduzieren

Der Stahlriese erhält 75 Millionen Euro aus EU-Töpfen für zwei Demonstrationsanlagen in Belgien

Luxemburg. Der Stahlriese ArcelorMittal erhält von der Europäischen Union ein Darlehen von insgesamt 75 Millionen Euro. Die Mittel sollen benutzt werden, um Projekte zur Reduktion von CO₂-Emissionen im Stahlsektor voranzutreiben.

Der Konzern will unter anderem eine Demonstrationsanlage im belgischen Gent bauen, in der Abgase aus dem Hochofen aufgefangen und biologisch in recyceltes Carbonethanol umgewandelt werden. Das so erzeugte Ethanol kann dann flüssigen Kraftstoffen bei-

gemischt werden. Das Verfahren wurde von dem Unternehmen LanzaTech entwickelt, mit dem ArcelorMittal zusammen eine langfristige Partnerschaft eingegangen ist. Wenn die Anlage steht, will ArcelorMittal dort bis zu 80 Millionen Liter Ethanol aus recyceltem Kohlenstoff pro Jahr produzieren, teilte das Unternehmen am Montag mit. Die neue Anlage soll bis 2022 gebaut sein und wird in den nächsten zwei Jahren bis zu 500 Arbeitsplätze am Bau und 20 bis 30 neue dauerhafte direkte Ar-

beitsplätze schaffen. Insgesamt fallen für das Projekt mit dem Namen Steelanol Kosten in Höhe von 165 Millionen Euro an.

Für weitere 50 Millionen Euro will das Unternehmen eine zweite Demonstrationsanlage in Gent bauen, die Holzabfall in Biokohle umwandelt.

Damit will der Stahlhersteller teilweise die konventionelle Kohle ersetzen, die derzeit in den Hochöfen eingesetzt wird.

Umwandlung von
Altholz in Biokohle

In der ersten Phase kann die Anlage jährlich bis zu 60 000 Tonnen Altholz in rund 40 000 Tonnen Biokohle umwandeln. Dieses Volumen soll in einer zweiten Phase verdoppelt werden. Durch die neue Anlage sollen etwa zehn neue permanente Arbeitsplätze entstehen. Die Anlage, die in Zusammenarbeit mit Torr-Coal, Renewi, dem Joanneum Research Center, der Universität Graz und der Technischen Universität Chalmers entwickelt wurde, soll Ende 2022 in Betrieb gehen. **ThK**

Sensortechnik ist Zukunft

Bei IEE lief dank Homeoffice der Betrieb trotz Corona-Krise weiter -
CEO Michel Witte über die Entwicklung und die Perspektiven des Unternehmens

BISSEN

MONIQUE MATHIEU

Auf den beiden Werksgeländen des auf internationaler Ebene tätigen Sensorentwicklers IEE (International Electronics & Engineering) ist es ruhig geworden: Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass die Arbeit im Büro der Arbeit im Homeoffice gewichen ist, und nur noch wenige Mitarbeiter vor Ort tätig sind. Wie hat sich die Krise noch auf den luxemburgischen „Global Player“ ausgewirkt? Wir sprachen mit Michel Witte, Präsident und CEO von IEE, deren Sensoren in der Automobilindustrie, der Gebäudetechnik, im medizinischen und biomedizinischen Bereich und seit kurzem in der Sportbekleidung eingesetzt werden.

Wie viele Menschen arbeiten für IEE?

MICHEL WITTE An unseren beiden Standorten in Luxemburg, also Bissen und Echternach, zählt IEE circa 670 Mitarbeiter, weltweit sind es über 4.000. Echternach ist der älteste Standort der Firma, die 1989 ins Leben gerufen wurde. Dort stellen wir jene Produkte her, die in Bissen entwickelt werden. In Bissen befinden sich, seit 2018, ebenfalls der Firmensitz, die Verkaufssowie die Forschungsabteilung. Das Gebäude in Contern haben wir inzwischen komplett verlassen, da es unseren Anforderungen nicht mehr entsprach, weder in Bezug auf die zur Verfügung stehende Fläche, noch was unsere Qualitätsansprüche anbelangt.

Wie sieht die Beschäftigungslage im Augenblick aus?

WITTE Quasi alle arbeiten im Homeoffice. Dank der Disziplin unserer Mitarbeiter funktioniert dieses Modell prächtig; es ist sehr effizient. Die langen Anfahrtszeiten wegen der Staus auf den Autobahnen fallen weg. Doch auch wir haben in verschiedenen Bereichen Kurzarbeit angemeldet; außerdem nimmt eine Reihe Mitarbeiter den Urlaub zur Betreuung von kleinen Kindern in Anspruch.

Seit wann steht der Krisenplan bei IEE?

WITTE IEE hat einen chinesischen Teilhaber. Dank dessen Erfahrungen haben wir uns frühzeitig mit den notwendigen Schritten zur Sicherung unserer Arbeitsstätten auseinandergesetzt. Ende Januar haben wir eine Task Force gebildet und ein Ampelsystem aufgestellt. Dieses Dreiphasenmodell funktionierte ab Mitte Februar. Ab diesem Zeitpunkt konnte keiner mehr die Werksgelände betreten, der sich vorher in einem Corona-Krisengebiet aufhielt, beziehungsweise Kontakt zu einer infizierten Person hatte. War dies der Fall,

liefen die Geschäftsbeziehungen ausschließlich über den digitalen Weg.

Ende Februar trat dann die gelbe Phase in Kraft und unsere Mitarbeiter, die aus dem Urlaub im Ausland oder einer Geschäftsreise zurückkamen, wurden gebeten, erst einmal 14 Tage im Homeoffice zu arbeiten.

Mitte März, als der Notstand ausgerufen wurde, konnte dann ein Großteil der Mitarbeiter auf Homeoffice umstellen, denn binnen drei Tagen waren alle Mitarbeiter so ausgestattet, dass sie ihre Arbeit von Zuhause aus aufnehmen konnten. Lediglich in unserem Laboratorium und in der Produktion wird noch vor Ort gearbeitet, dies natürlich unter Einhaltung des notwendigen Abstands und der Maskenpflicht. Unser Konzept hat funktioniert: Bislang ist meines Wissens nach kein einziger Mitarbeiter positiv getestet worden, und dies weltweit.

Hat IEE keine Schwierigkeiten, den laufenden Aufträgen gerecht zu werden? Immerhin gehören so ziemlich alle Automarken zu Ihren Kunden. In Deutschland zum Beispiel wurde die Autoproduktion schon vor einigen Wochen wieder aufgenommen.

WITTE Das Unternehmen hat seine Produktion nie ganz gestoppt, sondern lediglich gedrosselt. Am Anfang der Krise haben die meisten unserer Kunden ihre Produktion für 4 bis 6 Wochen eingestellt, zurzeit arbeiten viele die vor der Krise angelegten Lager ab. Unser Umsatz in Europa ist um 84 Prozent zurückgegangen: Statt der 2 Millionen Teile, die wir vorher pro Monat ausgeliefert haben, waren es im April nur 370.000. Auch im Mai wird der Negativeffekt noch deutlich spürbar sein. Ich gehe davon aus, dass es Monate dauern wird, bis sich der Marktbereich, in dem wir tätig sind, vollständig erholt hat.

Wie wird sich der Luxemburger Standort im Vergleich zu den IEE-Standorten weltweit aus der Krise ziehen?

WITTE Luxemburg befindet sich in dem Sinn in einer privilegierten Lage, als dass hier der Staat durch die Regelung in Bezug auf die Kurzarbeit und durch den Urlaub zur Betreuung von Kindern eine wahre Unterstützung leistet. An unseren Standorten in Mexiko oder den USA, aber auch in der Slowakei, gibt es keine derartigen Hilfen. In Frankreich, wo IEE zwei Standorte hat, sind die staatlichen Hilfen in etwa den luxemburgischen gleichgestellt. In Peking läuft das Werk normal.

Für Luxemburg bedeutet dies, dass wir uns hier

nicht von Mitarbeitern trennen müssen. In den anderen Ländern stellt sich die Kostenfrage. Im Augenblick scheint es aber, dass wir mit einem blauen Auge davonkommen, und auf Entlassungen verzichten können. Aber ich habe keine Kristallkugel, die mir verrät, was in Zukunft noch alles auf uns zukommt.

Haben Sie in den letzten Wochen nicht auf die Produktion von Material umgestellt, das Mangelware war, wie beispielsweise Masken, Gel oder Kleidung?

WITTE Einen Teil der Masken, die wir bei IEE tragen, stellen wir im 3D-Verfahren selber her. Allerdings machen wir keine industrielle Fertigung, dies hätte ein hohes Invest bedeutet. Apropos Masken verhält es sich aber so, dass wir ganz am Anfang der Krise 143.000 Masken dank unseres Teilhabers aus China haben kommen lassen, die dem Luxemburger Staat zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus ist IEE auch im medizinischen Bereich tätig, so dass unsere Technik in den Spitälern eingesetzt wird. Und wir haben ein Sensorsystem entwickelt, das die Anzahl der Kunden zählen kann und eine Warnung auslöst, wenn die Grenze überschritten wird. Dieses System findet zurzeit bei zwei Supermarktketten Anwendung.

Und welche sind das?

WITTE Ohne Einwilligung der Kunden kann ich diese nicht nennen. So ein System hat ja auch einen Hauch von „Big Brother“. Aber wichtig ist, dass unser System keine Gesichter erkennt. Es hat lediglich zum Zweck, eine präzise Personenzählung zu ermöglichen. Es kommt heute, unter anderer Form, bereits bei Kunden wie Google, Microsoft oder IBM zum Einsatz.

Könnte das Sensorsystem nicht auch in Schulen Verwendung finden?

WITTE Den Lehrern könnte dieses System das Leben sicher erleichtern, da sie die Schüler nicht dauern überwachen und auffordern müssten, Distanz zu wahren.

Kennt IEE Lieferprobleme?

WITTE Der Transport ist tatsächlich ein wunder Punkt. Viele der Materialien, die wir zur Herstellung unserer Produkte brauchen, kommen aus dem Ausland. Wir arbeiten zum Beispiel sehr viel mit Herstellern in Italien zusammen. Unser Werk in China arbeitet weiterhin auf hohem Niveau, aber auch hier stellt der Transport ein großes Problem dar, weil nur wenige Kapazitäten vorhanden sind, und die Preise aktuell um das Fünffache gestiegen sind. Dieser hohe Kostenfaktor wird uns auch in den nächsten Monaten noch viel zu schaffen machen.

Wird IEE demnächst wieder voll arbeiten?

WITTE Wir werden unsere Produktion langsam hochfahren. Im Augenblick durchleben wir eine Rezes-

sion. Viele Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, und werden den Kauf eines Autos hinausschieben. Ein Auto ist immerhin ein Luxusobjekt. Dies wird IEE als Autozulieferer zu spüren bekommen. Allerdings liegen zurzeit viele Aufträge vor, die zeigen, dass das E-Auto bei neuen Kunden sehr gefragt ist. In diesem Bereich ist mit einer starken Auftragssteigerung zu rechnen.

Mussten in den vergangenen zwei Monaten Projekte im Forschungsbereich zurückgestellt werden?

WITTE In der Forschung sind wir autonom. Deshalb konnten wir unsere Arbeiten wie geplant weiterführen. Es war sogar möglich, sich mit dem einen oder anderen Projekt zu befassen, welches in normalen Zeiten zurückgestellt wurde. Zurzeit arbeiten wir an den letzten Entwicklungsschritten eines Systems, das erkennt, wenn Kinder im Auto zurückgelassen werden, und das dann verschiedene Warnungen auslöst. Immerhin sterben zurzeit jährlich etwa 100 Kinder an einem Hitzeschlag in Fahrzeugen. Forschung ist natürlich immer kostenintensiv. Deshalb werden wir hierüber mit der Regierung sprechen müssen.

Wie ist denn das Verhältnis zum neuen Wirtschaftsminister?

WITTE Wir hoffen sehr, dass im Mai ein Zusammentreffen zustande kommt und wir ihm den Standort Bissen vorstellen können.

Ich nehme an, dass dabei wohl auch der „Automotive Campus“ zur Sprache kommen wird. Hier hat sich ja nach der Installierung von IEE nicht viel getan. Sind Sie deswegen nicht etwas enttäuscht?

WITTE Den Automotive Campus haben wir mit mehreren Partnern zusammen geplant. Nun sind die Projekte einiger Teilnehmer, wie Good-year zum Beispiel, in Verzug geraten. Ein wenig enttäuscht bin ich schon, dass es in der Vergangenheit an Tempo bei der Umsetzung gefehlt hat. Ich bin nämlich von dem Gedanken überzeugt, dass nur dann, wenn wir unsere Ressourcen zur Entwicklung neuer Produkte, die auf dem Weltmarkt Bestand haben sollen, zusammenführen, uns dies auch gelingen wird. Auch wenn mir bewusst ist, dass einige staatliche Investitionen jetzt zurückgestellt werden, so ist es in unserer digitalen Welt wichtig, für die Zukunft zu arbeiten. Von daher glaube ich an den „Automotive Campus“. IEE wird an dem Konzept dranbleiben, und dieses wird auch Realität werden.

IEE hat sich demnach in Bissen eingelebt?

WITTE Ja, das kann man so sagen. Anfangs haben uns einige Mitarbeiter aus Frankreich und dem Saarland verlassen - der Weg nach Bissen ist für

sie weiter und beschwerlicher, als nach Contern. Das hat wehgetan. Seit einiger Zeit hat sich die Lage stabilisiert, und die Mitarbeiter sind sehr froh über die neuen Räumlichkeiten, die nach dem „Open Space“-Konzept eingerichtet wurden.

Dieses unterstützt die Kommunikation untereinander, ist aber so gestaltet, dass zum Beispiel Telefongespräche ungestört vonstatten gehen können.

Darüber hinaus wurde beim Bau und der Ausstattung sehr viel Recyclingmaterial verwendet. Dem Architektenteam, aber auch unseren Mitarbeitern, die eingebunden waren, gebührt großes Lob. Heute kann ich sagen: Wir sind in Bissen angekommen.

Sie erwähnten, dass die meisten Ihrer Mitarbeiter zurzeit „Télétravail“ machen und dies in Ihren Augen eine effiziente Arbeitsweise darstellt. Wird IEE nach der Krise verstärkt auf Arbeit im Homeoffice setzen?

WITTE Viele unserer Mitarbeiter werden im Mai noch im Homeoffice arbeiten. Eigentlich würden wir diese Arbeitsweise gerne bei-

behalten - allein schon deshalb, weil unsere Mitarbeiter nicht im Stau stehen müssen.

Aber viele kommen aus der Großregion, sodass nach der Krise wohl wieder die alten Regeln in punkto Steuern und Sozialsystem gelten werden und nur ein Teil der Arbeitszeit im Homeoffice verbracht werden kann. Das ist an sich bedauerlich.

Mit dem Abflauen der Corona-Krise beginnt man so langsam wieder von der Klimakrise zu reden. Kann IEE einen Beitrag leisten, damit diese vermieden werden kann?

WITTE Die Sensoren von IEE können sehr vielseitig eingesetzt werden. Das heißt, unsere Technik erlaubt es zum Beispiel, den Energieverbrauch von Klimaanlagen und Lüftungen an den Realbedarf anzupassen.

Ein einfaches Beispiel: Ein Gebäude, ein Raum braucht in der Zeitspanne nicht beheizt zu werden, in der sich niemand dort aufhält. „Smartcity“ ist heute ein vielbenutztes Stichwort - es wird demnach noch viele Neuerungen geben, und dies unter anderem dank der Sensortechnik. ●

Ganz vorne beim Energiewandel

Encevo-Gruppe mit solidem Ergebnis 2019 - Weiter hohe Investitionen in Netze und „Renewables“

LUXEMBURG

LJ

Der Energiekonzern Encevo schließt das Jahr mit einem soliden Ergebnis ab und will auch weiterhin stark investieren und expandieren, um eine führende Rolle bei der Energietransition einzunehmen. Das sagte gestern Morgen Marco Hoffmann, der Vorsitzende des Direktionskomitees bei der Vorstellung der Geschäftszahlen 2019. Rund 211 Millionen Euro hat das sich größtenteils im Staatsbesitz befindliche Unternehmen (24,92 Prozent gehören seit ein paar Jahren China Southern Power Grid) in die Modernisierung und den Ausbau ihrer Netze und Infrastrukturen in der Großregion gesteckt - ein Rekord.

Allein die Netzsparte Creos Luxemburg wendete 147 Millionen Euro auf. Effiziente Netze seien ein Schlüssel für die Energiewende, unterstreicht der Konzern, der auch in Deutschland die Modernisierung seiner Gas- und Stromnetze weiter führt und das Geschäft in Frankreich ausbaut, während er sich aus dem belgischen Markt zurück gezogen hat.

Raus aus Biogas, rein in Wasserstoff

Ganz fallen gelassen hat Encevo mittlerweile die Biogassparte. CEO Claude Seywert erklärt das mit mangelnder Expertise innerhalb des Konzerns für diesen „relativ komplizierten biologisch-industriellen Prozess“. Encevo habe aber keine Anlage geschlossen, sondern für jede einen Käufer gefunden, sagte er. „Wir schauen uns das an“, entgegnete er indes auf die Frage nach dem Interesse des Unternehmens an Wasserstoff. Noch sei nichts spruchreif, aber man werde in Deutschland ein Pilotprojekt mit deutschen und französischen Partnern aufbauen. Encevo setzt, nicht zuletzt mit Blick auf den luxemburgischen Klima- und Energieplan sowie allgemein auf die Energiepolitiken in Europa, stark auf die „Renewables“ und insbesondere auf Windkraft und Solarpower.

Konzentration auf Windkraft und Solarpower

Nach der Inbetriebnahme von Photovoltaik-Kraftwerken mit einer Leistung von 13,9 MW in den Jahren 2019 und 2020 beginnt Enovos Luxembourg bis Mitte 2021 mit dem Bau einer neuen Serie von Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 19,5 MW auf dem Gebiet des Großherzogtums. Die entsprechende Energieproduktion werde dem Energieverbrauch von etwa 4.650 Haushalten entsprechen, heißt es. Parallel dazu entwickelt Enovos neun weitere Projekte mit verschiedenen Partnern wie ArcelorMittal, Arthur Welter, Goodyear, Hellmich, Post Luxembourg, RTL Group oder Voyages Vandivinit.

Darunter werden Installationen auf Gebäudedächern sein, weitere Freiflächenanlagen und – eine Premiere in Luxemburg - auf dem Wasser des Industriebeckens von ArcelorMittal in Differdingen schwimmende Photovoltaik-Paneele. Auch anderswo wird der Anteil an erneuerbaren Energien ausgebaut: Der Konzern konnte rezent erste Photovoltaikanlagen in den Niederlanden in Betrieb nehmen.

Sorgen um Auswirkungen der Pandemie

Enovos hat auch neue Lieferformen wie das „Power Purchase Agreement“ (PPA) für seine Kunden in Deutschland - etwa Daimler - und im Großherzogtum entwickelt. Das erlaube eine noch bessere Integration erneuerbarer Energien in die Energiemärkte und die wachsende Nachfrage nach erneuerbaren Energien wird durch die Kombination planbarer (Wasserkraft) und volatiler Quellen (wie Wind und Photovoltaik) bedient. Die dritte Sparte des Unternehmens ist der Bereich „Technical Services“, der durch Akquirierungen weiter gestärkt wird. Zuletzt übernahm das Unternehmen Power Panels S.A., das auf die Planung und Montage von elektrischen Niederspannungssystemen und Steuer- und Regelschalttafeln spezialisiert ist.

Sorgen bereitet der Encevo-Gruppe indes die Covid-19-Pandemie, deren Auswirkungen auf die Kundschaft und die Energie- und CO2-Preise noch nicht vollumfänglich zu erfassen sind. Sie sieht sich aufgrund ihrer soliden Aufstellung allerdings ge-

wappnet, härtere Zeiten zu überstehen. ●

DIE SCHLÜSSELZAHLEN AUF EINEN BLICK			
	2019	2018	Variation
Transportiertes Stromvolumen (TWh)	5,44	5,40	+0,6%
Transportiertes Gasvolumen (TWh)	40,25	40,22	+0,07%
Verkauftes Stromvolumen (TWh)	13,1	12,5	+4,58%
Verkauftes Gasvolumen (TWh)	25,7	28,2	-8,86%
Umsatz (in Millionen Euro)	2.105,9	2.019,2	+4,12%
EBITDA	211,9	213,3	-0,65%
EBIT	82,2	85,4	-3,75%
Vorsteuerresultat	92,4	87,1	+5,73%
Nettogewinn	67,9	63,9	+5,89%
Nettoverschuldung	469,1	520,9	-9,94%
Durchschnittliche Angestelltenzahl	1.972	1.948	+24
Die Kennzahlen der Encevo-Gruppe in 2019 und 2018			Quelle: Encevo

Luxexpo optimistisch

Trotz hoher Verluste durch Covid-19-Pandemie

LUXEMBURG Wie Luxexpo The Box erst gestern mitteilte, fanden bereits am 30. April die Generalversammlung der Messegesellschaft sowie eine Verwaltungsratssitzung statt. Raymond Schadeck wurde von den Verwaltungsratsmitgliedern wieder zum Vorsitzenden gewählt, während Patrick Goldschmidt, Claude Hirtzig, Jacques Lanners und Jos Sales als Stellvertreter fungieren werden. Neu im Rat ist Josy Gloden, der zugleich Vorsitzender des Verwaltungsrates der Domaines Vinsmoselle ist und als einer der sieben Vertreter der Handels-

kammer fungieren wird. Die Mandate laufen bis 2023. Morgan Gromy, der CEO von Luxexpo The Box, wurde indes zum Geschäftsführer befördert.

2019 endete mit einer Erfolgsbilanz und einer Rückkehr zu positiven Betriebsüberschüssen. Im vergangenen Jahr wurden so mit 103 Veranstaltungen, 4.297 ausstellenden Unternehmen, 448.000 Besuchern und einem Umsatz von 7,53 Millionen Euro „alle Ziele in Bezug auf Visibilität und Wirtschaftlichkeit übertroffen“, wie es in einer Mitteilung heißt. 2020 wird sehr viel schwie-

riger, denn die Covid-19-Krise hat auch den Veranstaltungssektor schwer getroffen. Luxexpo The Box rechnet im Jahr 2020 im Vergleich zu den Prognosen mit Verlusten von bis zu 60 Prozent. Allerdings gibt sich die Gesellschaft optimistisch, sei sie doch wirtschaftlich solide und personell gut aufgestellt, um mit viel Kreativität auf die Lage zu reagieren. „The show must go on!“, heißt es, ein Pandemie-Aktionsplan liege vor. Das nächste große Rendez-vous der Messe ist die „Home Expo“ vom 10. bis 18. Oktober. LJ

Paul Wurth macht noch immer Geld mit der Entwicklung von Spitzentechnologie

Der Anlagenbauer Paul Wurth mit Sitz in Luxemburg schloß das Jahr 2019 mit einem Umsatz von 479,2 Millionen Euro und einem Nettogewinn von 14,4 Millionen Euro ab und hatte damit ein leicht besseres Ergebnis aufzuweisen als ein Jahr zuvor.

Trotz des von den USA gegen China vom Zaum gebrochenen Handelskonflikts, lang anhaltender Umstrukturierungsprozesse und Überkapazitäten in der Stahlindustrie, eines Konjunkturrückgangs und der Zurückhaltung bei Kunden im Investitionsbereich, vermochte das Unternehmen wichtige Neuaufträge an Land zu ziehen.

In der Hochofen- und Kokereisparte konnte Paul Wurth Verträge mit der türkischen Erdemir-Gruppe über zwei neue Hochofenanlagen abschließen, aus Südafrika

kam ein Auftrag über die Neuzustellung einer Anlage zur Behandlung von Koksofengas und Nebenprodukten, und aus Brasilien ein solcher über die Modernisierung der Kohlenstaubeinblassysteme einer Hochofenanlage. Das und eine Reihe von Neuzustellungsprojekten, vorwiegend in Europa, sowie die Lieferung von Engineering und Ausrüstungen an Kokshersteller in China bewirkte, dass das Volumen der neuen Aufträge Ende 2019 insgesamt 426 Millionen Euro ausmachte.

Mit Erfolg konnte ein Hochofen im Metallurgischen Kombinat in Lipezk in Rußland nach vollständiger Neuzustellung angefahren und ein Winderhitzer der Evraz-Gruppe im sibirischen Nowokusnezk in Betrieb genommen werden, während in Japan erster Koks erfolgreich aus der neuzugestellten Koks-

ofenbatterie von JFE-Steel gedrückt wurde.

Gleichfalls mit Erfolg arbeitete die Paul Wurth-Tochtergesellschaft Geprolux, die im Bereich Bau- und Infrastrukturprojekte an zahlreichen Großprojekten in Luxemburg beteiligt ist und 2019 insgesamt 50 Prozent mehr Aufträge an sich zog.

Paul Wurth ist auch im Bereich der Entwicklung von Technologien zur Einsparung von Kohlenstoffdioxid und der Verbesserung der Energieeffizienz von Produktionsanlagen im Stahlbereich tätig und konnte sich bei Rogesa in Dillingen einen Referenzauftrag für die Koksgaseindüsung an zwei Hochöfen sichern.

Zudem stieg das Unternehmen in die Perspektive einer kohlenstofffreien Produktion von Stahl mit einer Beteiligung von 20 Prozent bei dem Dresdner Unternehmen

Sunfire GmbH ein. Da geht es darum, bei der Direktreduktion von Eisenerz Wasserstoff statt fossilen Kohlenstoffs zu benutzen.

Paul Wurth war während Jahrzehnten ein Luxemburger Flaggschiff bei der Entwicklung von Spitzentechnologie für die Stahlindustrie und ist auch heute noch immer führend in der Auslegung und Umsetzung von Hochofensamstanlagen und Kokereien, wurde aber bereits 2012 von ArcelorMittal an die deutsche SMS-Gruppe verschertelt, die in der Hütten- und Walzwerktechnik tätig ist und einer Holdung gehört, welche im Besitz der Familie des deutschen Großaktionärs Heinrich Weiss ist. Weiss war erst Mitglied der CDU und unterstützte bis 2015 die rechtspopulistische AfD ideologisch und finanziell.

A.R.

Post punktet bei Umsatz und Gewinn

Größter Arbeitgeber des Landes 2019 mit deutlich gestiegenen Ergebnissen

Von Pierre Leyers

Gestiegener Umsatz, mehr Gewinn, und eine ansehnliche Dividende für den Staat als einzigen Aktionär: Im Jahr 2019 verzeichnete die Post Luxembourg Gruppe einen Umsatzanstieg von 35 Millionen Euro auf 861,9 Millionen Euro, was einem Plus von 4,2 Prozent entspricht.

Serge Allegrezza, Präsident des Verwaltungsrates und Claude Strasser, Generaldirektor, die am Donnerstag die Bilanz 2019 sowohl „analog“ vor Journalisten im Firmensitz an der Rue de Reims als auch digital per Live-Streaming präsentierten, können zufrieden sein.

„Der Beitrag, der von Post geleistet wird, ist für ein Land wie Luxemburg, das ein starkes demografisches Wachstum verzeichnet, unerlässlich“, betonte Allegrezza. Die Bedeutung der Post zeigte sich auch während der Corona-Krise. Ihre Dienste bei Briefen, Paketen und beim Internet wurde von der Regierung als „services essentiels“ eingestuft.

Das operative Ergebnis (Ebitda) der Post-Gruppe stieg um 6,1 Prozent auf 183 Millionen Euro, verglichen mit dem bereits erhöhten Ergebnis des Jahres 2018. Der Nettogewinn belief sich auf 37,8 Millionen Euro, was einem Anstieg von 13,2 Prozent entspricht. An den Staat schüttet das Unternehmen eine Dividende in Höhe von 20 Millionen Euro aus.

Immer mehr Pakete aus Asien

Das rasch wachsende Paketvolumen überschritt im Jahr 2019 die Schwelle von vier Millionen Paketen, was einem Anstieg von 17 Prozent im Vergleich zu 2018 entspricht. Die neue Paketsortieranlage im „Centre de Tri“ in Bettendorf ermöglicht es, ein tägliches Volumen von bis zu 30 000 Paketen zu bewältigen.

Besonders die 2017 eingeführte

internationale Paketlogistik entpuppt sich als Glücksgriff. Dabei werden Sendungen per Flugzeug aus Asien nach Luxemburg gebracht, dann für die Zustellung in Europa vorbereitet und verschickt. Im Jahr 2018 trafen vier Millionen Pakete aus Asien bei Post am Findel zur Zustellung in ganz Europa ein, im vergangenen Jahr überstieg das jährliche Volumen schon 13 Millionen.

Während der elektronische Handel das Paketgeschäft der Post beflügelt, drückt die elektronische Kommunikation umso massiver auf das Briefgeschäft. Waren es 2015 noch 147 Millionen Briefe, die zugestellt wurden, lag diese Zahl 2019 nur noch bei 126 Millionen.

Trotz der sinkenden Zahl an Briefen bleibt die Post ihrem traditionellen Geschäft treu. 2019 erhielt sie für weitere zehn Jahre den Zuschlag für den Universaldienst. Die Post war allerdings die einzige Bewerberin für diese flächendeckende Grundversorgung bei Briefsendungen, was beweise, so Generaldirektor Claude Strasser, dass der Universaldienst „kein Geschenk“ sei.

1,5 Millionen Simchips

Im Telekom-Bereich verliert das Festnetz an Bedeutung, dafür befindet sich die mobile Kommunikation im Aufwind. 20 000 Festnetzanschlüsse werden pro Jahr abgemeldet, dafür aber steigt die Zahl der mobilen Anschlüsse.

Etwa 1,5 Millionen Simchips der Post sind derzeit in Luxemburg und im Ausland im Einsatz. Zum Vergleich: 2015 waren es noch weniger als die Hälfte. Auch der Ausbau des Glasfasernetzes macht Fortschritte, was sich in der Corona-Krise als Vorteil für die zahlreichen Unternehmen zeigte, die auf das Homeoffice für ihre Beschäftigten zurückgriffen. 70 Prozent aller Haushalte im Land sind mittlerweile mit dem Glasfasernetz verbunden, das Geschwin-

digkeiten von bis zu 1 Gbit/s ermöglicht.

Für Post bedeutet der Aufbau des künftigen 5G-Netzes ein Schlüsselement, um das exponentielle Wachstum des Datenverkehrs zu bewältigen.

In diesem Sommer soll die Verstärkung der dafür notwendigen Frequenzen stattfinden. Alle Bewerber am Markt müssen sich darauf einstellen. Bislang wurden Frequenzen in Luxemburg per „Schönheitswettbewerb“ vergeben. Vertriebsstart für private Nutzer des neuen Echtzeit-Netzes dürfte Ende dieses Jahres sein.

Niedrige Zinsen belasten

Sorgenkind ist derzeit Post Finance, vielen Einwohnern durch ihr Postscheckkonto CCP bekannt. Im Gegensatz zum Postgeschäft und der Telekommunikation leidet das Post-Finanzgeschäft unter einem Rückgang ihrer Rentabilität, der insbesondere durch das negative Zinsumfeld beeinflusst wird.

Der Beliebtheit bei den Kunden tun diese Probleme keinen Abbruch, zumal das Onlinebanking weiter zunimmt. Jedes Jahr kommen 10 000 Konten zu den schon bestehenden 200 000 Konten hinzu. Um die Online-Prozesse zu vereinfachen, wurde die neue E-Banking-Lösung „eboo“ Anfang 2020 offiziell eingeführt.

Als größter Arbeitgeber Luxemburgs beschäftigte die Post Luxembourg Gruppe zum Jahresende 2019 insgesamt 4 652 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 50 verschiedenen Nationen. Die Förderung von Fähigkeiten gehört zu den Prioritäten der Gruppe, was dazu geführt hat, dass jeder Mitarbeiter durchschnittlich 14 Stunden pro Jahr an einer Schulung teilgenommen hat.

Als wahres Ökosystem von Unternehmen zählt die Post-Gruppe im Jahr 2019 etwa 20 Tochter-Unternehmen.

Wo Einkaufen am günstigsten ist

*Luxemburger Wort du samedi 16 mai 2020 / Mem
Commerce / Industrie / Artisanat, Grande Région*

Preisvergleich zwischen Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland

Luxemburg. Das Observatorium für Preisbildung (OFP) vergleicht alle zwei Jahre die Preisentwicklung in Luxemburg und der Großregion. In der gestern veröffentlichten neuen Ausgabe der „4-Grenzen-Studie“ wurde eine Datenbank mit mehr als 110 000 verschiedenen Produkten, die in 22 Geschäften in der Nähe der luxemburgischen Grenze (zwischen 30 und 50 Kilometer entfernt) zu finden sind, analysiert.

Mehr als die Hälfte der Produkte ist nur in einem Geschäft erhältlich. Nur sehr wenige Produkte sind gleichzeitig in Frankreich, Belgien, Deutschland und Luxemburg erhältlich; Luxemburg und Belgien teilen viel mehr gemeinsame identische Produkte (7 747) als Luxemburg und Frankreich (3 540) oder Luxemburg und Deutschland (2 013), was den Vergleich nicht einfach macht.

Belgien abgeschlagen Insgesamt, so die Studie, weist Deutschland den niedrigsten Durchschnittspreis in der Großregion auf - im Durchschnitt 6,8 Prozent billiger als die Großregion. Allerdings hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte in Deutschland leicht verschlechtert.

Die Position Luxemburgs ist im Vergleich zur letzten Ausgabe gleich geblieben, während sich der Index Frankreichs zum dritten Mal in Folge verbessert hat. Belgien, wo sich gegenüber des letzten Preisvergleichs die Produkte durchschnittlich nocheinmal verteuerten, bleibt das teuerste Land in der Großregion.

Luxemburg ist das wettbewerbsfähigste Land bei Flüssigkeiten, hauptsächlich aufgrund der niedrigen Preise für alkoholische Getränke. Frische Produkte werden in Frankreich zu den besten Preisen angeboten, während die Segmente Lebensmittel, Drogerie-, Parfümerie- und Hygieneartikel sowie Non-Food-Produkte in Deutschland am günstigsten sind.

Was Vergleiche zwischen identischen Marken anbelangt, die in mehreren Ländern der Großregion gleichzeitig angeboten werden, so haben vier der sechs in Luxemburg ansässigen untersuchten Geschäfte niedrigere Durchschnittspreise als ihr ausländisches Pendant auf der anderen Seite der Grenze.

Bei Bio-Produkten hat Frankreich heute die günstigsten Preise (8,3 Prozent billiger als der Durchschnitt in der Großregion), gefolgt von Deutschland. Die Preise für Bio-Produkte in Luxemburg liegen leicht über dem Durchschnitt der Großregion, während biologisch erzeugte Lebensmittel in Belgien im Vergleich zur letzten Ausgabe der Studie noch teurer und im Vergleich zum Durchschnitt in der Großregion die teuersten sind. MeM



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Trübe Aussichten

Finanzminister Pierre Gramegna rechnet wegen der Corona-Krise mit einem Defizit von fast fünf Milliarden Euro

Von Dani Schumacher

Die Zahlen, die Finanzminister Pierre Gramegna (DP) den Mitgliedern der Finanz-, der Wirtschafts- und der Beschäftigungskommission unlängst vorgestellt hat, sind alles andere als rosig. Die Hilfsmaßnahmen, die die Regierung im Rahmen der Corona-Krise beschlossen hat, kosten Geld, richtig viel Geld. Und als wäre das nicht genug, brechen dem Staat auch noch die Einnahmen weg, weil die Wirtschaft wegen der Pandemie wochenlang stillsteht.

Gramegna rechnet denn auch mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts (BIP) von immerhin sechs Prozent in diesem Jahr. Für das Folgejahr zeigt er sich allerdings wieder vorsichtig optimistisch: 2021 soll die luxemburgische Wirtschaft wieder wachsen, und zwar um sieben Prozent. Gleichzeitig warnt der Finanzminister allerdings vor zu viel Optimismus. Denn noch ist die Corona-Pandemie nicht überstanden. Der Weg aus der Krise ist also mit vielen Unwägbarkeiten gepflastert. Die Zahlen seien deshalb mit großer Vorsicht zu genießen, warnt Pierre Gramegna.

Solide Schieflage beim Zentralstaat

Für dieses Jahr rechnet Finanzminister Pierre Gramegna mit einem Defizit von immerhin 4,9 Milliarden Euro beim Zentralstaat. Für 2021 schätzt er das Minus noch auf 2,1 Milliarden Euro. Im Bereich der Gemeindefinanzen geht er von einem Minus von 372 Millionen Euro in diesem Jahr und von 150 Millionen Euro für 2021 aus. Beim dritten Pfeiler, den Sozialversicherungen, sieht es ebenfalls nicht rosig aus. Auch hier drückt die Corona-Krise voll durch, auch wenn am Ende

weiterhin schwarze Zahlen stehen: 2019 lag das Plus der Sozialversicherungen noch bei 1,1 Milliarden Euro, 2020 wird es auf 281 Millionen Euro zusammenschrumpfen. Für 2021 zeichnet sich wieder eine leichte Erholung ab: Gramegna rechnet mit einem Plus von 342 Millionen Euro.

Für den Gesamtstaat bedeutet dies ein Defizit von fünf Milliarden Euro für das laufende Jahr, immerhin 8,5 Prozent des BIP. Dies wird das schlechteste Ergebnis in der Geschichte des Landes sein. 2021 soll das Defizit dann „nur“ noch bei 1,97 Milliarden Euro liegen.

Die Negativzahlen schlagen sich natürlich auf die Staatsverschuldung nieder: Laut Pierre Gramegna steigt die Schuldenlast auf 17 Milliarden Euro, was 28,7 Prozent des BIP ausmacht. Im nächsten Jahr könnten es sogar 29,6 Prozent des PIB werden. Bleibt es bei diesen Prognosen, würde Luxemburg dennoch die 30-Prozent-Grenze, die sich die Regierung in ihrem Koalitionsprogramm gesetzt hatte, nicht überschreiten. Die EU-Kommission hatte wegen der Corona-Krise übrigens die Maastricht-Kriterien vorübergehend gelockert.

Als sie das Hilfspaket am 25. März auf die Schiene brachte, ging die Regierung noch von einer Gesamtbelastung für den Staatshaushalt von 8,8 Milliarden Euro aus. Nun mussten die Zahlen nach oben korrigiert werden, weil die Regierung in einigen Bereichen noch einmal nachbessern musste. Insgesamt schlagen die verschiedenen Maßnahmen voraussichtlich mit 10,4 Milliarden Euro zu Buche, was immerhin 17,5 Prozent des BIP ausmacht.

Bislang sind 194 Millionen Euro an das Haut Commissariat à la protection nationale für den

Kampf gegen das Corona-Virus geflossen, etwa für Schutzmaterial und die Einrichtung der Centres de soins avancés usw. Weitere 226 Millionen Euro sind für den Congé spécial pour raisons familiales vorgesehen, den aktuell mehr als 26 000 Beschäftigte aus mehr als 5 700 Betrieben nutzen. 124 Millionen Euro sind im Zusammenhang mit dieser Maßnahme bereits überwiesen worden.

Bislang 550 Millionen Euro für die Kurzarbeit

Die Kurzarbeit schlägt bislang mit 550 Millionen Euro zu Buche, gerechnet wird allerdings mit Kosten bis zu 989 Millionen Euro. Zurzeit profitieren 26 000 Beschäftigte aus 14 600 Betrieben von der Regelung. Wird das veranschlagte Budget vollkommen ausgeschöpft, macht die Maßnahme immerhin 1,7 Prozent des BIP aus.

Obwohl die Krise die Staatskasse extrem belastet, will die Regierung an den geplanten Investitionen festhalten. Auch dies sei wichtig, damit die Wirtschaft möglichst schnell wieder auf die Beine kommt, erklärte Gramegna. Die Investitionen werden wie vorgesehen von 2,7 Milliarden im vergangenen Jahr auf 2,8 Milliarden Euro in diesem Jahr steigen. 2021 sollen sie dann bei drei Milliarden Euro liegen.

- *Insgesamt*
- *schlagen die verschiedenen Maßnahmen voraussichtlich mit 10,4 Milliarden Euro zu Buche.*

„Dramatische Verschlechterung“

Finanzminister Pierre Gramegna stellt Abgeordneten düstere Finanzlage vor

LUXEMBURG

LJ

In normalen Zeiten konnte sich Finanzminister Pierre Gramegna (DP) bei der Präsentation der Situation der Staatsfinanzen bislang immer freuen, den Mitgliedern der parlamentarischen Finanz- und der Budgetkontrollkommission bessere Zahlen als gedacht vorzustellen, doch in Corona-Zeiten ist das natürlich nicht der Fall.

Ausgaben im Jahresvergleich um 28,5 angestiegen

So hatte Gramegna den Abgeordneten gestern dann auch keine positiven Nachrichten mitzuteilen, aber das hatte auch keiner erwartet. Direkt zu Beginn der Sitzung der Finanz- und der Budgetkontrollkommission hielt der Minister dann auch wenig überraschend fest, dass sich die Lage im Vergleich zum letzten Jahr „dramatisch verschlechtert“ habe, wobei die Verschlechterung der Haushaltslage vor allem auf die direkten Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (Kurzarbeit, Beihilfen für Unternehmen...) zurückzuführen seien.

In den ersten drei Monaten des Jahres habe die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Zentralstaats dann auch bereits die ersten Anzeichen einer Krise gezeigt. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2019 seien die Einnahmen um 0,8 Prozent gesunken und die Ausgaben um 19,4 Prozent angestiegen, wobei der sehr starke Anstieg der Ausgaben aber relativiert werden müsse, da die Ausgabenentwicklung in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 aufgrund der damaligen Anwendung des sogenannten „douzième provisoire“ besonders niedrig gewesen sei. Das Budget 2019 war erst im April des vergangenen Jahres vom Parlament verabschiedet worden.

Derweil die Staatsausgaben und -einnahmen also bis Ende März noch mehr oder weniger dem verabschiedeten Haushalt entsprochen haben, so seien die Einnahmen im April jedoch im Vergleich zu den ersten vier Monaten des Jahres 2019 um 8,4 Prozent gefallen und die Ausgaben im Jahresvergleich um 28,5 angestiegen. Im Vergleich zu einem Drittel der jährlichen Beträge, die in dem für das Jahr 2020 verabschiedeten Haushalt vorgesehen seien, entspreche dies einem Rückgang der Einnahmen um minus zwölf Prozent und einem Anstieg der Ausgaben um plus acht Prozent, was zu einer erheblichen Verschlechterung des Haushaltssaldos führe, wie der Finanzminister feststellte.

Verkaufsrückgang bei Benzin und Diesel

Was nun die Einnahmen der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung betrifft, so zeigt sich, dass diese stark von den Eindämmungsmaßnahmen und der teilweisen Schließung der Grenzen zu den Nachbarländern betroffen

sind, was zu einem erheblichen Rückgang des Absatzes von Treibstoff und anderen Produkten wie Alkohol und Tabak geführt hat. Für den Zeitraum von Januar bis April 2020 haben sich die Verkäufe von Benzin und Diesel dann auch um 19 beziehungsweise 22 Prozent verschlechtert.

Keine Prognosen möglich

Einige Abgeordnete wollten gestern indes die Prognose des Finanzministers bezüglich des erwarteten Ergebnisses für das Ende des Jahres 2020 beziehungsweise seine Prognose für den vorläufigen Haushalt für das Jahr 2021 wissen, aber Pierre Gramegna räumte ein, dass es sehr schwierig sei, zuverlässige Prognosen zu erstellen. Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumsprogramms, das unser Land ja vor einigen Wochen an die Europäische Kommission geschickt habe, habe Luxemburg seine finanzielle Situation jedenfalls nicht verschönert. Für dieses Jahr sieht der Finanzminister indessen eine Rezession von fünf bis sechs Prozent voraus. Noch deutlichere Folgen habe die schlechte Wirtschaftssituation aber dann wahrscheinlich im nächsten Jahr.

Ein anderer Abgeordneter wollte wissen, ob Luxemburg plane, in diesem Jahr einen weiteren Kredit aufzunehmen. Wie Gramegna diesbezüglich unterstrich, ermächtigte das diesjährige Haushaltsgesetz die Regierung zur Aufnahme eines Kredits in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Dieser Kredit werde auch aufgenommen, bestätigte Pierre Gramegna. Eine weitere Kreditaufnahme sei aber in unmittelbarer Zukunft nicht geplant. Dann gab der Minister gestern vor den Mitgliedern der parlamentarischen Finanz- und der Budgetkontrollkommission auch noch an, dass die Reserve des Staates im Moment bei rund 800 Millionen Euro liege; die Pensionen und Beamtengehälter (rund 300 Millionen Euro) würden diese Woche für den Monat Juni abgezogen.

Stabiler Finanzplatz

Pierre Gramegna erklärte dann auch noch, dass das Triple A Luxemburgs nicht in Gefahr sei, aber generell sei der Finanzsektor in Luxemburg - wie auch im Ausland - sowieso recht widerstandsfähig gegen die sanitäre Krise.

Wie der Minister laut Mitteilung des Finanzministeriums weiter angab, habe die Priorität der Regierung in der Corona-Krise von Anfang an beim Schutz der Gesundheit

der Bürger und der Wirtschaft gelegen. Dank der günstigen Ausgangslage unserer öffentlichen Finanzen sei es möglich gewesen, in Rekordzeit Maßnahmen zu ergreifen, um

bestmöglich auf die Krise zu reagieren. Diese zahlreichen Maßnahmen hätten jedoch erhebliche Auswirkungen auf unsere öffentlichen Finanzen gehabt, und die Zahlen für die ersten vier Monate des Jahres seien ein Beweis dafür.

Da die Gesundheitskrise aber sicherlich auch in den

kommenden Monaten noch Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen haben werde, müsse die Entwicklung der Krise sorgfältig beobachtet und das richtige Gleichgewicht zwischen einer ehrgeizigen Politik des Aufschwungs und nachhaltiger Investitionen auf der einen Seite, und einem verantwortungsvollen Vorgehen im allgemeinen Interesse des Landes auf der anderen Seite gewahrt bleiben. ●

„Das Triple A Luxemburgs ist nicht in Gefahr“

PIERRE GRAMEGNA, Finanzminister



Finanzminister Pierre Gramegna erinnerte gestern gegenüber den Mitgliedern der parlamentarischen Finanz- und der Budgetkontrollkommission daran, dass die Priorität der Regierung in der Corona-Krise von Anfang an beim Schutz der Gesundheit der Bürger und der Wirtschaft gelegen habe

Foto: Editpress/Alain Rischard

WO STEHEN WIR?

Tiefrote Zahlen

Staatsfinanzen unter Stress - Ein Dauerzustand für Jahre

Rot bis tiefrot: Diese Farbe wird in den kommenden Jahren in den Staatshaushalten der von der Covid-19-Ländern betroffenen Länder dominieren. Von der berühmten „schwarzen Null“, dem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, wird über längere Zeit nur noch eine Erinnerung bleiben.

Nicht nur wegen der hohen Ausgaben für die direkte Bewältigung der sanitären Krise - allein das „Haut Commissariat à la Protection Nationale“ hat bislang bereits 194 Millionen Euro in Krisenmanagement, medizinisches Material und Medikamente, Einrichtungen und Tests gesteckt - sondern vor allem wegen der Abermilliarden schweren Unterstützungspakete für die Wirtschaften der Länder, von denen ganze Bereiche wegen der Pandemie von heute auf morgen dicht machen mussten. Wie der Statec ermittelt hat, gab es so zwischen dem 23. März und dem 17. April einen Aktivitätsrückgang von 25 Prozent im Durchschnitt in der hiesigen Wirtschaft, wobei es natürlich große sektorielle Unterschiede gibt. So verzeichnete der Finanzbereich eine Aktivitäts-„Baisse“ von zehn Prozent, im Bau- und Horesca-Bereich ging es um 90 Prozent bergab. Und auch wenn das „Déconfinement“ jetzt gelingt, wird es noch Monate dauern, bis die Aktivität wieder komplett hochgefahren ist - wenn es zwischenzeitlich nicht zu einer weiteren Covid-19-Welle kommt, durch die wiederum Freiheiten eingeschränkt werden müssten. Die Konjunkturdelle wird jedenfalls ausgeprägt sein in diesem Jahr.

Statt des noch vor gar nicht allzu langer Zeit erwarteten Wirtschaftswachstums von um die 2,5 Prozent, dürfte es zu einer Rezession von mindestens sechs Prozent kommen - mehr als doppelt soviel, wenn es zu einem „Reconfinement“ kommen sollte. Für das kommende Jahr sieht die gestern auch noch einmal bei der

parlamentarischen Debatte über das Stabilitäts- und Wachstumsprogramm sowie dem nationale Reformprogramm Luxemburgs im Rahmen seiner Eurozonen-Verpflichtungen vorgestellten Statec-Prognose ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent vor. Über zwei Jahre, wird die luxemburgische Wirtschaft im besten Fall also um ein halbes Prozent gewachsen sein.

Während 2020 ein Loch von mindestens fünf Milliarden Euro im Staatsdefizit klaffen wird, werden es laut Statec 2021 rund zwei Milliarden sein und wird die Bruttostaatsverschuldung sehr nahe am Limit von 30 Prozent liegen, das sich die Koalitionsparteien geschworen hatten, nicht zu reißen.... Das rührt natürlich vor allem von dem massiven Stabilisierungsprogramm für die Wirtschaft, das derzeit über zehn Milliarden Euro beträgt, also 17,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts - ob das reichen wird, muss sich noch zeigen. Andererseits will die Regierung das öffentliche Investitionsvolumen hoch halten und trotz des riesigen Finanzierungsbedarfs keine Steuern anheben, wie gestern nochmal betont wurde.

Dass diese Aussichten politische Spielräume bedeutend einschränken, liegt allerdings auf der Hand. Dass sie nicht ohne Auswirkungen auf das Koalitionsprogramm bleiben werden, ebenfalls. Bedeutende Reformpläne, wie etwa die zweite große Steuerreform der Dreier-Koalition, ein Zentralstück des Programms, könnten darunter leiden. Auf jeden Fall wird die Regierung in den kommenden Monaten und Jahren noch lange Brandbekämpfung leisten müssen, um zu vermeiden, dass das Feuer in der Wirtschaft auch ins soziale Gefüge vordringt. Das ist allerdings eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder seinen Beitrag leisten muss. Angefangen mit der strikten Beachtung der „Barrieregesten“.

CLAUDE KARGER

Warum die offizielle Finanzplanung wohl zu optimistisch ist

ANALYSE Corona-Krise wird Staatshaushalt mehr belasten als Finanzkrise

Christian Muller

Die Regierung malt kein besonders rosiges Bild der Zukunft. Sie rechnet im laufenden Jahr mit einem Rückgang der nationalen Wirtschaftsleistung um 6 Prozent, einem Rekord-Haushaltsdefizit von 8,5 Prozent und einem Anstieg der Verschuldungsquote auf 28,7 Prozent. Dennoch könnten die Zahlen viel zu optimistisch sein.

Luxemburgs statistisches Institut Statec hat letzte Woche zwei mögliche Zukunftsszenarien vorgestellt: ein positives Szenario, bei dem ab Juni sowohl wirtschaftlich als auch sanitär alles wieder normal verläuft. Und ein negatives mit einer zweiten Welle von Infektionen und einer weltweiten Rezession.

Im zweiten Szenario verläuft die Krise viel heftiger als im positiven. Die Wirtschaft würde im laufenden Jahr um satte 12,4 Prozent einbrechen (positives Szenario: -6 Prozent). Im kommenden Jahr 2021 würde sie wiederum nur um magere 1,8 Prozent wachsen (positives Szenario: 7 Prozent). Die Arbeitslosenquote könnte auf ein Rekord von 9,5 Prozent ansteigen (positives Szenario: 7,2 Prozent), so die Berechnungen des statistischen Instituts.

Welches Zukunftsmodell Statec selbst als realistischer erachtet, gab das Institut nicht an. Nur dass, zurzeit das Erstellen von Prognosen „noch mehr mit Unsicherheiten behaftet“ ist als sonst. Und mit dem heutigen Kenntnisstand bevorzuge man somit weder das eine noch das andere Szenario. Man gehe davon aus, dass die Wirtschaft dieses Jahr um 6 bis 12 Prozent schrumpfen werde. Also ein Resultat zwischen beiden Szenarien. Die Regierung bevorzugt jedoch ganz klar das „optimistische“ Szenario. Sie basiert ihre Rechnungen darauf. Zudem wird nicht nur das negative Szenario übersehen. Auch vergessen wird, dass Luxemburg nach 2008 von den Folgen der Finanzkrise schwerer getroffen wurde als von der Finanzkrise selbst. So war die Wirtschaftsleistung 2008 zwar rückläufig (-1,3), brach 2009 mit -4,4 Prozent jedoch noch deutlich stärker ein. Die Arbeitslosenquote überschritt erst 2009 die Marke von 5 Prozent und erreichte ihren bisherigen Rekord erst viel später, im Mai 2014, bei 7,2 Prozent.

Die Krise nach der Krise

In der Zeit des strengen „Confinement“ ist die wirtschaftliche Aktivität im Lande um 25 Prozent eingebrochen, schätzt Statec laut „Conjoncture flash“ von Dienstag. Das wäre, dank dem Gewicht des derzeit nur wenig betroffenen Finanzsektors, etwas weniger schlecht als in den Nachbarländern. Etwa ein Drittel der Beschäftigten sind in Kurzarbeit – in der Finanzkrise von vor zehn Jahren waren es weniger als 2 Prozent. Pro Monat würde der Stillstand das Land 2 Prozentpunkte an Wachstum kosten, so das Institut. Genaue Zahlen liegen noch keine vor. Wie es weitergeht, hänge Statec zufolge von der Dauer des Stillstands und somit von der sanitären Situation ab. Doch ob die Konjunktur nach dem Ende des Stillstands gleich wieder steil nach oben springen wird, bleibt eine offene Frage. Die Arbeitslosigkeit ist bereits gestiegen. Die wirtschaftliche Krise wird erst nach dem Ende des sanitären Stillstands richtig beginnen. Erst dann wird sichtbar, wie viele Unternehmen die Zeit des „Confinement“ überlebt haben.

Mit Kurzarbeit und anderen Maßnahmen versucht die Regierung der Wirtschaft, so gut über die Zeit des Stillstands hinwegzuhelfen, wie sie kann. Doch das ist hierzulande. Die weltweite Rezession hat bereits begonnen. Sie wird Folgen für den Welthandel haben und sich auch in der weltoffenen Luxemburger Wirtschaft bemerkbar machen.

Die Chance, dass Luxemburgs Wirtschaft nächstes Jahr die geplante Wachstumsrate von 7 Prozent erreicht, erscheint optimistisch. Eine derartig hohe Wachstumsrate hat das Großherzogtum zuletzt vor 13 Jahren erlebt. Ohne dieses Wachstum wird die Regierung die Marke von 30 Prozent Staatsverschuldung, unter der sie bleiben wollte, wohl durchbrechen. Um die Nachfrage anzukurbeln und eine soziale Krise zu vermeiden, wird sich die Regierung gezwungen sehen, kräftige Konjunkturprogramme zu starten. Kosten, die in der Finanzplanung der Regierung noch nicht vorgesehen sind. Dass in Krisen nicht gespart werden darf, haben die Folgen der Finanzkrise gezeigt. Dieses Klotzen können sich jedoch nur die Länder erlauben, die in den besseren Jahren zuvor

Budget / Fiscalité

Reserven aufgebaut haben.

Verschuldung des Staates
legt seit Jahren zu

Reserven hat Luxemburg derweil noch viele, doch die Schulden aus der letzten Krise hat das Land bis heute nicht abgebaut. Seit der Finanzkrise macht die Regierung regelmäßig neue Schulden, um alte zu refinanzieren. 2007 belief sich die Schuld auf 3 Milliarden Euro; Ende 2009 waren es fast 6 Milliarden; Ende 2019 belief sich die Summe bereits auf 14 Milliarden. Nun kommen noch neue Schulden hinzu. Höchstwahrscheinlich mehr als erwartet.

Ein Detail macht diese Krise anders für

den Staatshaushalt als vor zehn Jahren. So war die Verschuldung zwar auch nach der Finanzkrise rasant angesprungen. Jedoch erhielt der Staat im Gegenzug Beteiligungen an beispielsweise der BIL und der BGL BNP Paribas. Jetzt finanziert er laufende Ausgaben. Zum Glück für die Staatsfinanzen erlaubt die Kreditwürdigkeit Luxemburg derzeit, zu negativen Zinssätzen Kredite aufzunehmen. Doch Zinssätze bleiben nicht ewig negativ – und alle paar Jahre müssen Schulden, die nicht zurückbezahlt werden, am Markt refinanziert werden. In zehn Jahren wird wieder eine neue Krise vor der Tür stehen. Auch dann wird wieder gelten: Wer solide Staatsfinanzen hat, der hat auch Handlungsspielraum. Dem laufen die Geldgeber nach – während alle anderen hohe Zinsen zahlen müssen.

Staatshaushalt: Die neuen Prognosen der Regierung

Auf Basis neuer Statec-Untersuchungen zur wirtschaftlichen Entwicklung hat Luxemburgs Regierung Ende vergangener Woche neue Prognosen zu den Staatsfinanzen erstellt. Ein Albtraum für jeden Finanzminister. Es wird schlimmer als nach der Finanzkrise.

Im laufenden Jahr rechnet die Regierung damit, dass die Wirtschaftsleistung des Landes um satte 6 Prozent einbrechen wird. Deutlich heftiger als im Jahr 2008, als Lehman Brothers zusammenbrach. In dem Jahr war die Luxemburger Wirtschaft um gerade mal 1,3 Prozent rückläufig. Infolgedessen erwartet die Regierung im laufenden Jahr einen Rückgang um satte 8,2 Prozent (verglichen mit dem Vorjahr) bei den Einnahmen des Landes. Sowohl bei den direkten als auch bei den indirekten Steuern wird mit Rückgängen von mehr als 10 Prozent gerechnet. Einzig und allein die Sozialabgaben sollen dieses Jahr, laut den neuen Prognosen,

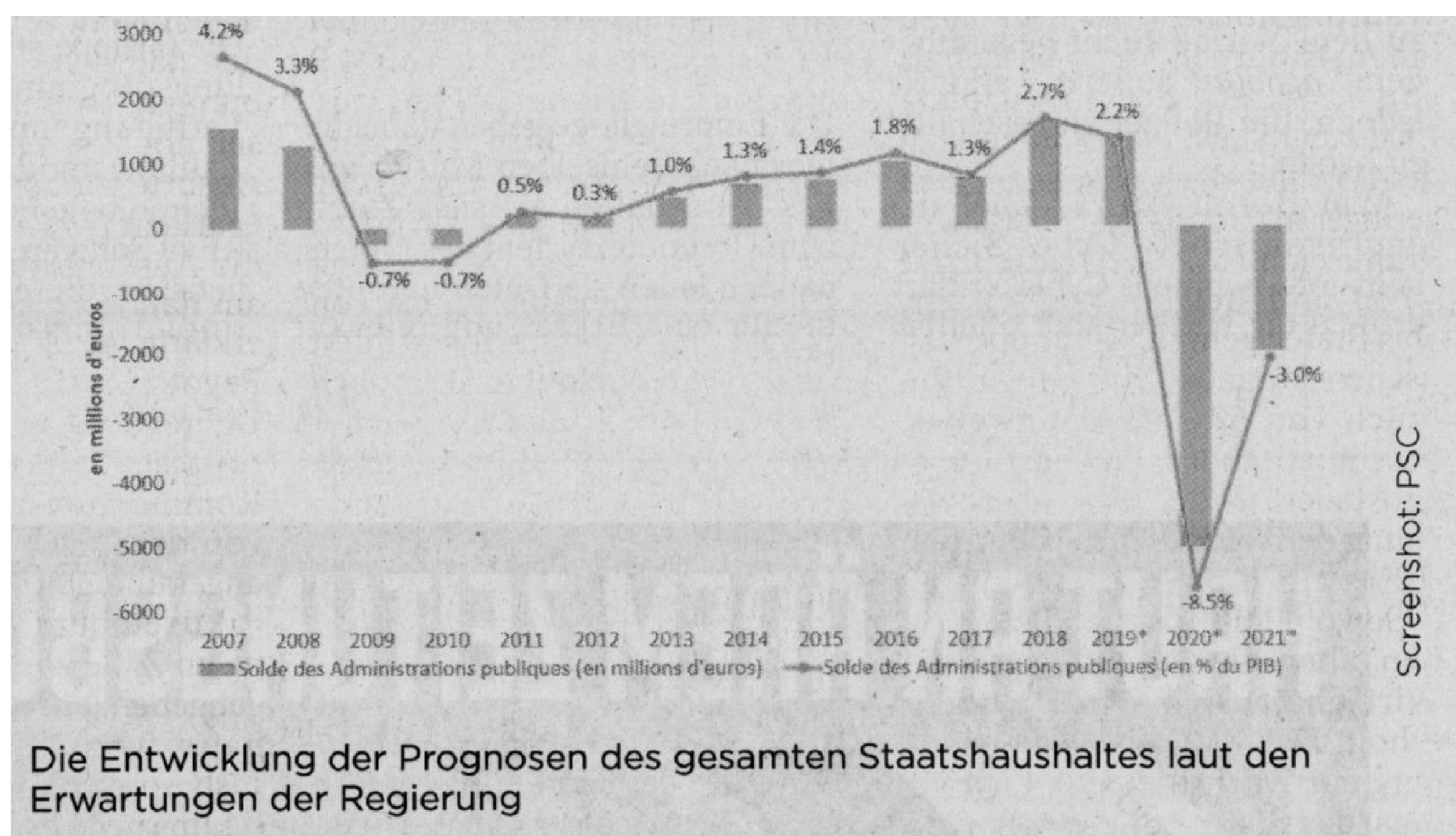
noch weiter (0,5 Prozent) zunehmen. Hintergrund dieses Zuwachses ist, dass trotz Krise mit einem Anstieg (0,7 Prozent) bei der Beschäftigung gerechnet wird. Zeitgleich mit dem Wegfall der Einnahmen explodieren die Ausgaben. Sie sollen in diesem Jahr insgesamt 15 Prozent höher ausfallen als im Staatshaushalt geplant. Die Corona-Krise bringe dieses Jahr zusätzliche Ausgaben in Höhe von 3,28 Milliarden Euro mit sich. Diese Zahlen gehen aus dem „Programme de stabilité et de croissance 2020“ hervor, das Finanzminister Pierre Gramegna am 29. April vorgestellt hat. Gemeinsam würden die fallenden Einnahmen und die zusätzlichen Ausgaben dazu führen, dass am Jahresende 2020 ein Haushaltsdefizit von 8,5 Prozent in den Büchern stehen werde, erwartet die Regierung. „Die Krise wird zu einem Defizit in der öffentlichen Verwaltung führen, das in der Geschichte des Landes beispiellos ist“, schreibt

das Finanzministerium. Der europäische Stabilitätspakt, der aktuell auf Eis liegt, sieht eine maximale jährliche Defizitquote von 3 Prozent vor.

Die Verschuldungsquote des Landes werde Ende 2020 bei 28,7 Prozent liegen (Vorjahr: 22,1 Prozent), schätzt die Regierung.

Nächstes Jahr soll alles gleich wieder viel besser aussehen: Die vom Staat geretteten Unternehmen sollen sich wieder entfalten, die Wirtschaft soll stark anziehen. Satte 7 Prozent Wachstum werden erwartet. Die Einnahmen des Staates würden in der Folge um 7,8 Prozent steigen und die Ausgaben um 3,3 Prozent fallen.

Das Haushaltsdefizit soll 2021 auf 3 Prozent fallen, die Verschuldung auf 29,6 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzt bleiben. Das wäre immer noch unter der im Koalitionsprogramm festgelegten Schwelle von 30 Prozent, so die Regierung in ihrer Mitteilung.



Die Krise und ihre Chancen

Parlament debattiert über die Stabilitäts- und Reformprogramme

Von Annette Welsch

Es ist das erste Mal, dass sich die Abgeordneten ausschließlich dem Stabilitäts- und Wachstumsprogramm (PSC) und dem Nationalen Reformprogramm (PNR) widmen. Beides sind Dokumente, die Luxemburg bei der Europäischen Kommission im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters zur Abgleichung der nationalen Haushaltspolitiken einreichen muss. Normalerweise werden sie zusammen mit der Rede zur Lage der Nation debattiert.

Wegen der Covid-19-Krise musste ganz kurzfristig vor allem das Stabilitäts- und Wachstumsprogramm abgeändert werden. Dabei geht es um die Entwicklung der Wirtschaft und der Staatsfinanzen und die wurde von den Krisen-Maßnahmen komplett über den Haufen geworfen: 2020 wird anstatt eines Überschusses von 800 Millionen Euro ein Defizit von fünf Milliarden Euro und laut Statéco ein Wirtschaftseinbruch von sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwartet.

Finanzminister Pierre Gramegna (DP) betonte eingangs, es seien in Rekordzeit Maßnahmen für bislang 10,4 Milliarden Euro getroffen worden, wobei die Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft Priorität hatten. Mit Vorsicht wollte Gramegna aber die Zahlen verstanden wissen, vor allem die Statéco-Perspektive eines Wirtschaftswachstums von sieben Prozent für 2021. „Kein Mensch weiß es wirklich.“

Seine Feststellung, die Hilfsmaßnahmen konnten leichter entschieden werden, weil Luxemburg gesunde Staatsfinanzen aufweist und sich billig Geld leihen konnte, sodass auch der wirtschaftliche Aufschwung weiter finanziert werden könnte, ließ die Opposition nicht gelten. „Wir hatten 2008 eine Krise mit sechs Prozent Wirtschaftseinbruch, von der der Fi-

nanzplatz betroffen war, aus der wir finanziell gut herauskamen“, sagte Gilles Roth (CSV). „Doch wie krisenfest sind unsere Staatsfinanzen heute? Gibt es den Appel für den Dussch? Haben wir noch Einnahmen, die ausstehen, mit denen wir die Delle ausgleichen können?“ Roth macht sich auch Sorgen um die Sozialversicherung, denn dort sei das Guthaben von 1,1 Milliarden Euro auf 282 Millionen gesunken. „Wir hätten vom Premierminister gerne eine Roadmap für den wirtschaftlichen Aufschwung.“

Auch der ADR-Abgeordnete Roy Reding forderte von der Regierung, sich bei den Ausgaben künftig auf das nötigste und wichtigste zu konzentrieren, das Defizit schnell wieder abzubauen und finanziellen Spielraum aufzubauen, damit die nächste Krise geschafft wird. „Es ist der falsche Weg, Schulden nicht abzubauen, sondern nur Zinsen zu bezahlen. Kredite müssen irgendwann von zukünftigen Generationen bezahlt werden.“

Es sei keine Schande, in einer solchen Situation Schulden zu machen, meinte dagegen Marc Baum von den Linken. Er rief die Regierung dazu auf, in die Zukunft zu investieren und dabei ein neues Gesellschaftsmodell aufzubauen mit einer höheren Besteuerung Vermögender und Entlastungen unterer und mittlerer Einkommen sowie höheren Sozialtransfers. „Armut und Ungleichheiten dürfen nicht noch weiter steigen.“

Mit der Zeit nach der Krise befassten sich auch die Vertreter der Mehrheitsparteien. Die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten, müsse absolute Priorität haben, meinte Claude Haagen (LSAP). François Benoy (Déi Gréng) war der Ansicht: „Jetzt ist der Moment umzudenken und nicht in eine Wirtschaft von gestern zurückzukehren, sondern ei-

ne für die Zukunft zu gestalten.“ Genau wie der Liberale André Bauler forderte er, dass die Investitionen auf hohem Niveau gehalten werden und keine Sparpolitik betrieben wird. „Gerade jetzt muss der Klimaschutz gestärkt werden und in Transport, Umweltprojekte und digitale Infrastrukturen investiert werden.“

Neben Sven Clement von den Piraten war Claude Wiseler (CSV) der einzige Redner, der auf das Nationale Reformprogramm PNR einging, das Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) vorgestellt hatte. Dabei geht es um die Empfehlungen der EU-Kommission für die Entwicklung der einzelnen EU-Länder. „Wir haben die Ziele verfehlt für die private und öffentliche Forschung, für die Reduzierung der Armut und das Klima“, gab Fayot zu.

Wiseler hielt ihm vor: „Ich hätte mir erste Reflexionen zu den fünf Kritikpunkten der EU erwartet.“ So hätte sich Luxemburg bei der Bildung zwischen 2012 und 2018 verschlechtert. 2020 sollten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei drei Prozent des BIP liegen, 1,21 Prozent des BIP sind es. Auch der Digitalisierungsgrad der Betriebe sei einer der schlechtesten in der EU. Als „Witz“ bezeichnete Wiseler dann die Antwort der Regierung auf die Probleme des Pensionssystems, dabei sage die EU-Kommission ganz klar, dass die langfristige Finanzierbarkeit nicht gesichert ist. Dasselbe gelte für das Gesundheitssystem, dessen Finanzen von 1,8 Prozent des BIP auf 0,5 Prozent in den nächsten Jahren sinken wird. Man sollte unpolemisch darüber diskutieren – genau wie über das Armutsproblem.

● *Wir hätten gerne*
● *eine Roadmap.*

Gilles Roth (CSV)

Solides Ergebnis

Deutsche Bank Luxembourg auch 2019 mit Gewinn – allerdings geringer als im Vorjahr

Von Marco Meng

Die Deutsche Bank Luxembourg verbucht für das Jahr 2019 einen Überschuss von 88 Millionen Euro. Das sind 34 Prozent weniger als im Vorjahr (133 Millionen Euro). Als Hauptgrund dafür nannte das Kreditinstitut gestern bei der Vorlage der Jahresbilanz für das vergangene Jahr eine um 48 Millionen Euro gestiegene Risikovorsorge. Dabei ist auch zu beachten, dass 2018 durch den Verkauf der Versicherungsagentur Cardif Lux Vie S.A. ein einmaliger Ertrag in Höhe von 8,8 Millionen Euro eingenommen wurde.

Das Luxemburger Tochterunternehmen steht mit diesem Jahresergebnis besser da als der Gesamtkonzern, der für letztes Jahr einen Verlust von 5,7 Milliarden Euro auswies, allerdings für die ersten drei Monate des laufenden Jahres überraschend ein Nachsteuerergebnis von 66 Millionen Euro erwirtschaftete.

Zur aktuellen Krise meint denn auch Frank Krings, der die Deutsche Bank Luxembourg seit April 2016 leitet, dass sie zwar in verschiedenen Branchen zu Kreditausfällen führen wird, doch eine Bankenkrise werde dadurch nicht entstehen. Für das eigene Haus sei er optimistisch, so Krings: „Wir haben in der Vergangenheit schon einige andere schwere Krisen durchgestanden.“ Von den 300 Mitarbeitern arbeiten seit Mitte März 90 Prozent von zu Hause aus; etwa 30 Beschäftigte sind im Gebäude auf Kirchberg präsent.

Bei einem Eigenkapital von rund sechs Milliarden Euro belief sich die Bilanzsumme des Luxemburger Hauses zum 31. Dezember 2019 auf 30 Milliarden Euro und ist damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Auch

die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden liegen mit insgesamt 23 Milliarden Euro zum Bilanzstichtag auf dem Vorjahresniveau. Gleichzeitig hat sich der Wertpapierbestand zum Ende des Jahres 2019 auf 1,8 Milliarden Euro verdreifacht.

Die Deutsche Bank Luxembourg betreibt die drei Geschäftssparten Investmentbanking, grenzüberschreitende Unternehmensfinanzierung und Private Banking, wobei die letzten beiden die Hauptpfeiler des Unternehmens sind. Separate Gewinnzahlen zu den einzelnen Segmenten weist das Geldhaus nicht aus.

Zwölf Milliarden Euro ausgeliehen

Ende 2019 hatte die Deutsche Bank Luxembourg Darlehen über 12,3 Milliarden Euro vergeben, darunter Lombard-Darlehen und Hypothekendarlehen an Privatkunden sowie Kredite an Unternehmen und institutionelle Kunden. Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten betrug 10,8 Milliarden Euro.

Der Zinsüberschuss verzeichnete 2019 einen Rückgang um 14,2 Millionen Euro im Jahresvergleich auf 160,3 Millionen Euro (2018: 174,5 Millionen Euro). Die Zinserträge sanken um 192,6 Millionen Euro im Jahresvergleich auf 642,2 Millionen Euro, knapp 200 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Der Standort Luxemburg gilt im Deutsche Bank-Konzern als Kompetenzzentrum für die mittel- bis langfristige Finanzierung von börsennotierten, eigentümergeführten und sonstigen größeren Unternehmen. Die Sparte Investment Banking war zuletzt auch bei der Emission der Luxemburger Staatsanleihen über 2,5 Milliarden Euro beteiligt. Auch bei der Betreuung

privater Vermögen ist Luxemburg im Gesamtkonzern Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum innerhalb der EU sowie für Märkte der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA).

Ausblick für das Jahr 2020

Nachdem sich die Weltwirtschaftskonjunktur bereits 2019 eingetrübt hatte, ging die Deutsche Bank Luxembourg zu Beginn des Geschäftsjahres 2020 von einem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt aus. Seitdem hat sich das durch die Pandemie und die Aussicht auf sinkende Unternehmensgewinne nicht verbessert.

Insgesamt geht die Bank aber „auch für das Jahr 2020 von einer weitgehend stabilen strukturellen Nachfrage von Kunden nach Finanzierungen und Finanzierungslösungen aus“, so Geschäftsführer Krings gestern. Das Finanzierungsgeschäft werde folglich auch im Jahr 2020 einen maßgeblichen Einfluss auf das Gesamtergebnis der Bank haben. Das Geldinstitut werde im laufenden Geschäftsjahr ihre Rolle als Kompetenzzentrum für die Kreditvergabe an Unternehmen, Privatpersonen und Familienverbände sowie als EUDienstleistungszentrum bei der Betreuung internationaler Vermögen unverändert wahrnehmen. „Wir gehen davon aus, auch im Jahr 2020 ein positives und qualitativ zufriedenstellendes operatives Ergebnis zu erzielen“, so Krings.

Für 2020 sind wir vorsichtig, aber optimistisch.

Frank Krings



Luxembourg

IM GESPRÄCH: FRANK KRINGS

Digitalisieren oder veräußern

Wie die Deutsche Bank Luxembourg ihre Bilanz geschrumpft hat und sich nun für die Folgen der Coronakrise wappnet

Unter ihrem Chief Executive Officer Frank Krings hat die Deutsche Bank Luxembourg ein strammes Schrumpfungsprogramm absolviert. Geschäfte, die nicht skalierbar und letztlich digitalisierbar sind, gehören für ihn auf Dauer auf den Prüfstand. Zunächst aber gilt es, sich für die Krise zu wappnen.

Von Bernd Neubacher, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 26.5.2020

Die Deutsche Bank in Luxemburg wappnet sich für Ergebnisbelastungen im laufenden Jahr – vor allem, aber nicht nur infolge der Coronakrise. Dabei erwartet ihr Chef Frank Krings Beeinträchtigungen weniger aus strukturierten Finanzierungen etwa von Flugzeugen und Spezialschiffen oder aus Brückenfinanzierungen von Zusagen an Private Equity, sondern vielmehr im klassischen Kreditgeschäft, wie er im Gespräch mit der Börsen-Zeitung deutlich macht. In Erwartung vermehrter Ausfälle hat die Bank bereits Reserven gelegt. „Schon vor Sars-Cov-2 haben wir uns im zwölften Jahr des Kreditzyklus befunden“, sagt Krings. „Da wäre es naiv zu glauben, dass die Risikovorsorge nicht tendenziell steigt. Darauf stellen wir uns ein.“ Spätestens wenn die Unternehmen ihre Halbjahreszahlen vorlegten, werde man sehr viel besser verstehen, was branchenweit auf die Banken zukomme.

Im soeben publizierten Abschluss für 2019 hat die Bank ihre Risikovorsorge saldiert um netto 48 Mill. Euro aufgestockt, was den Gewinn um ein Drittel auf 88 Mill. Euro fallen gelassen hat. Und war der Bilanzgewinn 2018 in vollem Umfang an die Mutter ausgeschüttet worden, ist das Ergebnis vom vergangenen Jahr in die Rücklagen eingestellt worden, noch bevor die Bankenaufsicht an die Branche appellierte, sich Dividendenzahlungen zu enthalten. Krings: „Wir dachten, wir seien gut beraten, die Mittel weiter im Institut vor Ort zu halten. Wir wollen immer so ausgestattet sein, dass wir unseren Unternehmens- und Wealth-Management-Kunden Finanzierungen bereitstellen und diese bei ihren unternehmerischen Aktivitäten begleiten können. Dafür müssen wir organisch Kapital generieren.“

Nicht von Pappe

Die Kreditrisiken im Haus sind nicht von Pappe, dient die Deutsche

Bank Luxembourg laut Geschäftsbericht doch „in starkem Maße“ als Buchungszentrum und ausreichendes Institut „im Zusammenspiel mit anderen europäischen Stellen“ des Konzerns. So hat die Credit Portfolio Strategies Group des Konzerns ihre weltweiten Kreditrisiken „zu großen Teilen“ in Luxemburg konzentriert.

Außerdem zeigt die Coronakrise ihre Wirkung. Anfang Mai beteiligte sich die Bank an einer staatlich garantierten Kreditlinie für den französischen Autovermieter Europcar, auch bei einem syndizierten Kredit für das Großherzogtum Luxemburg über insgesamt 2,5 Mrd. Euro war sie dabei. Insgesamt zeigt die von Krings geleitete, mit 6 Mrd. Eigenkapital ausgestattete Bank ein Kreditportfolio im Volumen von gut 64 Mrd. Euro, von welchen 83% ein Rating von mindestens „BBB“ haben.

Wie hoch die Belastungen 2020 ausfallen werden, das will Krings noch nicht prognostizieren. „Der Kreditzyklus ist in seiner Spätphase, und die Krise verbessert die Lage der Unternehmen gewiss nicht. Mit der Qualität unseres Kreditbuchs fühlen wir uns gleichwohl unverändert wohl“, betont er und kündigt an: „Wir gehen erneut von schwarzen Zahlen aus.“ Im nach Luxemburger GAAP erstellten Jahresabschluss dürften dabei gegenläufige Effekte zu sehen sein, da eine höhere Beanspruchung von Kreditlinien tendenziell höhere Bruttobeiträge nach sich ziehe, sagt Krings. Dagegen liefen freilich die Risikokosten.

Gegenüber Ende 2019 ist das Volumen der von Deutsche Bank Luxembourg bewilligten Ausreichungen im März und April um 70% in die Höhe geschossen, wie er berichtet. Als Buchungszentrum vergebte die Deutsche Bank Luxembourg dabei keine Kredite, die nicht zum Risikoappetit der Gruppe passten, aber auch keine, mit denen man sich nicht wohl fühle. Den Konzern bezahlt die Luxemburger Tochter dabei jeweils für die Vertriebsleistung, wie Krings erklärt. Das von ihm geführte Haus zeichnet den Kredit, hält das Kapital vor und reicht das Darlehen aus.

Strammes Programm

Unter dem 2016 angetretenen Manager hat die Tochter in Luxemburg ein strammes Schrumpfungsprogramm absolviert. Dies umfasste neben der Veräußerung von Beteiligungen wie an der chinesischen Huaxia Bank auch den Verkauf von Rand-

aktivitäten wie das Verwahrgeschäft der ehemaligen Sal. Oppenheim, welches an Hauck & Aufhäuser ging, in der Administration alternativer Fonds und im Versicherungsagentengeschäft. Neben Entflechtung hätten dabei auch die Kapitalallokation und die Frage der strategischen Weiterentwicklung eine Rolle gespielt, sagt Krings: „Sie wollen sich nicht verzetteln mit hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsposition unterkritischen Marktaktivitäten.“

Zudem habe die Bank im Niedrigzinsumfeld ihre Liquiditätshaltung optimieren und vor allem das Interbank-Geschäft mit hoher Tonnage und geringen Erträgen reduzieren wollen. Letztlich habe sie die Effizienz der Bilanz und die Risikodichte erhöht. Brachte die Luxemburg-Tochter 2016 noch 80 Mrd. Euro an Assets auf die Waage, so betrug die Bilanzsumme Ende 2019 nur mehr 30 Mrd. Euro.

Glauben an Europa

Die Bank reicht in Luxemburg nicht nur Kredite aus, sondern tritt auch als Treuhand-Emittent für Versicherer und Staatsfonds auf. Erst vor zwei Wochen ließ sie ein entsprechendes Medium-Term-Note-Programm, über das Anleger in Kredite etwa supranationaler Emittenten oder von staatlichen Garantien erfasste Darlehen investieren können, an der Börse in Luxemburg notieren. Damit setze man den Gedanken der Kapitalmarktunion in die Tat um, sagt Krings.

Dass die Begeisterung für ein Zusammenwachsen der Märkte in Europa in der Coronakrise erst einmal abgekühlt sein dürfte, streitet er nicht ab. Eine solche Repriorisierung von Themen sei nachvollziehbar, räumt er ein und erklärt zugleich: „Ich persönlich bleibe optimistisch, dass wir vielleicht sogar mehr Europa sehen werden, um die Nachwehen der Krise gemeinsam zu überwinden.“

Mit Blick auf die alternativen Anlagen, welche die Bank vermittelt, sieht Krings eigenen Angaben zufolge derweil nichts, was ihm in Sachen Risikovorsorgebedarf ins Auge fällt. Die Liquidität alternativer Assets sei bereits vor der Krise eingeschränkt gewesen. Die Anleger seien darauf eingestellt, sagt er. Da laute die Frage vor allem, ob Kredite Recourse, also mit zusätzlichen Rückgriffsrechten gegenüber den Eigenkapitalgebern, erteilt worden seien. Bei den Schiffen

wiederum, welche die Sparte Investment Bank strukturiert finanziere, handele es sich nicht um Frachter, Tanker oder sonstige Handelsschiffe, sondern eher Montagevehikel für Offshore-Windfarmen, hinsichtlich deren Wert man gelassen bleibe.

Entspannter schaut Krings auf das zweite Standbein Wealth Management. Neben dem Corporate Banking gibt es ansonsten nur das kleinere Investment Banking. Im Wealth Management wachse man weiterhin, sagt er, schweigt sich zu konkreten Angaben in Sachen verwalteter Mittel und Nettomittelzuflüsse indes aus. Bis einschließlich März hätten sich die Kundenvolumina erfreulich entwickelt, sagt er nur.

Im breiten Private-Wealth-Management-Geschäft halte der Druck an, konzidiert Krings. Eine Differenzierung im Wettbewerb strebt die Bank unter anderem an, indem sie Kunden im grenzüberschreitenden

Geschäft Anlagen in teurere, selbst genutzte Wohnimmobilien gemäß Wohnkreditimmobilien-Richtlinie anbietet. Ferner offeriert sie Kredit- und Brückenfinanzierungen im Falle verbindlicher Investitionszusagen von Versicherern und Pensionsfonds an Private Equity.

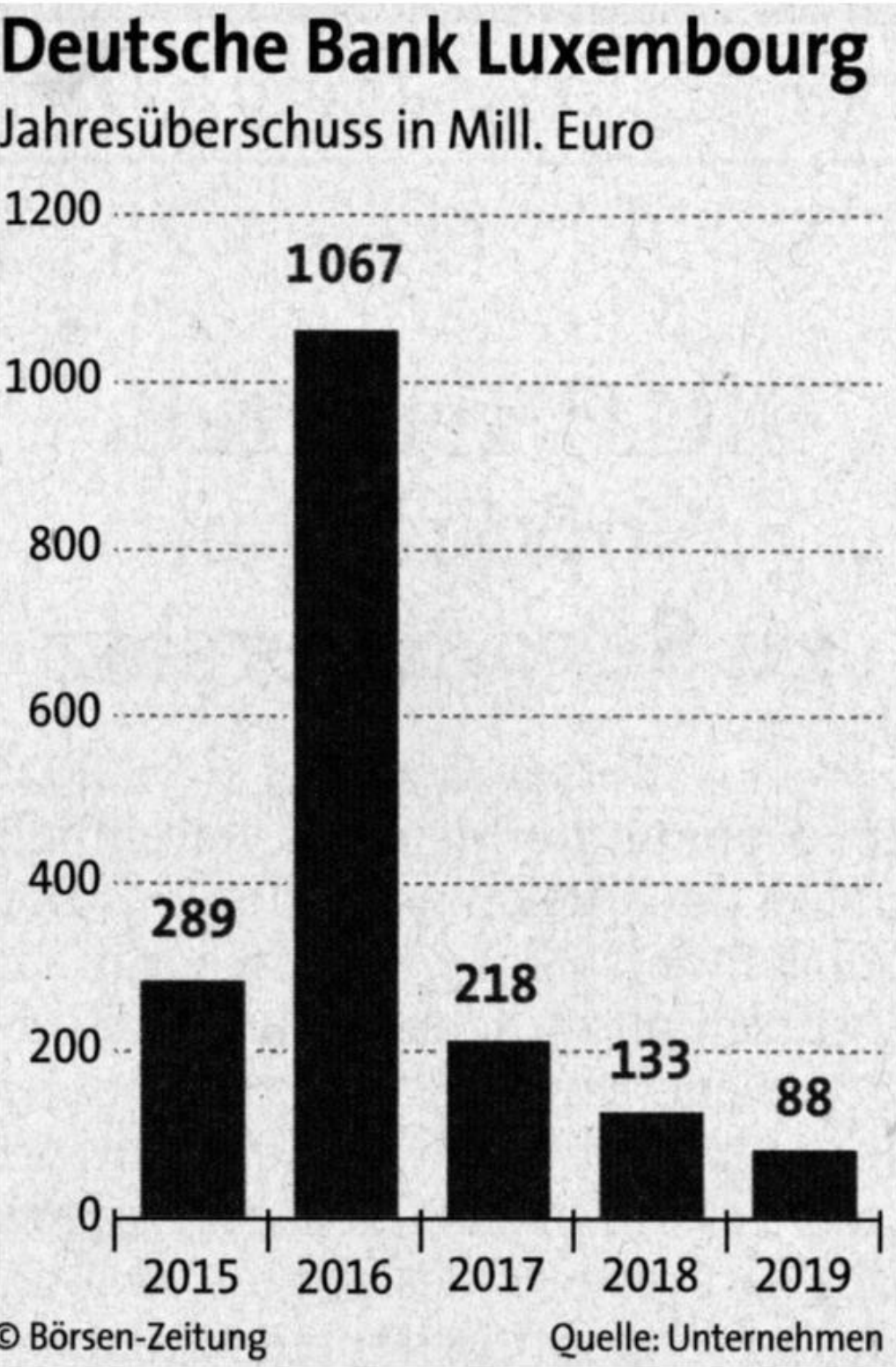
Unter Krings Agide hat die Bank in Luxemburg von 2016 bis 2018 zudem ihr knapp 40 Jahre altes Kernbanksystem durch eine cloudbasierte IT-Plattform des schweizerischen Anbieters Avaloq abgelöst, die an allen internationalen Standorten der Deutschen Bank im Wealth Management zum Einsatz kommt. Seither hat die Bank unter anderem das Wealth-Management-Geschäft des Konzerns in Österreich übernommen und bemüht sich Krings zufolge um Skalierbarkeit, was nach seinem Verständnis auch eine Digitalisierbarkeit bedeutet. Die Devestitionen nach seinem Amtsantritt können demnach

nicht die letzten gewesen sein: „Ist ein Geschäft nicht skalierbar und letztendlich digitalisierbar, müssen wir uns fragen, ob wir als Bank auf Dauer daran festhalten wollen“, gibt Krings als Losung aus.

ZUR PERSON
Restrukturierer

bn – Seit 2016 leitet Frank Krings die Deutsche Bank Luxembourg. Im Gespräch präsentiert sich der Manager, der von 2008 bis 2010 als Vorstandsmitglied von HRE und Deutscher Pfandbriefbank mit deren Restrukturierung betraut war, bevor er fünf Jahre lang als Deutsche-Bank-Länderchef nach Thailand ging, glänzend vorbereitet. Der Wirtschaftsingenieur wird im Konzern dem engeren Kreis von Vorstandschef Christian Sewing zugerechnet.

(Börsen-Zeitung, 26.5.2020)



Bilanzsumme der Banken springt über 900 Milliarden

FINANZPLATZ Corona-Krise treibt Kreditgeschäft an

Christian Müller

In der letzten großen Wirtschaftskrise waren es die Banken, die gerettet werden mussten. In der aktuellen Krise jedoch läuft das Geschäft der Finanzinstitute auf Hochtouren. Ihre Leistungen werden dringend benötigt. Im Monat März ist die Bilanzsumme der Luxemburger Banken stark in die Höhe geschneilt.

Im Monat März hat die Bilanzsumme der Luxemburger Banken die Marke von 900 Milliarden Euro überschritten. Um satte 59 Milliarden Euro ist sie in nur einem Monat gestiegen. Das ist ein Zuwachs von sieben Prozent, wie neue Zahlen der Zentralbank zeigen. Verglichen mit März 2019 beträgt die Steigerung 11,9 Prozent.

Ihren bisher absoluten Rekord hatte die Bilanzsumme der Luxemburger Banken, mit leicht mehr als 1.000 Milliarden Euro, im Oktober 2008, kurz nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers, erreicht. Doch bereits im Monat danach ging es abwärts. Einen Tiefpunkt erreichte sie im Februar 2014 bei 714 Milliarden. Die Marke von 800 Milliarden Euro wurde erst letztes Jahr wieder erreicht.

Die Bilanzsumme einer Bank ist die Summe der Aktiva bzw. Passiva des Instituts. Sie zeigt, wie groß das Volumen der Geschäfte ist, die die Bank tätigt, und wie sich das Geschäftsvolumen entwickelt. Ihr aktuelles Wachstum zeugt von einer Vielzahl an neuen Krediten, die derzeit von den 128 Luxemburger Kreditinstituten vergeben werden. Tausende Schuldenmoratorien wurden Unternehmen beispielsweise bereits gewährt.

Auch bei der Deutschen Bank Luxemburg (DBL), die dieses Jahr ihren 50. Geburtstag feiert, ist die Zahl der vergebenen Darlehen in den letzten Wochen sprunghaft angestiegen. Es würden derzeit zwei Drittel mehr Kredite gezogen als sonst, sagte Frank Krings, Vorstandsvorsitzender der DBL, letzte Woche im Rahmen einer Telefonkonferenz vor Journalisten. Das Kreditvolumen liege 21 Prozent über dem Vorjahr. „Das zeugt vom Finanzierungsbedarf bei unseren Unternehmenskunden“, sagte Krings.

Dass mit mehr vergebenen Darlehen und einer kommenden Rezession auch die Kreditrisiken steigen, ist dem Banker klar. Doch große Sorgen bereitet ihm das

nicht. Das Institut wolle „seine Kunden unterstützen“, so Krings. Und „Kredite vergeben ist unsere Daseinsberechtigung. Das ist, was wir tun. Das ist, wie wir helfen. Die Banken haben derzeit eine wesentliche Rolle zu spielen.“

Zudem wurden die Risikoabsicherungen in der Bilanz um 48 Millionen hochgefahren. Man habe genügend Kapital, erklärte der Bankchef. Die Zahl der Kreditausfälle werde in Zukunft wohl steigen, aber „ich denke nicht, dass wir eine Bankenkrise sehen werden“. Es gelte, vorsichtig zu sein und Risiken richtig zu managen. „Wir bleiben optimistisch.“

Eine ähnliche Zuversicht war auch bei den Jahrespressekonferenzen anderer Banken zu hören. Die Finanzinstitute sehen sich gut aufgestellt. „Als stabiles Finanzinstitut mit guten Eigenkapitalratios ist man bereit, sich der neuen Realität und ihren neuen Herausforderungen zu stellen“, sagte beispielsweise Françoise Thoma von der Spuerkeess. Bei der BGL BNP Paribas erklärte Geschäftsführer Geoffroy Bazin: „Wir sind bereit, eine Stütze in dieser Krise zu sein.“

Starker Rückgang bei Investmentfonds und Versicherungen

Zum 31. März 2020 belief sich das Luxemburger Fondsvermögen „nur“ noch auf 4.149,9 Milliarden Euro, wie neue Zahlen der Finanzaufsicht CSSF zeigen. Ein Rückgang von 11,11 Prozent verglichen mit den 4.668,7 Milliarden Euro von Ende Februar.

Zum Schrumpfen beigetragen haben sowohl die Entwicklung der angelegten Gelder an den Märkten (minus 390,6 Milliarden Euro) als auch der Rückzug von Investoren aus Fonds (minus 128,2 Milliarden Euro).

Für die Branche, die ein wichtiger Bestandteil von Luxemburgs Wirtschaft ist, hat sich innerhalb eines Monats mehr als ein Jahr Wachstum in Luft aufgelöst. Ende Januar 2020 lag das von den Fonds verwaltete Geldvolumen noch bei einem Allzeit-Rekordhoch von 4.789,8 Milliarden Euro.

Auch sind es nicht nur die Investmentfonds, die starke Rückgänge verbuchen. Der in den letzten Jahren eher erfolgsverwöhnte Versicherungssektor musste in den ersten Monaten des laufenden Jahres ebenfalls starke Einbußen hinnehmen. Im

ersten Quartal wurde ein Einbruch der Prämieinnahmen um 21,31 Prozent, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, verzeichnet. Das teilte die Aufsichtsbehörde „Commissariat aux assurances“ letzte Woche mit.

Der Rückgang habe jedoch keine Verbindung zu der aktuellen sanitären Krise, schreibt die Behörde weiter: Während Prämieinnahmen in den

Lebensversicherungssparten im Vergleich zum ersten Quartal 2019 um 37,3 Prozent zurückgingen, stiegen die Prämien im Bereich Sachversicherungen um 12,6 Prozent an. Die Gründe würden eher im bereits länger andauernden Niedrigzinsumfeld liegen, welches die Versicherer dazu bringe, kaum mehr noch „Produkte mit garantiertem Ertrag“ anzubieten, schlussfolgert die Behörde.

ING Luxembourg: Gutes Ergebnis 2019

Luxemburg. ING Luxembourg meldet einen Rekordumsatz für 2019. Das Unternehmen setzte im vergangenen Jahr 321 Millionen Euro um, eine Steigerung von zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Gewinn lag bei 116 Millionen Euro und damit knapp unter dem

Rekordergebnis aus dem Jahr 2018. Für 2020 verfolge es die „Entwicklungen in der Corona-Pandemie aufmerksam und ergreift alle notwendigen Maßnahmen, um das Wohlergehen ihrer Mitarbeiter zu schützen und um potenzielle geschäftliche Auswirkungen zu verhindern“, teilte das Unternehmen am Montag mit.

ThK

China, Nachhaltigkeit, Innovation

Luxemburger Börse verzeichnet positive Geschäftsergebnisse und trotz der Corona-Krise

Von Mara Bilo

Leicht gestiegener Umsatz, plus 20 Prozent beim Nettogewinn – die Luxemburger Börsengruppe kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurückblicken. Bei der virtuellen, Corona geschuldeten Vorstellung der Jahresergebnisse zeigte sich der Präsident des Verwaltungsrats Frank Wagener gestern zufrieden. Die Gruppe, die aus der Luxemburger Börse und ihrer hundertprozentigen Tochtergesellschaft Fundsquare besteht, meldet einen konsolidierten Umsatz von 48,5 Millionen Euro – plus ein Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Nettogewinn liegt bei 13,5 Millionen Euro, was einem Anstieg von 20 Prozent gegenüber 2018 entspricht. „Ein Rekord“, kommentierte der CEO der Börse, Robert Scharfe. Die Dividende bleibt mit 60 Euro je Aktie unverändert im Vergleich zum Vorjahr.

Im Jahr 2019 hatte die Börse einen großen Wert auf die Digitalisierung und technologische Innovationen gelegt. Was sich angesichts der aktuellen Situation als Segen erwiesen hat: „In Rekordzeit“, so Scharfe, konnte die Arbeit von 97 Prozent der Mitarbeiter – insgesamt gab es Ende Dezember bei der Luxemburger Börse 124 Angestellte – ins Homeoffice verlagert werden. Weiter beschäftigte sich die „Bourse de Luxembourg“ im vergangenen Jahr mit der Diversifizierung ihrer Tätigkeiten und stärkte die Zusammenarbeit mit FinTechs. Ende Dezember hatte die Börse einen Zehn-Prozent-Anteil des Londoner Start-up-Unternehmens Ori-

gin erworben – die Firma bietet eine Alternative zu den „umständlichen und zeitaufwendigen Arbeitsabläufen, die den aktuellen Prozess der Anleiheemission charakterisieren“, wie es damals hieß.

80 000 Schutzhandschuhe

Trotz Corona-Krise läuft die Zusammenarbeit mit den strategischen Partnern der Börse derzeit weiter. Beispiel China: In der Regel ist Robert Scharfe fünf bis sechs Mal pro Jahr dort unterwegs, um das Vertrauensverhältnis zwischen den Finanzplätzen weiter auszubauen: „Dieser Austausch findet derzeit natürlich nur per Videokonferenz und anderen Wegen statt. Dennoch arbeiten wir weiterhin intensiv an der Umsetzung der Projekte, auf die wir uns bereits mit unseren Partnern in China geeinigt hatten.“ Damit gebe es keine negativen Folgen auf die laufenden Geschäfte mit China durch die mit Covid-19 verbundenen Reisebeschränkungen, so der Chef der Börse. „Dennoch hoffen wir, dort bald wieder arbeiten zu können.“

Beispielhaft für die guten Geschäftsbeziehungen mit China ist die Tatsache, dass die Luxemburger Börse in Zusammenarbeit mit der Börse von Shanghai rund 40 000 Schutzhandschuhpaare an das Großherzogtum übergeben hat. „Eine gemeinsame Spende“, sagt Scharfe.

Aufgrund der aktuellen Situation in den Hintergrund geraten, stehen auch weiterhin die offenen Fragen rund um Brexit im Zentrum der Diskussionen bei der Luxemburger Börse – immerhin ist

der Londoner Finanzplatz ein wichtiger Partner Luxemburgs. „Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs wird voraussichtlich durch die Corona-Pandemie stark leiden“, so Scharfe. Die Gefahr: Dass London nun – um die wirtschaftlichen Schäden wettzumachen – nach anderen Regeln und Standards als die Europäische Union arbeitet, was die Konkurrenzfähigkeit gefährden könnte.

Grüne Finanz hat Zukunft

Bei der Luxemburger Börse wird auch in Zukunft Nachhaltigkeit großgeschrieben; mit der Plattform für grüne Finanzinstrumente – die „Luxembourg Green Exchange“, kurz: LGX – hat die Börse Nachhaltigkeit ohnehin zu ihrem Markenzeichen gemacht. Auf der LGX sind bis zum 30. April 2020 Anleihen in Höhe von mehr als 268 Milliarden Euro gehandelt worden, wie Julie Becker, Deputy-CEO der Börse, gestern erklärte: „Allein im vergangenen Geschäftsjahr sind Wertpapiere in Höhe von 80 Milliarden Euro dazugekommen.“ Interessant zu bemerken, im Kontext der Corona-Krise: Während der Anteil an rein „grünen“ Anleihen in den vergangenen Monaten nicht so stark zugenommen hat wie erwartet, ist der Anteil an „social“ Anleihen gestiegen. Der Grund dafür ist das Virus; es wurden bereits Anleihen in Höhe von 20 Milliarden in Zusammenhang mit Covid-19 auf der LGX herausgegeben. Ein Teil des Geldes wird für medizinische Versorgung gebraucht.

Finanzplatz Luxemburg sorgt sich um Europa

Studie: Globalisierung wird sich verlangsamen

maF. FRANKFURT. Die Corona-Krise schürt am Finanzplatz Luxemburg Sorgen um Europa und die Globalisierung. In einer dieser Zeitung exklusiv vorliegenden Umfrage der Finanzplatzinitiative Luxembourg for Finance rechnen 80 Prozent der insgesamt 183 befragten Führungskräfte und Entscheider aus Luxemburger Finanzunternehmen damit, dass sich die Globalisierung durch die Corona-Krise dauerhaft verlangsamen wird. Mehr als die Hälfte erwartet durch die Pandemie eine stärkere Fragmentierung des EU-Marktes. Immerhin gehen 35 Prozent von einem Schub in Richtung stärkerer Integration aus.

Mit Blick auf Europa lobt der Chef der Finanzplatzinitiative, Nicolas Mackel, die Einigung zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron auf den europäischen Wiederaufbaufonds im Volumen von 500 Milliarden Euro. „Alles was Europa und das Vertrauen in den Euro stärkt, ist richtig und deshalb zu begrüßen“, sagt Mackel im Gespräch mit der F.A.Z. Den Ländern zu helfen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind, sei wichtig für den Zusammenhalt in Europa. Die Einigung zwischen Deutschland und Frankreich zeige, dass Europa in der gegenwärtigen Krise zusammenarbeite. Am Anfang der Krise war das nach seinen Worten nicht überall zu erkennen.

Als die Diskussion sich noch um gemeinsame Corona-Anleihen, also Euro-

bonds, gedreht hatte, sprach sich Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna dafür aus. Der Zusammenhalt in Europa steht im Großherzogtum ganz oben, auch wenn das kleine Land mit sauberen Staatsfinanzen und hohem Wohlstand kein Interesse haben kann, für die Schulden südeuropäischer Länder geradestehen zu müssen. Auch der EU-Austritt Großbritanniens wird in Luxemburg als großer Verlust wahrgenommen. Schließlich verliert der dortige Finanzplatz mit London einen wichtigen Partner. „Die Umfrage hat unsere Erwartungen bestätigt: Am Finanzplatz gelten die größten Sorgen der Globalisierung und der Zukunft Europas“, sagt Mackel. Sowohl als Land wie auch als Finanzplatz sei Luxemburg auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtet. „Daher kann es uns natürlich nicht gefallen, wenn die großen Volkswirtschaften wieder Grenzen hochziehen. Im Großherzogtum macht sich nach Wahrnehmung von Mackel inzwischen ein vorsichtiger Optimismus breit, angesichts der Tatsache, dass das Gesundheitssystem der ersten Welle der Pandemie standgehalten habe. „Es ist uns klar, dass die Corona-Krise noch nicht ausgestanden ist und dass auch und besonders in wirtschaftlicher Hinsicht noch ein Großteil vor uns liegt.“

In der Umfrage gehen drei Viertel der Befragten davon aus, dass die Rückkehr der Wirtschaft zum Vorkrisenniveau mindestens ein Jahr dauert, gut ein Drittel rechnet sogar mit zwei bis

drei Jahren. 40 Prozent rechnen mit einer Anpassung der eigenen Strategie als Corona-Folge. Mehr als jeder Zweite sieht nachhaltige Finanzanlagen als wichtige Quelle für künftiges Wachstum. Dies schreiben 60 Prozent der Digitalisierung zu. Sieben von zehn Luxemburger Finanzdienstleister erwarten rückläufige Einkünfte und rund die Hälfte sinkende Gewinne. Liquiditätsprobleme sieht nur eine Minderheit von 8 Prozent auf sich zukommen.

Das Großherzogtum Luxemburg ist als Finanzplatz vor allem im Fondsgeschäft eine führende Adresse. Mit fast 15 000 Fonds und einem verwalteten Vermögen von 4,4 Billionen Euro ist Luxemburg hinter den Vereinigten Staaten der zweitwichtigste Fondsstandort in der Welt. Jedoch ist das Großherzogtum in erster Linie Standort für die Fondsverwaltung. Die Anlageentscheidungen werden an großen Finanzplätzen wie Frankfurt oder Paris getroffen. Für Luxemburg spricht natürlich auch ein günstiges Steuerumfeld sowie eine Aufsicht, die sich verpflichtet fühlt, den Finanzplatz zu fördern. Früher waren die Steuervorteile der wesentliche Grund, warum sich Fondsgesellschaften dort angesiedelt haben. Diese Vorteile spielen heute nur noch eine nachgeordnete Rolle, aber die vor Jahrzehnten aufgebauten Kapazitäten an qualifizierten Mitarbeitern, Beratern und Anwälten bleiben ein wichtiger Vorteil.

Das hilft auch in Zukunftsthemen: Für alternative Anlagen wie Unternehmensbeteiligungen oder Infrastruktur ist das Großherzogtum der führende Platz in Europa. Zudem haben sich mit Paypal, Amazon Pay, Rakuten oder dem Zahlungsdienst von Airbnb auch prominente Fintechs dort niedergelassen.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Gratis besser durch die Krise

Europaweit brechen dem öffentlichen Nahverkehr die Einnahmen weg – Luxemburg hat Glück im Unglück

Von Marlene Brey

Was für ein Timing: Nur 16 Tage, nachdem Luxemburg am 1. März den Gratis-Nahverkehr eingeführt hat, kommt der Lockdown. Dabei sollte es doch das Jahr für den öffentlichen Transport werden. Aber von einem Tag auf den anderen sind Busse und Züge so leer wie nie zuvor. Ein riesiger Flop für die in den Medien gefeierte Weltpremiere – das zumindest könnte man meinen. Doch Luxemburg hat Glück im Unglück: Denn die Nachfrage nach dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist in ganz Europa zusammengebrochen. Während das Geld aus dem Ticketverkauf in anderen Ländern Löcher in die Kassen reißt, ist Luxemburg das Land, das offiziell vom Ticketverkauf unabhängig ist. Die meisten Ticketautomaten sind längst abmontiert. Die Kosten: 41 Millionen Euro pro Jahr, finanziert aus Steuermitteln.

Nahverkehr als Gefahrenzone

Fest steht, die Einführung des Gratis-Nahverkehrs war anders geplant. Denn nach der Devise „Bleibt doheem“ blieben in der Corona-Krise auch die Fahrgäste weg. Wer weiterhin zur Arbeit fahren muss, nimmt die öffentlichen Verkehrsmittel nur dann, wenn es unbedingt sein muss. Mit der Pandemie wird der öffentliche Raum zur Gefahrenzone und somit auch der öffentliche Nahverkehr. Dabei sollte die Zahl der Fahrgäste steigen. Vor allem sollten die Autofahrer umsteigen: vom Individualverkehr auf den ÖPNV. Zunächst sieht es so aus, als würde die Mobilitätswende auch gelingen. Vor dem 1. März befördert die Tram 31 000 Fahrgäste pro Tag. Nach dem Stichtag steigt die Zahl schnell auf 34 000. Das ist der erwünschte Trend. Der Lockdown setzt ihm am 16. März ein Ende.

Im April zählt Luxtram nur noch 2 000 Fahrgäste pro Tag. Auch im Süden des Landes meiden die Menschen den ÖPNV. Auf der Linie 1 zwischen Esch und Differdingen sitzen Anfang März durchschnittlich 35 Fahrgäste in einem Bus. Nach dem Lockdown sind es noch acht. Die Entwicklung in Luxemburg ist exemplarisch. In manchen europäischen Städten sind die Fahrgastzahlen um bis zu

95 Prozent zurückgegangen, wie das Mobility Institute Berlin (MIB) zeigt. Das Problem: Mit der Corona-Krise ist die Nachfrage bei Bus und Bahn weggebrochen. Laut dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) haben diese im März und April monatlich bis zu einer Milliarde Euro an Fahrgeldeinnahmen verloren. Das Angebot aber muss aufrechterhalten bleiben. Und zwar mit vielen Fahrzeugen, um den Sicherheitsabstand zu gewährleisten. Wirtschaftlich ist das nicht tragbar. Im Nachbarland wird daher diskutiert, wer für den ÖPNV zahlt. In Luxemburg ist die Antwort eindeutig: der Staat.

Luxemburg als Vorreiter

„Andere Länder verstehen jetzt, dass der öffentliche Transport eine öffentliche Dienstleistung sein muss und dass sie massiv investieren müssen“, sagt Mobilitätsminister François Bausch (Déi Gréng) gegenüber dem Luxemburger Wort. Hierzulande stehen nicht nur die Investitionen, es besteht auch Klarheit über die Stoßrichtung. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt nicht mehr. „Wir fahren heute wie früher, wohl wissend, dass weniger Fahrgäste mitfahren“, sagt TICE-Direktor Steve Arendt. Schon während des Lockdowns setzt das Bussyndikat größere Busse für weniger Fahrgäste ein. Die Passagiere sollen sich besser verteilen. „Dafür gab es auch Kritik“, sagt Arendt. „Aber es kann doch nicht sein, dass Krankenschwestern, Putzfrauen oder Kassiererinnen zwölf Stunden arbeiten und sich dann auch noch ein Taxi nehmen müssen“. So wurde es auch gleich zu Beginn vom Ministerium kommuniziert: Gesundheit und Sicherheit haben im öffentlichen Transport Vorrang. Also passen die Mitarbeiter bei TICE, Luxtram oder CFL den Betrieb an die Krise an. „Das war bei uns nicht anders als in Supermärkten oder im Krankenhaus“, sagt Arendt.

„Oft besteht die Meinung, dass der Nahverkehr nach privatrechtlichen Rentabilitätskriterien funktionieren soll. Wir sehen ihn als Dienstleistung, die wir dem Bürger anbieten, damit die Gesellschaft funktioniert. Das bedeutet, wir betrachten den makroökono-

mischen Mehrwert und nicht den betriebswirtschaftlichen“, heißt es aus dem Ministerium. Auch bei CFL und Luxtram fährt man das Angebot daher stetig hoch. In den Türen der Tram stecken Sensoren, die das Fahrgastaufkommen messen. Steigt die Zahl, steigt der Takt, in dem die Bahnen fahren.

In der Pandemie ist der Gratis-Nahverkehr zwar ganz anders angelaufen als gedacht. Dennoch ist er ein Erfolg, von dem auch die lokale Wirtschaft profitiert. Der Staat arbeitet etwa mit dem Busunternehmen Sales-Lentz zusammen. Während dessen Reisesparte hart von der Corona-Krise getroffen wurde, sichert der RGTR-Vertrag die Einnahmen aus dem öffentlichen Personennahverkehr. Dieser wird als „activité existentielle“ angesehen. Das Unternehmen muss den Transport gewährleisten. Der Staat zahlt, was vereinbart war. „Das war in der gesamten Krise ein wichtiges Einkommen“, sagt Gesellschafter Marc Sales.

Die Unabhängigkeit von Tickets bringt sogar bei der Eindämmung der Pandemie Vorteile. Zum einen fällt der Fahrkartensystem als Infektionsherd weg. Zum anderen müssen die Fahrer keine Tickets kontrollieren, werden so selbst besser geschützt und nicht so leicht zu sogenannten Superspreadern. Diese gesundheitliche Sicherheit wird über die künftige Passagierzahl mitentschieden. Daher wird auch für die Reinigung der Fahrzeuge „viel Geld in die Hand genommen“, wie die CFL betont. Gleichzeitig bleibt ein Problem: CFL, TICE und Luxtram räumen ein, den Sicherheitsabstand in ihren Fahrzeugen nicht garantieren zu können. Schutzmasken sollen das ausgleichen.

Die Spätfolgen der Pandemie

Wegen der bleibenden Infektionsgefahr gehen Experten davon aus, dass die Corona-Krise längerfristige Konsequenzen für den ÖPNV haben wird. Die Nachfrage steigt zwar wieder, könnte in den kommenden Monaten aber unterhalb des Vorkrisenniveaus bleiben. Das Auto könnte zum Krisengewinner werden. Das wäre der Albtraum für Luxemburgs Mobilitätswende. Schon Mitte Mai zeigt sich: Der

Stau kehrt langsam ins Straßenbild zurück. Die Macher der Wende bleiben optimistisch. Der ÖPNV ist mehr als Transport, sagt André von der Marck, Generaldirektor von Luxtram. Er verändere, wie sich Menschen in der Stadt bewegen. Das bleibe in der Corona-Krise entscheidend. Bus und Tram bringen der Innenstadt die Besu-

cher, die Cafés, Restaurants und Einzelhandel in der Wirtschaftskrise nach der Gesundheitskrise so dringend brauchen.

● *Wir sehen den*
● *Nahverkehr als*
Dienstleistung.

François Bausch

● *Es kann nicht sein,*
● *dass sich*
Krankenschwestern
ein Taxi nehmen
müssen.

Steve Arendt

LuxairGroup mit neuem Chef und guter Bilanz

PERSONALIE Gilles Feith als Generaldirektor bestätigt

Der Verwaltungsrat der Luxair-Group hat heute per einstimmigem Beschluss vollzogen, was er bereits angekündigt hatte: Gilles Feith tritt am 1. Juni die Nachfolge von Adrien Ney als Generaldirektor der Gruppe an. „Gilles Feith ist seit 2014 Direktor des staatlichen Zentrums für Technologie und Information und wurde dann zum Regierungsberater im Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten im Verteidigungsministerium ernannt“, stellt LuxairGroup ihre Auswahl in einer Mitteilung vom Dienstag vor.

Vor 2014 bekleidete Feith eine Reihe von Führungspositionen im luxemburgischen Ministerium für öffentliche Dienste, bei „Post Telecom“ (dem öffentlichen Telekommunikationsbetreiber Luxemburgs) und bei globalen

Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Die LuxairGroup bündelt die Fluggesellschaft Luxair, den Reiseveranstalter Luxair Tours, den Luftfracht-Beförderer Luxair Cargo sowie den Branchen-Dienstleister Luxair Services.

In ihrem ebenfalls heute veröffentlichten Jahresbericht für 2019 weist die Gruppe einen Nettogewinn von 8,1 Millionen Euro aus – und das, obgleich man 2019 ein Prozent weniger Flugpassagiere als 2018 habe feststellen müssen. Allgemein habe man so den Wachstumskurs der vergangenen Jahre beibehalten können: „Die neue dynamische und flexible Preispolitik konnte einen deutlichen Ergebnisrückgang im Vergleich zu 2018 eindämmen“, heißt es der Mitteilung.

Dennoch bleibe die Leistung des Unternehmens (operatives Er-

gebnis: minus 2,6 Millionen Euro) aufgrund des komplizierten wirtschaftlichen Umfelds und des Wettbewerbs sowie aufgrund von Rentabilitätsproblemen auf einigen seiner Strecken negativ. Stolz wird vermerkt: „Im Jahr 2019 erhielt Luxair Auszeichnungen für die Qualität ihrer Dienstleistungen und bleibt eine der letzten großen regionalen Fluggesellschaften, die noch immer in Europa tätig sind. Der Auslastungsfaktor der Fluggesellschaft blieb mit 64 Prozent stabil.“

Der Präsident des Verwaltungsrats dankt in der Mitteilung Adrien Ney für seine 15-jährige Tätigkeit. Gilles Feith soll sein Amt am 1. Juni antreten. Den Tag kann der Luxemburger dann doppelt feiern: Er wird dann auch 44 Jahre alt.

fgg

Flughäfen der Region legen wieder los

Passagierverkehr läuft ab Ende Mai an – auch bei LuxairTours endet die Zwangspause

Lautzenhausen/Saarbrücken. Nach einer mehrwöchigen Zwangspause wegen der Corona-Pandemie rechnet der Hunsrück-Flughafen Hahn Mitte Juni mit einem Neustart seines Passagierverkehrs. Nach der erwarteten Aufhebung der weltweiten Reisewarnung für deutsche Touristen in der EU am 14. Juni zugunsten individueller Reisehinweise für einzelne Länder würden wieder regelmäßige Passagierflüge erwartet, teilt

Christoph Goetzmann, Mitglied der Hahn-Geschäftsführung, der Deutschen Presse-Agentur mit.

Die Corona-Hygieneregeln würden strikt beachtet. Der Europa-Tourismus werde allerdings vorerst deutlich unter Vor-Corona-Niveau anlaufen. Gewöhnlich fliegen die Passagier-Airlines Ryanair, Wizz Air und Air Serbia den Flughafen Hahn an. Der größte rheinland-pfälzische Airport gehört zu 82,5 Prozent dem chinesischen Großkonzern HNA und zu

17,5 Prozent dem Land Hessen.

Neue Airlines auf dem Hahn

Der abgelegene und defizitäre Flughafen Hahn gleicht gegenwärtig einem Geisterflughafen: Die Cafés und Geschäfte im Terminal sind geschlossen. Allerdings hat er sich nach Darstellung seines Managers Goetzmann in Pandemiezeiten zu „einem der führenden deutschen Frachtflughäfen“ entwickelt, etwa für die Abwicklung

von Flügen mit Corona-Schutzkleidung. „Neue Logistikunternehmen und Airlines haben uns entdeckt“, sagt Goetzmann. Der Hahn besitzt eine Nachtfluggenehmigung.

Der Flughafen Saarbrücken kündigt an, dass die Airline Danish Air Transport (DAT) am 2. Juni ihren Flugbetrieb zwischen der saarländischen Landeshauptstadt und Berlin wiederaufnehmen werde. dpa

Neustart bei Luxair und LuxairTours

LuxairTours rüstet sich nach wochenlangem Stillstand für den Start in die Sommersaison in Europa: Am 31. Mai geht es wieder los, wie Luxair mitteilte. Ursprünglich war der 13. Juni vorgesehen. Zunächst ist das Reiseziel Faro (Portugal) Teil des Angebots. Anfang der Woche hatte die Airline bereits angekündigt, Ende Mai

den Betrieb auf manchen Strecken wieder aufnehmen zu wollen. Nach der Corona-Pause wird das Unternehmen ab dem 29. Mai wieder Passagiere auf zunächst fünf Strecken empfangen: Stockholm, Lissabon, Porto, Hamburg und München – das Flugnetz soll bald ausgedehnt werden. LW

„Auf Vorkrisen-Niveau“

Das Frachtgeschäft bei Luxair läuft gut, von einem Boom kann aber nicht die Rede sein

Von Marco Meng

Dass zu Beginn der Viruskrise der Betrieb des Cargo-Zentrums wegen Personalausfalls arg strauchelte, hatte wohl auch personelle Konsequenzen. So übernahm vor Kurzem der bisherige Vize Fabrice Beneduci die Verantwortung für das Frachtgeschäft der Luxair-Gruppe. „Wir arbeiten jetzt mit voller Energie daran, eine optimale Situation zu erreichen“, sagt er. Kurzfristig kann das Cargo-center tatsächlich weiterhin mit guten Volumina rechnen. „Die Voraussagen für die nächsten drei Monate sehen gut aus und sind auf dem Niveau vor der Krise“, so Beneduci. Kurzfristig sind die Aussichten also gut. LuxairCargo betreibt das Cargo-center des Luxemburger Flughafens und wickelt hier das gesamte Frachtgeschäft des Airports ab.

Laut Weltluftfahrtverband IATA sind bis kommenden 30. Juni weltweit 4,5 Millionen Flüge storniert worden, was für die Airlines einen Verlust von 314 Milliarden Dollar bedeutet. Passagierverkehr fand seit März kaum noch statt, auch nicht am Luxemburger Flughafen, wo der Linienverkehr Ende der Woche wieder langsam anrollen soll.

Das Luftfrachtgeschäft läuft hingegen gut. Manche sagen sogar, es boomt – aber das ist nur bedingt richtig. „Unsere Flugzeuge sind alle im Einsatz“, teilt Cargolux dazu mit. Gab es zu Beginn der Krise einen Einbruch, als das Corona-Virus Europa erreichte und Unternehmen kurzzeitig Handel und Produktion einstellten, so ist seit dem Wiederaufstart der Industrie in China auch der Luftfrachttransport durchgestartet. Profitieren kann das Cargogeschäft dabei auch vom Onlinehandel, der wegen der Lockdown-Beschränkungen zulegte.

Cargolux fliegt,
Passagiermaschinen am Boden

„März war ein verheerender Monat für die Luftfahrt“, sagte IATA-Direktor Alexandre de Juniac. Am schlimmsten waren die Einbrüche in der Asien-Pazifik-Region und in Europa. Viele Airlines haben ihren Flugbetrieb ganz oder größtenteils eingestellt; sie, aber auch manche Flughäfen, überleben die

Krise nur mit Staatshilfen.

Während die Luxair-Gruppe als Ganzes von März bis Juni kräftige Einbußen verzeichnet, erfreut sich Cargolux guter Auslastungen, was auch daran liegt, dass fast alle Passagiermaschinen derzeit am Boden sind. Dazu muss man wissen, dass in normalen Zeiten unter den Füßen der Passagiere im Laderaum sogenannte „Beiladefracht“ transportiert wird. Rund 40 bis 50 Prozent der durch die Luft transportierten Güter werden üblicherweise auf diese Weise transportiert; den Rest befördern reine Luftfrachtflugzeuge wie die von Cargolux. Heute bewegen sie allein sämtliche Güter durch die Luft.

„Mit dem Startverbot für die Mehrheit der Langstreckenflugzeuge verschwanden erhebliche Ladekapazitäten vom Markt“, erklärt Cargolux dazu. „Viele Fluggesellschaften setzen ihre Passagierflugzeuge nun jedoch als Frachtflugzeuge ein, was dazu beiträgt, den Mangel an benötigter Kapazität zu verringern.“

Am Ende des Jahres könnte unter der Cargolux-Bilanz ein leicht negatives oder nur ein knappes positives Ergebnis stehen. Man müsse berücksichtigen, so Cargolux-Präsident Paul Helminger kürzlich gegenüber dem Radiosender 100,7, dass für den Rest des Jahres Rezession herrsche. Gerade die auch für Cargolux wichtigen Märkte China, USA und Europa straucheln.

Helminger denkt sogar, dass eine Lokalisierung die langfristige Folge der Krise sein könnte. Dann bräuhete Cargolux nicht mehr alle Maschinen, die die Gesellschaft heute hat.

Ob das tatsächlich ein langfristiger Trend ist, dafür gibt es keine eindeutigen Indizien. Kurzfristig hat jedoch vor allem der Bedarf an Medizinausrüstung zu neuen Verbindungen nach China geführt. So hat erst im Mai der Logistiker DB Schenker, der auch am Findel aktiv ist, eine neue, tägliche Luftfrachtverbindung zwischen Schanghai und München eingerichtet. Schenker nutzt dafür umgerüstete Passagiermaschinen B 767 von Icelandair. Inzwischen haben das einige Gesellschaften so gemacht. Da Frachtkapazitäten

gebraucht werden, Passagiere aber momentan nicht fliegen, wurden aus manchen Flugzeugen die Sitze entfernt, um wenigstens mit dem Fliegen von Päckchen und Paketen Geld zu verdienen.

Von Mitte März bis Mitte April brachte Cargolux nur für den Gebrauch in Luxemburg 768 Tonnen an medizinischen Gütern nach Luxemburg. Zusätzlich hatte die Luftfrachtgesellschaft im April 76 Charterflüge mit medizinischem Material in Europa und den USA.

Frachtumschlag im Cargo-center
wieder auf „Normalniveau“

Nach dem Einbruch des Frachtaufkommens Februar/März hat der Umschlag im Cargo-center in Findel mittlerweile wieder Vorkrisenniveau erreicht, das heißt Volumina wie im Vorjahr.

Wenn von einem „Frachtboom“ gesprochen wird, täuscht das darüber hinweg, dass es tatsächlich kein Mehr an Luftfracht ist, das jetzt transportiert wird, sondern allenfalls ein Wiedererreichen der Volumina, wie man sie vor der Virusepidemie hatte. Die Tatsache, dass die rund 1300 Beschäftigten im Cargo-center zeitweilig kaum mit der Arbeit nachkamen, lag vor allem darin begründet, dass viele vom Recht auf „congé pour raisons familiales“ für die Kinderbetreuung wegen der Pandemie Gebrauch machten, nicht aber daran, dass mehr Fracht als zuvor am Findel ankämen.

Im letzten Jahr ließ das Luftfrachtgeschäft bereits nach, weil sich die Konjunktur abflachte. Dann kam die Viruskrise. „Da ging es 20 bis 30 Prozent nach unten“, sagt Joe Schroeder, Pressesprecher von Luxair.

Die große Frage ist nun, ob das Geschäft anhält oder nur ein Strohfeuer ist. Die Voraussagen der Kunden des von Luxair betriebenen Cargo-centers sind jedenfalls gar nicht so schlecht, wie von Luxair zu erfahren ist. Demnach könnte es für das Frachtaufkommen am Findel sogar ein gutes Jahr werden. Im Rekordjahr 2018 wurden am Luxemburger Flughafen noch 957 000 Tonnen Fracht umgeschlagen, 2019 waren es 880 000 Tonnen. Prognosen für das laufende Jahr wagt aber niemand. Wie sich das Geschäft beim

FrachtcARRIER Cargolux entwickelt, bleibt demzufolge ebenso ungewiss. Wenn ab Juni europaweit Verkehrsflugzeuge wieder starten, werden jedenfalls dort wieder Frachtkapazitäten frei, was Cargolux einige Aufträge kosten könnte. „Zu diesem Zeitpunkt gibt es auf dem Markt noch immer eine starke Nachfrage nach Kapazi-

täten“, teilt Unternehmenssprecherin Moa Sigurdardottir mit. Was die zweite Jahreshälfte bringen werde, lasse sich aber schwer voraussehen. Alles hänge nun davon ab, wie gut die staatlichen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft greifen, ob sich Branchen wie die Automobilwirtschaft wieder fangen und ob es im

Herbst eine zweite Epidemiewelle geben wird oder nicht.

● *Die Voraussagen*
● *für die nächsten*
drei Monate sehen
gut aus.

Fabrice Beneduci, LuxairCargo

Park & Rides unter Strom

Bis Ende dieses Jahres sollen zahlreiche weitere Stellplätze mit öffentlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge ausgerüstet sein

Luxemburg. Rund 266 der insgesamt 400 Chargy-Ladestationen für Elektrofahrzeuge sind zurzeit installiert, dies in 93 von insgesamt 102 Gemeinden. In seiner Antwort auf eine parlamentarische Frage der LSAP-Abgeordneten Yves Cruchten und Georges Engel gibt Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) weitere Erläuterungen zum aktuellen Stand des Ladenetzes.

So sind 82 weitere Stationen bereits konkret in Planung, bei 45 weiteren muss nur noch das Abkommen zwischen den Gemeinden und dem Netzbetreiber unterschrieben werden.

Von den weiteren 400 Chargy-Stationen, welche an den Park & Ride-Parkings vorgesehen sind, sind deren zurzeit 79 in Betrieb, dies an 13 Standorten in elf Gemeinden. Laut Turmes sollten bis Ende des Jahres alle operatio-

nellen Stellplätze ausgerüstet sein. Auch ultraschnelle Ladestationen sind derzeit in Planung, den Vortzug erhalten aber Systeme, die mit den Chargy-Stationen kompatibel sind.

Allgemein bevorzugt die Regierung das Chargy-System, weil es über eine intelligente und harmonisierte Steuerung verfügt, die das Stromnetz vor Überlastung schützt. Allerdings steht es jedem Anbieter frei, seine eigene Ladestation öffentlich einzurichten.

Tarife können schwanken

Was die Stromtarife der einzelnen Anbieter betrifft, so ergeben sich diese aus den Investitions- und Unterhaltskosten der Netzbetreiber. Die Tarife können also je nach Angebot schwanken. Die einzelnen Angebote können auf der Webseite chargy.lu eingesehen werden. In jedem Fall aber stammt

der eingespeiste Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen, so Claude Turmes.

Was die privaten Anschlüsse in Wohnungen betrifft, so müssen dort Stationen ab sieben Kilowatt Leistung eine Genehmigung bei ihrem Netzbetreiber einholen. Generell werden dann in einem Einfamilienhaus bis zu 40 Ampere pro Phase genehmigt.

Das Risiko, dass das Stromnetz überlastet wird, wenn in einer Straße zu viele Autos zur gleichen Zeit laden, sieht Turmes nicht. Zum einen regeln intelligente Stromzähler den Ladefluss so, dass keine Überlastungen entstehen. Zum anderen ist der Gesamtstromverbrauch dieser Autos eher gering: Selbst wenn 2030 jeder zweite Wagen elektrisch fahren würde, so würden diese 240 000 Fahrzeuge bei einer Jahresfahr-

leistung von 12 000 Kilometern 520 Gigawattstunden verbrauchen. Das wären gerade einmal acht Prozent des Gesamtjahresverbrauchs in Luxemburg.

Turmes geht auch auf die Ladeverteilung ein, falls zahlreiche Autos zum gleichen Zeitpunkt geladen werden sollen. Stehen 20 Stationen zu jeweils 22 Kilowatt zur Verfügung, so werden die ersten zehn Wagen mit der vollen Leistung geladen.

Wird ein elftes Auto angeschlossen, so wird die Ladeleistung sämtlicher Stationen auf 20 Kilowatt gedrosselt. Dieses Prinzip wird auch bei Schnellladestationen angewendet. Es aber bleibt immer gesichert, dass die Akkus mit einer vernünftigen Grundleistung versorgt werden. jag

► www.chargy.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

Ärzte made in Luxembourg

Lange hat es gedauert, im September ist es nun endlich so weit. Das erste komplette Bachelor-Studium in Medizin wird starten. Prof. Dr. Gilbert Massard, Leiter der medizinischen Ausbildung, erklärt, welche Hindernisse es beim Aufbau des Studiengangs zu bewältigen gab – und weshalb digitale Technologien bei der Ausbildung einen großen Stellenwert einnehmen werden.

Herr Prof. Dr. Massard, bisher gab es hierzulande nur die Möglichkeit, das erste Jahr des Medizinstudiums in Luxemburg zu absolvieren, anschließend sind die Absolventen zwecks Weiterführung des Studiums an eine Partneruniversität im Ausland gewechselt. Weshalb wird nun ein Bachelor-Studium in Luxemburg angeboten?

Mehr als die Hälfte der derzeit praktizierenden Ärzte hierzulande sind über 55 Jahre alt. Wir benötigen, aufgrund des stetigen Bevölkerungswachstums und wegen der Tatsache, dass immer mehr Menschen immer älter werden, in den nächsten zehn Jahren viele neue Ärzte. Viele Luxemburger hatten, nach dem ersten Jahr in Luxemburg, Schwierigkeiten, einen Studienplatz im Ausland zu bekommen. Zudem gab es eine Ankündigung seitens der Partneruniversitäten, dass diese aus Kostengründen weniger Medizinstudenten aus Luxemburg annehmen wollen. Deshalb hat die Regierung 2018 ein Gesetz gestimmt, das es ermöglicht, ein Bachelor-Studium im Großherzogtum abzuschließen. Man muss aber auch erwähnen, dass die Regierung zu diesem Zeitpunkt noch keine Erfahrung mit Shutdowns und Grenzschließungen durch virale Pandemien hatte.

Welches waren die Herausforderungen, die es beim Aufbau des Studiengangs zu bewältigen galt?

Wir sind sehr abhängig von den Programmen unserer Partneruniversitäten im Ausland, also Frankreich, Deutschland und Belgien. Die Studenten haben die Wahl, nach dem ersten Jahr zur Fortführung des Studiums, ins Ausland zu wechseln. Und auch die Absolventen des BA-Medizinstudiums in Luxemburg müssen, wenn sie als Arzt arbeiten möchten, zwecks Master oder zur Spezialisierung, später trotzdem ins Ausland wechseln. Deshalb mussten wir darauf achten, das Programm an die Forderungen der Partneruniversitäten anzupassen – und gleichzeitig dafür sorgen, dass unsere Absolventen genauso gut oder sogar noch besser sind, als ihre Kommilitonen im Ausland. Letzteres betrifft vor allem die praktischen Kompetenzen, worauf wir besonders achten werden.

Wie ist das Curriculum aufgebaut?

Für den neuen Bachelor haben wir das Programm des ersten Jahres wesentlich bearbeitet. Wir bleiben den Forderungen unserer Partnerunis treu, haben aber die verschiedenen Fächer medizinischer gefärbt. Im zweiten und dritten Jahr stehen so Einführungen in die klinischen Fächer auf dem Programm. Jedes Modul, das Organe und Systeme behandelt, beinhaltet zum einen Wissensvermittlung auf naturwissenschaftlicher Basis, andererseits aber

auch die Einführung in die Diagnosestellung. Wir legen besonders viel Wert auf praxisbezogene Kompetenzen.

Zur Patienten- und Notfallbetreuung werden etwa Simulationsübungen und Rollenspiele eingesetzt. Zudem werden hochmoderne digitale Lernwerkzeuge zur Vorbereitung auf die zu absolvierenden „Stages“ genutzt.

Welche wären das?

Zum einen haben wir einen virtuellen Anatomietisch, den sogenannten „Anatome“ erworben. Studierende sehen an vier verschiedenen Körpern wie der menschliche Körper aufgebaut ist. Leichen zu sezieren ist also nicht mehr nötig; Organe, Skelett, Muskeln, Gefäße, innere Organe und Nervensystem können dank der dieser digitalen Technologie ganz einfach virtuell studiert werden. Die neueste Ausgabe dieses Tisches ermöglicht es, den Körper im Schnitt zu studieren und jede Schnittebene mit der entsprechenden Computertomographie (Scanner) zu vergleichen. Darüber hinaus gibt es einen Simulationslabor mit zahlreichen „Task Trainers“, welche es erlauben, manuelle Kompetenzen anzueignen. Die angehenden Mediziner können so etwa an verschiedenen Kunststoffmodellen klinische Untersuchungen durchführen, etwa das Nähen von Wunden oder das Legen von Venenzugängen, bevor sie mit Patienten arbeiten. Mittels virtueller Mikroskopie wird den Studenten zudem die Histologie, also die Gewebelehre, nähergebracht. Dann werden wir auch Online-Nachhilfekurse anbieten, Studenten bekommen Software, die sie auf ihre Tablets laden und zuhause üben können und es gibt einen Computer-Saal, zu dem die Schüler in ihrer Freizeit Zugang zu spezieller Trainings-Software haben werden.

Inwiefern wird die personalisierte Medizin in der Ausbildung thematisiert?

Nun, diese technologischen Fortschritte sind wichtig – und werden auch thematisch behandelt. Nur sollte man wissen, dass all diese Innovationen auch Nachteile haben. Der persönliche Kontakt zum Patienten, die Betreuung und Beratung bleibt ein wichtiger Teil der Schulung. Der Arzt ist meiner Meinung nach nicht ersetzbar durch Technologien, egal wie gut diese auch sind. Denn so wichtig zukunftsweisende Methoden auch sind, wenn ein Arzt Fehler beim Blutdruckmessen macht, ist das schlimmer, als wenn er Schwierigkeiten damit hat, Computerprogramme zu entwickeln.

Um die praktischen Kompetenzen zu fördern sind Praktika sicher ganz nützlich?

Von Anfang an werden die Studenten Mini-Stages in den Krankenhäusern hierzulande machen. So können die Studenten sich bereits von Anfang an den Alltag in Krankenhäusern, dem CGDIS und in Arztpraxen ansehen und von ihren erfahrenen Kollegen lernen. Später kommen dann auch noch Praktika im Ausland hinzu.

Weshalb sollten Studenten sich dazu entscheiden, den Bachelor in Luxemburg zu absolvieren?

Unser Programm ist so ausgelegt, dass die angehenden Mediziner bereits am Anfang des Studiums Fächer kennenlernen, die an ausländischen Universitäten oft erst viel später auf dem Programm stehen. Das kann die Wahl einer Spezialisierung später deutlich erleichtern. Hinzu kommt, dass Studenten, die ihren Medizin-Bachelor in Luxemburg machen, den Vorteil einer sehr persönlichen Betreuung durch ihre Lehrer haben. Dies, da die Studentenzahl im zweiten und dritten Jahr auf 25 Studenten beschränkt ist. Die Mentoren überwachen indes nicht nur die Laufbahn des jeweiligen Studenten und stehen ihm auch bei persönlichen Anliegen zur Seite. Im Ausland sieht das anders aus: In Frankreich etwa sind im ersten Jahr bis zu 2.000 Studenten eingetragen, in den folgenden Jahren sind es dann etwa 300 Studenten pro Jahr. Außerdem ist der Studiengang vor allem für diejenigen interessant, die in Luxemburg arbeiten wollen, wurde er ja auch genau dafür konzipiert. Die frühzeitige Vernetzung im luxemburger Gesundheitssystem, welches bereits während des Studiums aufgebaut wird, kann die berufliche Niederlassung der ausgebildeten Mediziner hierzulande somit enorm vereinfachen. Das Budget, das uns zur Verfügung steht, erlaubt es uns zudem, hochmoderne Lehr- und Lernwerkzeuge anzuschaffen. Das ist im Ausland definitiv nicht so einfach. Die Studienjahre in Luxemburg bedeuten zudem Ersparnisse für die Familie, so dass Studenten aus bescheidenen Verhältnissen es diesbezüglich leichter haben werden. Weiterhin hat die Covid-19-Krise

uns gelehrt, dass Grenzsicherungen und Shutdowns die Studien im Ausland wesentlich beeinträchtigen.

Welche Voraussetzungen müssen Studenten mitbringen?

Es gibt, anders als an ausländischen Universitäten, keinen „Numerus Clausus“, sondern eine ehrliche Abschätzung unseres Ausbildungsvermögens. Voraussetzungen für eine Aufnahme sind sehr gute Kenntnisse in Französisch, Deutsch und Englisch sowie – bestenfalls – einen Abschluss einer Première B oder C. Wir wollen mit diesen Bedingungen niemanden ausgrenzen, es ist aber leider so, dass nur 125 Schüler zum ersten Jahr zugelassen werden. Da Schüler, die nicht über einen fundierten naturwissenschaftlichen Wissensstand verfügen, einem Medizinstudium kaum gewachsen sein dürften und um gegenüber allen Betroffenen fair zu bleiben, wird mittels der eingereichten Bewerbungen also eine Vorauswahl getroffen.

Hat die Covid-19-Krise einen Einfluss auf die Bewerbungsfrist?

Da die Prämierexamen voraussichtlich wie geplant stattfinden, können sich die Abiturienten auch wie vorgesehen bis zum 13. Juli bei uns bewerben. Wir werden uns allerdings, aufgrund der Corona-Krise, dieses Jahr bei der Vorauswahl der Bewerbungen etwas weniger streng bei der Beurteilung des zweiten und dritten Trimesters der Première sein. Stattdessen werden wir uns die Noten auf der 2ème und 3ème genauer ansehen. Wir raten den Schülern, sämtliche bereits jetzt erhältlichen Dokumente schnellstmöglich anzufragen, denn nur komplette Dossiers können später auch berücksichtigt werden. Ein wesentlicher Punkt bei der Auswahl liegt zudem auf dem Motivationsschreiben, welches die Bewerber verfassen müssen.

Interview: **Cheryl Cadamuro**

Prof. Dr. Gilbert Massard

Prof Dr Gilbert Massard ist Experte für Thoraxonkologie, Lungentransplantation und medizinische Lehre. Den größten Teil seiner beruflichen Laufbahn hat er an der Universität von Straßburg verbracht, wo er 1996 zum Professor für Herz-Thorax-Chirurgie ernannt wurde. Später hat er die Abteilung für Thoraxchirurgie der Hôpitaux Universitaires de Strasbourg (HUS) geleitet und war im Vorstand des

Uni-Spitals tätig. Bis Mitte 2019 war er zudem Präsident der Europäischen Gesellschaft für Thoraxchirurgie, und ist unter anderem Vizepräsident der Französischen Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie, sowie amtierender Programmdirektor im Ausbildungsrat der „European Respiratory Society“. Im Juni 2019 wurde er vom Aufsichtsrat der Universität Luxemburg zum ordentlichen Professor und Direktor der medizinischen Ausbildung ernannt.

Große Erwartungen

Mit dem Studiengang in Humanmedizin geht die Universität Luxemburg neue Wege – und gegen den in einigen Jahren drohenden Ärztemangel vor. Studiert werden kann allerdings vorerst nur bis zum Bachelor.

Text: Heike Bucher

Die Corona-Krise hat es deutlich gemacht: Es gibt Berufsgruppen, ohne deren Einsatz ein Land nicht überleben kann. „Systemrelevant“ lautet der neue Begriff dafür. Unter ihn fallen alle Arbeiten, die die Versorgung von Menschen betrifft, sowohl die gesundheitliche als auch die mit Lebensmitteln, Strom, Wasser oder Internet. Dass ausgerechnet dieses Jahr der erste Bachelorstudiengang in Humanmedizin in Luxemburg seine Tore öffnet, mag Zufall sein, aber er kommt wie die Faust aufs Auge: Noch nie zuvor wurden Ärzte und Pflegepersonal so gefeiert wie heute, nie war ihre gesellschaftliche Anerkennung größer.

Es steht einem Land gut zu Gesicht, sein eigenes medizinisches Personal auszubilden, allein schon wegen der sprachlichen und kulturellen Besonderheiten. Zudem wird der Bedarf an Ärzten in den kommenden Jahren rasant zunehmen, bestätigen Analysen des Gesundheitsministeriums. Mehr als die Hälfte der in Luxemburg tätigen Ärzte und Ärztinnen sind über 55 Jahre alt und in absehbarer Zeit im Ruhestand. Spätestens dann könne es zu einem Ärztemangel kommen, lautet die berechtigte Befürchtung. Die Idee, einen Medizinstudiengang in Luxemburg anzubieten, ist deshalb nur folgerichtig. Rund zehn Millionen Euro im Jahr hat das Bildungsministerium dafür vorgesehen, wobei drei Viertel in den neuen Bachelorstudiengang und ein Viertel in die drei Facharztausbildungen fließen, die darüber hinaus angeboten werden. Bereits seit 2004 gibt es die Möglichkeit einer Facharztausbildung in Allgemeinmedizin, demnächst wird es sie auch in den Fachrichtungen Onkologie und Neurologie geben.

So ganz neu ist die Ausbildung von Ärzten im Großherzogtum nicht, den Einstieg ins Medizinstudium konnten jährlich etwa 100 Studierende bereits seit Mitte der 1960er Jahre in Luxemburg absolvieren. Allerdings wurde lediglich das erste Studienjahr angeboten, was zu Beginn vor allem eine Basisausbildung in den Naturwissenschaften bedeutete. Die Verantwortlichen hatten damals die Idee, Luxemburgern das erste Jahr Medizin im Land anzubieten, damit sie zumindest einen Teil der jahrelangen Ausbildung in der Nähe ihres Zuhauses bestreiten konnten. Zudem sollte sichergestellt werden, dass sich junge Luxemburger überhaupt für ein Medizinstudium interessieren.

Ab 1969 traten Verträge mit Partneruniversitäten in Kraft. Zuerst mit Frankreich, dann mit Belgien, später mit Deutschland. Die Verträge stellten sicher, dass das begonnene Studium in einem der drei Länder erfolgreich fortgesetzt werden konnte. Rund 50 Studenten und Studentinnen der Humanmedizin hat Luxemburg seitdem pro Jahr vermittelt, die meisten davon nach Frankreich. Dass von den 100 Studierenden, die ein Medizinstudium beginnen, in der Regel nur die Hälfte ins zweite Jahr übergeht, liegt daran, dass viele junge Leute von sich aus abbrechen, weil sie entweder merken, dass Medizin nichts für sie ist, oder sie etwas anderes gefunden haben, erklärt Dr. Paul Heuschling. Der Biologie-Professor an der Universität Luxemburg ist seit Anfang der 1990er Jahre in der Medizinausbildung dabei. „Es gibt immer einige, die einfach noch nicht wissen, was sie wollen. Oder die sich ein Medizinstudium anders vorgestellt haben“, sagt er. Die 50 Plätze an den Partneruniversitäten hätten bislang immer ausgereicht. „Bis jetzt hatten wir noch niemanden, der sein Studium nicht fortsetzen konnte. Das ist natürlich eine Abhängigkeit vom Aus-

land, mit der man leben muss.“

Die Abhängigkeit vom Ausland in Bezug auf das Medizinstudium wird sich auch durch den neuen Studiengang nicht ändern. Denn nach wie vor werden 50 Studierende nach dem ersten Jahr an eine der Partneruniversitäten wechseln, während 25 für weitere zwei Jahre in Luxemburg bleiben, wo sie ihren Bachelor erreichen können. Doch im Medizinstudium ist ein Bachelor noch keine Qualifikation, um als Arzt oder Ärztin zu arbeiten. Wer das vorhat, muss seinen Master machen – und das vorerst weiterhin im Ausland. Eine Erweiterung des Studienangebots auf ein anschließendes Masterstudium ist zwar momentan noch nicht vorgesehen, jedoch sowohl von Seiten der Universität als auch von der Politik erwünscht. Vorausgesetzt natürlich, dass die Einführung des Bachelorstudiengangs erfolgreich wird. „Wenn das gut läuft, gibt es auch grünes Licht für den Masterstudiengang“, sagt Dr. Heuschling.

Zwischen 350 und 420 Bewerbungen auf die 100 Studienplätze laufen jedes Jahr ein. Anhand eines internen Verfahrens wird dann ausgewählt. Ausschlaggebend ist nicht allein die Abschlussnote, sondern alle Zensuren aus den letzten drei Schuljahren, besonders die in den Naturwissenschaften. „Es ist ein Auswahlverfahren, das auf der Basis dessen stattfindet, was die Bewerber einreichen. Interviews oder Prüfungen gibt es zurzeit nicht. Aber es gibt Überlegungen, eine Aufnahmeprüfung einzurichten.“ Spätestens in zwei Jahren sollte es so weit sein, meint Heuschling. Eine Aufnahmeprüfung sei transparent und objektiv. „Bei einem internen Ranking müssen wir oft erklären, warum wir das so gemacht haben. Es gibt immer Diskussionen mit Bewerbern. Leute, die eine Ablehnung bekommen haben, sind

natürlich nicht glücklich darüber.“

Wer zum Studium zugelassen wird, darf sich freuen. Denn ihn und sie erwartet ein ganz neues Konzept mit modernen pädagogischen Methoden. „Europaweit gibt es natürlich Richtlinien“, erklärt Heuschling. „Es ist genau festgelegt, welche Kompetenzen erreicht werden und was die Studierenden wissen müssen. Trotzdem haben wir einen kleinen Vorteil: Wir bauen den Studiengang neu auf und haben keine Vergangenheit, die wir mit einarbeiten müssen.“ Kleine Arbeitsgruppen von bis zu acht Leuten, Rollenspiele, Flipped Classroom, Problem-Based Learning, interdisziplinäre Herangehensweise – das alles soll höchste Motivation herstellen und den größtmöglichen Input gewährleisten. „Andere Unis können das nicht so einfach tun. Da sitzen in den Hörsälen manchmal 1.000 Studierende, da kann man das alles nicht machen.“

Ein weiterer Schwerpunkt wird das Arbeiten mit digitalen Medien sein. Das bedeutet nicht nur das Benutzen von Laptops, sondern vor allem die medizinische Arbeit mithilfe neuer Technologien (siehe Interview auf Seite 12). „Der Arzt von morgen wird anders funktionieren als der Arzt von heute. Es wird viel mehr digitale und elektronische Hilfen geben, mit denen ein Mediziner umgehen muss. Die neue Generation von Ärzten muss mit ihnen aufwachsen, deshalb ist es unumgänglich, diese direkt ins Studium einzubinden.“ Als dritten Schwerpunkt nennt Heuschling das Erarbeiten von quantitativer Analyse und kritischem Denken. Gerade in Zeiten, in denen wir in allen Bereichen mit Statistiken überhäuft werden, sei es wichtig, diese auch deuten und kritisch hinterfragen zu können. Vor allem in Bezug auf die Pharmaindustrie müssten angehende Ärzte lernen, sich kritisch mit Informationen auseinanderzusetzen und eigene, unabhängige Schlüsse zu ziehen.

Prinzipiell ist ein Medizinstudium in Spiralen aufgebaut. Zuerst lernen die Studierenden, wie Organe und Systeme im gesunden Zustand funktionieren. Es sind die Grundlagen: Wie sieht ein gesunder Körper aus? Wie funktioniert er? Dann geht es darum, wie man ihn gesund halten kann und was ein Körper dafür braucht. Die dritte Fragestellung lautet: Was geschieht, wenn etwas schief-

läuft? Und was kann man dagegen tun? „Man spricht mehrmals über dieselben Themen, aber immer mit einem anderen Fokus“, sagt Heuschling. Damit ist die Spirale gemeint: Man kommt regelmäßig zurück auf dasselbe Organ oder System und fügt dabei einen weiteren Kontext an. So entsteht nach und nach ein vielfältiges Wissen über Anatomie, Pathologie, Diagnostik und Therapie. Bei Abschluss des Bachelors ist man ansatzweise bis zur Therapie von Krankheiten gekommen, das ausführliche Aneignen von Therapiemöglichkeiten wird erst Bestandteil des Masterstudiengangs.

Um den Studierenden einen möglichst umfassenden Einblick in ihre spätere Tätigkeit zu ermöglichen, setzt die Uni Luxemburg auf eine frühe Einbindung in die Praxis. So ist bereits nach dem ersten Jahr ein vierwöchiges Pflegepraktikum vorgesehen, in dem die angehenden Ärzte und Ärztinnen Kenntnisse in der Grundpflege von Patienten erlangen. In den weiteren zwei Studienjahren finden regelmäßige Hospitationen in Kliniken statt, bei denen die Studierenden Ärzte und Ärztinnen begleiten und auf die Finger schauen können. Diesen frühen Bezug zur Realität hält Dr. Heuschling für wichtig. „Aus zwei Gründen: Erstens fördert das frühe Heranführen an die Patienten ein besseres Verständnis für deren Situation, zweitens kann es aber auch dazu kommen, dass verschiedene Studierende ihr Studium vorzeitig abbrechen, weil sie merken, dass sie mit den Menschen als Patienten nicht umgehen können. Und wenn jemand entdecken muss, dass Medizin deshalb nicht das Richtige ist, sollte das doch so früh wie möglich geschehen.“

Auf Patienten und Angehörige behutsam eingehen zu können, ist gerade für Ärzte und Pflegepersonal wichtig. Manche Menschen bringen die Voraussetzungen dazu schon mit, andere hingegen müssen das erst lernen. Die gute Nachricht ist, dass es sich lernen lässt, wie etwa in Kursen mit Psychologen oder in Rollenspielen. So wird auch die Erstellung von Anamnesen oder Diagnosen in dem neuen Studiengang geübt. „Das ist ein weiterer Vorteil unserer kleinen Lerngruppen, dass wir diese Rollenspiele anbieten können. Dafür werden wir teilweise mit Schauspielern zusammenarbeiten, teilweise werden wir selbst die Rolle des Patienten überneh-

men“, erklärt Dr. Heuschling.

125 Studierende wird die Uni Luxemburg für das kommende Semester aufnehmen. Nach dem ersten Jahr verbleiben 25 im Land, die anderen werden an die Partnerunis im Ausland vermittelt. Wer hierbleibt, bestimmen die Studierenden selbst. Anhand ihrer Prüfungsergebnisse und sonstiger Zensuren, die im ersten Studienjahr für Praktika, Berichte, Beteiligung und andere Arbeiten erreicht werden, wird ein internes Ranking erstellt. Wer ganz oben steht, darf sich aussuchen, wo er weiterstudieren möchte. Paul Heuschling ist davon überzeugt, dass die Uni Luxemburg für angehende Mediziner eine gute Wahl ist. „Wir werden qualitativ sehr hoch spielen, ich kann den Leuten nur empfehlen, sich für Luxemburg zu entscheiden.“

Dass die Uni in absehbarer Zeit viel mehr als 25 Studierende ins zweite und dritte Jahr übernimmt, davon ist nicht auszugehen. „Wenn klar ist, dass wir mehr als 25 ins Masterstudium vermitteln können, werden wir wahrscheinlich ein paar mehr aufnehmen, aber ganz sicher nicht mehr als 35. Wir möchten in kleinen Gruppen bleiben, das ist ein Vorteil für die Lehre und die Praktika. Wir können keine 50 oder 100 Leute ausbilden, allein die Labor- und Simulationsplätze geben das nicht her.“

Nach dem erfolgreich abgeschlossenen Bachelorstudium findet der Masterstudiengang wie bereits erwähnt im Ausland statt. Genauer: in Frankreich oder in Belgien. Ein Übernahmevertrag mit französischen Universitäten für 25 Masterstudierende besteht bereits, einer mit drei belgischen Unis wird gerade verhandelt. Nur mit Deutschland funktioniert das leider im Moment noch nicht. Was nicht an den Universitäten liegt, diese wären sogar daran interessiert, versichert Prof. Heuschling. Doch der Medizinstudiengang in Deutschland ist anders aufgebaut, er wird noch immer im Staatsexamen abgeschlossen, weil er nicht dem Bologna-Prozess angegliedert wurde. Zudem gibt es in den deutschen Bundesländern von den Regierungen vorgeschriebene Kontingente. Zusätzliche Studierende im Laufe des Studiums aufzunehmen ist dabei nicht vorgesehen. Für die Studierenden, die nach dem ersten Jahr auf eine deutsche Universität

wechseln wollen, gilt daher schon seit ein paar Jahren, dass sie das erste Jahr wiederholen müssen. Wer also in Luxemburg Medizin studiert, wird mit großer Wahrscheinlichkeit seinen Abschluss in Frankreich oder Belgien machen.

Für Professor Heuschling ist der neue

Medizinstudiengang viel mehr als eine Chance. „Die treibende Kraft kam sowohl von der Uni also auch von der Regierung. Wir möchten, dass das klappt, und wir möchten das später aufbauen. Auf den Master und auf weitere Facharztausbildungen. Die Forschung in Luxemburg hat in den letzten zehn Jahren Rie-

senschritte gemacht, diese Forschung kann aber nur weiter gedeihen, wenn wir auch die Ausbildung der Ärzte mit hinzuziehen.“ Das klingt nach großen Erwartungen in einer Zeit, die uns allen klarmacht, wie wichtig Forschung und Medizin wirklich sind. Der neue Bachelor ist erst der Anfang. ¶

**Auf Patienten
und Angehörige
behutsam
eingehen zu
können, ist
gerade für
Ärzte und
Pflegepersonal
wichtig.**

**¶ Wir werden qualitativ
sehr hoch spielen. ¶**

Prof. Dr. Paul Heuschling, Biologe, Uni

**Es steht einem Land gut zu
Gesicht, sein eigenes medizinisches
Personal auszubilden.**

Wasser werde zu Wein

Wegen Corona fällt in diesem Jahr die berühmte Echternacher Springprozession aus. Dennoch wird in dem luxemburgischen Abteistädtchen das Erbe des heiligen Willibrord unverdrossen hochgehalten

Von Rob Kieffer

Der heilige Willibrord würde in seinem Grab rotieren, wenn er mitansehen müsste, welches Teufelswerk das Virus in Echternach angerichtet hat.

Aus seinem Schrein in der Krypta der Basilika heraus würde er mit Entsetzen die Schäden der vergangenen zwei Monate feststellen. Die prachtvolle Abtei, die er im siebten Jahrhundert gegründet hat und die heute ein Lyzeum beherbergt, war geschlossen, auf den Cafétterrassen am mittelalterlichen Marktplatz zwischen dem alten Justizkreuz und dem gotischen Dingstuhl sah man nur die Raben herum-picken. Die beiden Brücken über den Grenzfluss Sauer hinüber nach Echternacherbrück in Deutschland waren gesperrt und wurden von deutschen Polizisten martialisch bewacht. Kaum eine Menschenseele traf man auf den Wanderpfaden durch das Felsenlabyrinth des umliegenden Müllerthals, in dem sich einst Wassermühlen und Gehöfte der Abtei befanden.

Wie in ganz Luxemburg löst sich der Tourismus auch in Echternach langsam aus seiner Schockstarre, wenngleich unter strengen Auflagen. Geschäfte dürfen wieder betreten und öffentliche Transportmittel benutzt werden, aber nur mit Mund-und-Nasen-Schutz. Für die Museen gilt ein Besucherlimit. Hotels und Gastronomie dürfen jetzt wieder öffnen, sofern sie die Hygienebestimmungen einhalten. Doch da die jedes Jahr am Dienstag nach Pfingsten stattfindende Echternacher Springprozession mit ihren achtausend hüpfenden und schwitzenden Pilgern, ihrer sportlichen Herausforderung und der Körpernähe der Teilnehmer das Gegenteil von Social Distancing ist, wurde sie abgesagt. Die Prozession, die wegen ihrer Einzigartigkeit in die Liste des immateriellen Unesco-Kulturerbes aufgenommen wurde, präsentiert

sich jetzt online mit audiovisuellen Dokumenten und, wie gewohnt, im mittlerweile wieder geöffneten Besucherzentrum in der Basilika.

Man erfährt, dass der kirchliche Brauch erstmals um 1100 erwähnt wurde und zu Ehren des heiligen Willibrord stattfindet. Der angelsächsische Wandermönch hatte 698 von der Trierer Äbtissin Irmina ein kleines Kloster und eine Kirche in Echternach geschenkt bekommen, die der weitgereiste und diplomatisch geschickte Gottesmann zu einer einflussreichen Benediktinerabtei ausbaute. Gleich nach dem Tode des zu Bischofswürden gelangten Missionars strömten die Pilger zu seinem Grab. Phantasiebegabte Biographen hatten Willibrord abenteuerliche Wundertaten angedichtet, die ihn schon zu Lebzeiten zu einem christlichen Superstar machten. Besonders seine angebliche Gabe, Wasser in Wein verwandeln zu können, stieß auf große Beachtung.

Aus Bitt- und Bannwallfahrten zu seiner letzten Ruhestätte, vermischt mit Veitstänzen aus heidnischer Zeit, ent-wuchs die Springprozession mit ihren mythischen Ritualen. Wie eine Riesenraupe schlingert der Prozessionszug durch die engen Pflastergassen entlang stolzer Bürgerhäuser bis hin zum Grab des Glaubensverkünders. Der kuriose, tänzelnde Sprungschritt ist seitlich versetzt, so dass die Teilnehmenden nur in Zeitlupentempo vorankommen. Sie tragen einheitlich dunkle Hosen und Röcke, weiße Hemden und Blusen, sind untereinander mit dreieckigen Taschentüchern verbunden und hüpfen im Takt einer betörenden, uralten Polka-Melodie, die von Blaskapellen, Mandolinen- und Flötenspielern angestimmt wird. Auch Nichtgläubige sind willkommen, und in den wogenden Reihen wurde schon mancher Pfaffenfresser gesichtet. Genauso populär wie dieses „Beten mit den Füßen“ ist das bacchantische Après-Springen, das sich in traditionellen Altstadtbistros wie „Beim laange

Veit“, „Beim Wohli“ oder „Aal Eechternach“ abspielt.

Am kommenden Dienstag müssen die Schaulustigen zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf das religiöse Spektakel verzichten. Da aber die Corona-Ausgangssperren aufgehoben worden sind, kann man dennoch Echternach, die älteste Stadt Luxemburgs, auf den Spuren Willibrords erkunden. Die mehrmals umgestaltete Abtei besticht durch ihre barocke Opulenz, die sie von den letzten Äbten verliehen bekam, ehe diese 1794 von französischen Revolutionssoldaten davon-gejagt wurden. Von dieser glanzvollen Epoche, in der die Klosterherren sich eher wie prunkverliebte weltliche Fürsten und nicht wie bescheidene Benediktinermönche benahmen, zeugen ebenfalls die Orangerie im Prälatengarten, in der kostbare exotische Pflanzen überwinterten, sowie der Rokoko-Pavillon im Stadtpark. Die künstlerische Glanzzeit der Abtei war hingegen das elfte Jahrhundert, in dem die Mönche mit Goldtinte und Edelsteinen verzierte Evangelien anfertigten, die zu den schönsten Pergamenthandschriften Europas zählen. Im Abteimuseum kann man Faksimiles dieser reich illustrierten biblischen Comics bewundern. Die Originale befinden sich in bedeutenden Museen im Ausland. Das Meisterwerk, das „Goldene Evangelienbuch von Echternach“ mit seinem elfenbeinernen Buchdeckel, wird im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg aufbewahrt.

In ihrer bewegten Geschichte von Bränden zerstört, entweiht, geschändet, sogar als Porzellanfabrik missbraucht und zuletzt im Zweiten Weltkrieg von den deutschen Besatzern in die Luft gesprengt, wurde die Basilika immer wieder von ebenso beherzten wie trotzig Echternacher Bürgern aufgebaut. Die jetzige Kirche wurde 1953 geweiht und besticht durch die Nachahmung schlichter romanischer Architekturelemente der Ursprungsjahre. Seitlich vom Hauptaltar führt eine Treppe in das schummerige Tonnengewölbe der karolingischen Krypta, in der Willibrord unter frühromanischen Deckenfresken ruht. Seine Gebeine befinden sich in einem merowingischen Steinsarg, der von einem Reliquienschrein aus Carrara-Marmor umgeben ist. In einem Brunnentrog gurgelt eine Quelle, die der Legende nach von Willibrord aus dem Boden gezaubert wurde und heilsame Wirkung hat. So soll sie Augenleiden, Epilepsie, Ekzeme und Haarausfall kuriert haben und gut gegen Pest und Cholera gewesen sein. Doch gegen Corona scheint das Wunderwasser machtlos.

Informationen: Die Springprozession kann man im Internet unter www.iki.lu verfolgen. Touristische Auskünfte über Echternach und das Müllerthal unter www.mullerthal.lu.

„Wahnsinn: ‚Sawah‘ in 46 Ländern!“

Bei der Berlinale 2020 gelingt dem Luxemburger Regisseur Ady El Assal der Netflix-Deal

Interview: Daniel Conrad

Die Mühen haben sich gelohnt: Als der Luxemburger Regisseur und Produzent Ady El Assal seinen Streifen „Sawah“ – die Komödie, bei der ein ägyptischer DJ auf einer Reise zu einem Contest in Luxemburg strandet – bei der letzten Berlinale präsentierte, gelang ein Deal mit Netflix. In den Benelux-Zuschauercharts des Streamingdienstes steht der Film nun seit Tagen weit oben. Das tröstet El Assal etwas über die aktuelle Krisenzeit in seiner Branche hinweg.

Ady El Assal, wie bringt man Netflix dazu, den eigenen Film in das Programm aufzunehmen?

Ich war schon seit ein paar Jahren in Kontakt mit Netflix und ich habe immer wieder versucht, weiter in Verbindung zu bleiben. Bei der letzten Berlinale hab ich dann einfach meinen Kontakt angeschrieben – und spontan hat er mich zu einem zehnminütigen Gespräch eingeladen. Und dort habe ich dann „Sawah“ noch einmal komplett gepitched, meinen Trailer gezeigt. Dann durfte ich den Film einreichen – und ein paar Wochen später kam dann der Anruf, dass sie den Film nehmen würden.

Und mit Erfolg, wie man sieht. Die Berlinale und besonders der Filmmarkt dort scheint Ihr perfektes

Terrain zu sein ...

Ja, eindeutig. Ich habe der Berlinale sehr viel zu verdanken und dort vertreten zu sein, hat mir immer viel gebracht. 2006 war ich als „Talent“ dabei. Und seitdem ist da diese besondere Verbindung. Und Sie haben es ja selbst gesehen, wie viel Promo und Aufmerksamkeit wir mit „Sawah“ 2019 bekamen – das ist schon etwas sehr Besonderes und ich bin unglaublich dankbar dafür.

Eigentlich sollte man auch erwarten, dass der Film vielleicht in den arabischsprachigen Ländern gut ankommen würde ...

Es ist auch gut gelaufen. Leider hat er es dort nicht in die Kinos geschafft. In den dortigen Märkten gibt es Quoten. So ist ein großer Teil der Filme aus dem Sprachraum vorgesehen und leider nur wenige europäische Filme schaffen es neben den Hollywood-Streifen. Aber ich hatte das Glück, dass er im Fernsehen gezeigt wurde und auch bei den Fluggesellschaften im Bordprogramm war. Das war auch ein Argument für Netflix, einen Luxemburger Film zu übernehmen, der aber doch auch sehr gut für andere Märkte funktioniert. **Und Netflix zeigt ihn jetzt über den gesamten Globus?**

Nein. Aber Wahnsinn: in 46 Ländern! Das ist echt super.

Gibt denn Netflix Einblick, wie der Film ankommt – das könnte ja auch ein Fingerzeig für die eigene Arbeit sein?

Nein, leider nicht. Aber das Feedback, was mich erreicht, ist ungemein groß. Das Branchenblatt Screen International hat über die Positionierung auf Netflix berichtet – und seitdem steht mein Handy nicht mehr still. Ständig rufen Agenten an, auch aus L.A., die mich unter Vertrag nehmen wollen. Aber dafür fühle ich mich in Luxemburg viel zu gut – ich bin sehr dankbar für die Unterstützung der Filmbranche hier; und mit meiner Produktionsfirma bleibe ich mein eigener Herr und kann sehr genau bestimmen, was wie passiert; das ist mir sehr viel wert.

Das ist allerdings auch sehr viel Verantwortung – geht dieses Nebeneinander von Filmprojekten, Produktionsverantwortung und Vertrieb?

Schon, ich mag das auch – aber es bringt eben auch viel Verantwortung mit sich.

Apropos Projekte – was steht denn aktuell eigentlich an?

Die Vorbereitungen zu meinem nächsten Film „Hooked“ laufen weiter. Leider musste der Dreh

für eine belgische Serie wegen der Corona-Krise abgesagt werden. Eigentlich hatte ich mich da sehr darauf gefreut, weil die Serie ganz nach meinem Geschmack ist. Die Produzenten kamen auf mich zu, weil sie auch „Sawah“ gesehen hatten. Das Format ähnelt sehr im Humor und Konzept der britischen Erfolgsserie „Shameless“ – und ich hoffe, dass wir so schnell wie möglich wieder an den Dreh gehen können.

Dieser Stopp in der ganzen Branche – wie empfinden Sie den?

Es ist schwer. Ich habe mein Büro aufgeben müssen, viele Freelancer und Produzentenkollegen haben extreme Probleme. Und die bisher in Aussicht gestellten Hilfen kommen leider nicht bei uns an. Und ich hoffe sehr, dass sich da bald etwas tut.

„Sawah“ ist auf Netflix abrufbar. Wer den Film trotzdem lieber auf großer Leinwand erleben will: Der Film wird ebenfalls am Donnerstag, dem 28. Mai, um 21 Uhr, im Mamer Autokino (Parkplatz Bauhaus, Capellen) gezeigt. Tickets zu 15 Euro (Preis pro Auto, unabhängig von der Insassenzahl) gibt es über:

► www.caramba.lu
www.mamer.lu/autokino

Neuer Chef im Trifolion

Jazzmusiker Maxime Bender übernimmt das Kulturzentrum am 1. Juli

Echternach. Der Verwaltungsrat des Trifolion in Echternach hat Maxime Bender als neuen Direktor des Kultur- und Kongresszentrums gewählt. Dies gab der Präsident des Trifolion und Bürgermeister der Stadt Echternach, Yves Wengler, am Mittwoch bekannt.

Auf Beschluss der Sitzung des Verwaltungsrates vom vergangenen 20. Mai übernimmt Maxime Bender die Leitung des Trifolion zum 1. Juli 2020. Er tritt die Nachfolge von Ralf Britten an, der im Dezember vergangenen Jahres bekannt gegeben hatte, seine Tätigkeit zum 30. Juni 2020 zu beenden, um sich neuen Herausforderungen zu stellen. Britten hat das Kultur- und Kongresszentrum im Jahr 2008 miteröffnet und leitete das Haus seit 2007.

Die lokalen und regionalen Akteure mehr einbringen

Für den Posten des Direktors des Trifolion standen mehrere hochkarätige Kandidaten zur Auswahl, wie aus der Pressemitteilung des Verwaltungsrats hervorgeht. Die Wahl des Verwaltungsrats sei auf

Maxime Bender gefallen, da dieser ein sehr abwechslungsreiches Kulturprogramm vorgestellt habe, das ein breites Publikum anspreche, sowohl national als auch international.

„Ein Anliegen des neuen Direktors ist es, die lokalen und regionalen Akteure rund um Echternach mehr ins Trifolion einzubringen. Maxime Bender verfügt außerdem über sehr gute Kontakte zu der Luxemburger Kulturszene, die uns noch mehr Luxemburger Publikum ins Trifolion bringen soll“, so Carole Hartmann, Mitglied des Trifolion-Verwaltungsrats.

Präsident Yves Wengler sieht in der Wahl des neuen Direktors nicht nur einen Gewinn für das Kultur- und Kongresszentrum, sondern auch für die Stadt sowie die Region: „Wir freuen uns, dass durch die Neubesetzung im zwölften Jahr seines Bestehens ein frischer Wind im Trifolion wehen wird, der sich auch auf die kulturelle Landschaft der Stadt Echternach und der Region auswirken wird.“

Der luxemburgische Jazzmusiker und -komponist Maxime Bender stand bereits mit nationalen wie internationalen Künstlern auf der Bühne und ist in der hiesigen Kulturlandschaft kein Unbekannter: Bereits seit 2018 hat er das Amt des künstlerischen Direktors des Festivals Echternach inne, das 2019 die Nachfolge des berühmten Festival international d'Echternach antrat, es in neuem Gewand weiterführt und vom Trifolion ausgerichtet wird. Bereits seit seiner Jugend ist Bender durch seine Zeit im Lycée classique d'Echternach der Stadt verbunden, wo er auch als Lehrer an der regionalen Musikschule unterrichtet hat.

Maxime Bender glaubt an die Region und ihr Potenzial: „Ich freue mich auf die neue Herausforderung, das Trifolion und die Stadt Echternach als einen Standort für Kultur innerhalb der Großregion zu stärken sowie darauf, viele spannende neue Projekte gemeinsam mit dem Team auf den Weg zu bringen.“

► www.trifolion.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Reisen in Zeiten von Corona

Ab heute startet Luxair wieder von Findel aus – eine Herausforderung für Airline, Flughafen und Passagiere

Von Marco Meng

Polizisten, Sicherheitspersonal, Reinigungskräfte und Monteure, die Reparaturen an den Anzeigetafeln vornahmen. Das war gestern und in den letzten Tagen das Bild des Flughafenterminals. Die Check-in-Schalter waren leer, die Shops geschlossen. Nach und nach werden sie nun öffnen. Denn heute beginnt wieder der Flugbetrieb.

Drei Maschinen von Luxair haben an diesem Freitag vom Luxemburger Flughafen ab – mit Passagieren. Nach zweimonatiger Pause wegen der Virus-Pandemie soll nun langsam wieder das Fluggeschäft anlaufen. Schon in den letzten Tagen konnte man nach und nach die Flugzeuge von Luxair am Luxemburger Himmel sehen – allerdings waren das nur Übungsflüge ohne Fluggäste an Bord. Nach dem langen Stillstand prüften die Piloten mit einem halbstündigen Flug die Technik der Maschinen, wie Christoph Blaha, Technikchef von Luxair, erklärt.

Zuvor mussten die geparkten Maschinen in den letzten Wochen regelmäßig gemäß Herstellerangaben behandelt werden, dazu gehört der Start der Triebwerke, das Bewegen der Höhen- und Seitenruder sowie die äußere Reinigung.

Für die Flughafenmitarbeiter wie auch für die Luxair bedeutete das in den letzten Tagen und Wochen große Anstrengungen. Denn der Flughafenbetrieb soll unter den besten hygienischen Bedingungen stattfinden.

Dass das Fliegen „in Corona-Zeiten“ anders ist als man es bislang kannte, erfährt heute jeder, der in eine Luxair-Maschine einsteigt. Am Flughafengebäude wur-

den Ein- und Ausgang getrennt, während die Fluggäste beim Einsteigen eine Atemmaske und ein Desinfektionstuch erhalten. Die Maßnahmen am Flughafen werden regelmäßig überprüft und an die Anforderungen und Empfehlungen der lokalen Gesundheitsbehörden angepasst, teilt Flughafenchef René Steinhaus mit.

Alles dreht sich um Hygiene und Gesundheit

„Wir haben gemeinsam dafür gesorgt, dass zum einen die Masken und Atemgerät trotz teilweise geschlossener Grenzen nach Luxemburg gekommen sind“, erklärte Steinhaus gestern anlässlich der Präsentation der neuen Hygieneregeln am Flughafen.

Alle – Mitarbeiter, Partnerunternehmen und Behörden – hätten an einem Strang gezogen, damit der Flughafen als wichtige Infrastruktur seinen Zweck für das Land erfülle, so Steinhaus. Nun wolle man den Flugbetrieb für Personen ebenfalls mit bestmöglichen Gesundheitsstandards beginnen.

Im Flughafengebäude wurden 50 elektronische Desinfektionsspender aufgestellt, und überall sind Markierungen angebracht, die auf die Abstandsregeln hinweisen. „Das A und O sind Händewaschen, Atemschutzmaske tragen und Abstand halten“, so Steinhaus. Die Atemschutzmaske ist beim Betreten des Flughafens obligatorisch, aber auch während des Flugs an Bord einer Luxair-Maschine. Obligatorisch ist auch ein Formular, das vor der Sicherheitskontrolle auszufüllen und auch auf der Webseite von Luxair runterzuladen ist.

Wer eine der vier Fragen zu Co-

vid-19-Erkrankung oder -kontakt positiv beantwortet, sollte sich den Weg zum Flughafen sparen – denn er wird nicht fliegen dürfen. Auch andere Fragen zum Fliegen in Corona-Zeiten beantworten Luxair und der Flughafen auf ihren Webseiten.

Luxair will Reisewilligen die Angst nehmen

Luxair selbst hat zwölf Geräte zum Desinfizieren der Maschinen gekauft, die jeden Abend die Maschineninnenräume einnebeln, um die Oberflächen an Bord zu desinfizieren. Zudem wird manuell jede Maschine zwischen zwei Flügen von Mitarbeitern desinfiziert. Auch die Flugbereiter wurden geschult darin, was zu tun ist, wenn bei einem Flug ein Passagier Symptome von Covid-19 zeigen sollte. Wie Luxair erklärt, sind in den Maschinen der Airline Hepa- Luftfiltersysteme eingebaut, das kleinste Partikel, darunter auch Viren, filtert. „Die Luft in den Flugzeugen wird alle drei Minuten ausgetauscht“, so Technikdirektor Blaha. Ähnlich im Flughafengebäude, wo durch Frischluftzufuhr alle 30 Minuten die Luft vollständig ausgetauscht wird.

Rund um die Gepäckausgabe weisen Bodenaufkleber auf Warte- und Stehbereiche hin, um sicherzustellen, dass auch hier Distanz zwischen den Personen gewahrt ist. Deutlich wird dabei aber, dass es ohne Mithilfe der Reisenden nicht geht – denn letztlich liegt es an ihnen, ob sie vor einem Abflug die Erklärung zu Corona-Kontakten wahrheitsgemäß ausfüllen und darauf achten, am Flughafen einen Sicherheitsabstand zu anderen Personen einzuhalten.

Müllerthal statt Mallorca

Wie Urlaub in Luxemburg den Sommer und die nationale Tourismusbranche retten soll

Von Mara Bilo

Ob in der Moselregion, im Müllerthal oder im Norden Luxemburgs – nirgends ist es schöner als zu Hause. So sieht es jedenfalls die Regierung und will angesichts der aktuellen Situation aktiv Luxemburg als Reiseziel für die eigenen Landesleute und Besucher aus den benachbarten Ländern promoten. „Wir arbeiten an Maßnahmen, um Luxemburg als Urlaubsziel zu unterstützen“, heißt es bei der Generaldirektion für Tourismus. Lex Delles (DP), Minister für Tourismus stellt folgerichtig klar: Urlauber aus dem Ausland sind im Großherzogtum jederzeit willkommen, er hofft aber auch darauf, dass viele Luxemburger selbst in diesem Jahr ihren Urlaub im eigenen Land verbringen werden.

Um das zu realisieren, gibt es bereits einen ersten Anreiz: Jeder Einwohner Luxemburgs und alle Grenzgänger, die im Großherzogtum arbeiten und älter als 16 Jahre sind, bekommen einen Gutschein im Wert von 50 Euro; die Gutschrift kann dann in einem Hotel, einer Pension und Co. eingesetzt werden. Insgesamt werden etwa 750 000 Menschen diesen Voucher erhalten, so die Generaldirektion für Tourismus – die Kosten dürften sich damit auf rund 37,5 Millionen Euro belaufen. Wann und wie die Gutscheine verteilt werden sollen, ist in Planung.

Ein wichtiger Beitrag für die angeschlagene Branche, denn: Die Tourismusagentur „Luxembourg for Tourism“ (LFT) geht bereits jetzt von einem Umsatzverlust von knapp 33 Millionen Euro für die Hotellerie allein in den Monaten März, April und Mai aus. Und das nur bei den Einnahmen für die Zimmerbuchungen; dazu kommen Verluste, die mit den „Extras“ verbunden sind – beispielsweise Ausgaben an Hotel-Bars oder in den Restaurants. Für die Campingplät-

ze geht die Tourismusagentur von einem Verlust von rund zwei Millionen Euro allein durch ausbleibende Stellplatzmieten aus. „Diese Zahlen sind lediglich Schätzungen“, stellt LFT-Chef Sebastian Reddeker klar, „der Monat ist noch nicht zu Ende.“ Die Tourismusbranche ist ein wichtiger Wirtschaftssektor für Luxemburg. Im Großherzogtum trägt der Tourismus nach Angaben des „World Travel & Tourism Council“ (WTTC) fast neun Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei; 30 600 Arbeitsplätze stehen in Verbindung mit dem Sektor.

Wenig Buchungen

Mit der schrittweisen Wiederöffnung einiger Grenzen in Europa und der allmählichen Aushebung der Ausgangsbeschränkungen läuft der Tourismus dennoch langsam wieder an. Beispiel Campingplätze: Linda Gedink, Generalsekretärin des Dachverbandes der Campingplatzbetreiber Camprilux, erklärt, dass die Nachfrage für die langen Wochenenden rund um Pfingsten und Fronleichnam (ein gesetzlicher Feiertag in einigen deutschen Bundesländern) groß ist. In Luxemburg gibt es etwa 80 Campingplätze. „Wir sehen auch, dass das Interesse für den Sommer allmählich wieder zunimmt. Aber meist sind es nur Anfragen, keine verbindliche Buchungen“, erklärt Linda Gedink. „Es ist schwer zu sagen, wie die Saison laufen wird. Es hängt auch davon ab, wie andere Länder ihre Lockerungsmaßnahmen umsetzen.“ Aber die Hoffnung bleibt: „Wer mit seinem Wohnwagen kommt, bringt quasi sein eigenes Zuhause mit sich“, so Sebastian Reddeker.

Generell sind „die Such- und Buchungsanfragen in Europa für innereuropäische Auslandsreisen nach wie vor auf niedrigem Ni-

veau“, erklärt die Agentur „Luxembourg for Tourism“. Demnach sind die Zahlen über das Suchvolumen für Reisen bis Ende Juni allgemein um 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken, für Reisen im Sommer um 35 Prozent und für Reisen im September und Oktober um 25 Prozent. „Für Reisen in Luxemburg dürften die Zahlen nicht so stark rückgängig sein“, erklärt Reddeker, denn: „Luxemburg ist ein typisches Spätbucher-Reiseziel; die Gäste entscheiden sich relativ kurzfristig – im Schnitt erst 30 Tage vor ihrer Ankunft.“ Bei den Google-Suchen seit dem 10. Mai sei das Interesse für Reisen nach Luxemburg von potenziellen Besuchern aus Belgien, der Schweiz, Deutschland und Holland wieder gestiegen, so die Tourismusagentur.

Wichtige Gäste aus dem Ausland

„Luxembourg for Tourism“ geht davon aus, dass sich der Tagestourismus als erstes erholen wird, gefolgt von Inlandsreisen. Denn: Auch Einwohner Luxemburgs profitieren von dem touristischen Angebot im eigenen Land. Nach Angaben der Generaldirektion für Tourismus haben im vergangenen Jahr 60 Prozent der Einwohner an kulturellen Veranstaltungen, Wanderungen und Ausstellungen teilgenommen. „Luxemburg hat großes Potenzial“, so Sprecher Damien Valvasori.

Dennoch ist der heimische Tourismussektor auf die Gäste aus dem Ausland angewiesen – auch wenn allgemein davon ausgegangen wird, dass es dieses Jahr wegen der Corona-Pandemie mehr Inlandstourismus geben sollte. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes Statec gab es im Jahr 2018 mehr als 1,1 Million Ankünfte in gewerblichen Betrieben; Besucher aus Belgien machten etwa 20 Prozent davon aus, Besucher aus Holland

17 Prozent, Besucher aus Deutschland 15 Prozent und Besucher aus Frankreich 13 Prozent. Die Luxemburger selbst dagegen buchen überwiegend nur eine Nacht im eigenen Land – meist wegen Hochzeiten oder anderen privaten Anlässen – „leider nicht, um klassisch Urlaub zu machen“, so LFT-Chef Sebastian Reddeker. So hat eine Statec-Umfrage zum Reiseverhalten der Einwohner Luxemburgs gezeigt, dass im Jahr 2018 nur 1,7 Prozent aller Urlaube im Inland stattfanden – „das waren lediglich 35 000 Reisen“, so Reddeker.

Ob die Preise in der Tourismusbranche künftig steigen werden, um die Verluste der vergangenen Wochen wettzumachen, ist noch schwer zu sagen. „Es ist eine Frage von Angebot und Nachfrage“, sagt Reddeker. Durch mögliche Insolvenzen von Betrieben, die die Corona-Krise nicht überstehen werden, könnte das Angebot niedriger sein. Dagegen aber steht die derzeit geringere Nachfrage – „immerhin sind viele Menschen noch vorsichtig und stellen sich Fragen“, so der LFT-Chef. Auch wurden Tausende im In- und Ausland in Kurzarbeit geschickt und haben ein geringeres Budget in der Urlaubskasse. Sebastian Reddeker geht deshalb derzeit nicht davon aus, dass es im Übernachtungssektor zu einem Preis-Dumping kommen wird – „das wäre schlecht für die ganze Branche“, und schließt gleichzeitig drastische Preissteigerungen aus.

● **Viele Menschen**
● **sind noch**
vorsichtig und
stellen sich Fragen.

Sebastian Reddeker

Kampagne zur Förderung des Tourismus

Reiseland Luxemburg – seit Langem macht das Großherzogtum auf sich aufmerksam – international ebenso wie grenznah. Zuletzt hatte der Minister für Tourismus Lex Delles die Kampagne „Vakanz doheem“ gestartet. Das Ziel: den Luxemburgern selbst und den Nachbarn der Großregion das Land näherzubringen. So fanden im Sommer 2019 verschiedene Aktionen statt; dazu gehörten die „Vakanz doheem“-Portale, die eine Augmented-Reality-Reise quer durchs Land möglich machten. „Die Portale wurden für jeweils mehrere Tage in den verschiedenen Regionen unseres Landes an zentralen Plätzen aufge-

baut, um möglichst viele Menschen zu erreichen – beispielsweise in Einkaufszentren, an Schwimmbädern, vor Freizeitparks oder auch in Stadtzentren“, erklärt Damien Valvasori, Sprecher für die Generaldirektion für Tourismus. Auch eine „Vakanz doheem“-App wurde entwickelt – nach offiziellen Angaben wurde die App von 400 Menschen heruntergeladen. In der Anwendung fürs Smartphone sind zwölf virtuelle Portale, zwei pro Region, zu finden. „Die Kampagne hat sich positiv ausgewirkt“, fasst es Valvasori zusammen. Bei einer Umfrage, die TNS Ilres Anfang Februar 2020 im Auftrag der Generaldirektion

für Tourismus und der nationalen Tourismusagentur „Luxembourg for Tourism“ durchführte, konnten sich 42 Prozent der Befragten an die Kampagne erinnern; gefragt waren Einwohner des Großherzogtums.

Um die Bemühungen des vergangenen Jahres fortzusetzen und der wegen der aktuellen Situation bereits angeschlagenen Tourismusbranche noch stärker unter die Arme zu greifen, ist derzeit eine neue Förderkampagne in Planung, wie die Generaldirektion für Tourismus auf Nachfrage erklärt. Die neue Kampagne, die in Zusammenarbeit mit der nationalen Tourismusagentur „Luxembourg for

Tourism“ ausgearbeitet wird, wird „das Herzstück des touristischen Förderprogramms darstellen“. Geplant sind Werbung und Anzeigen und „eine breite Palette an Aktivitäten und Wettbewerben“. Ein genaues Datum für den öffentlichen Auftakt der Kampagne steht allerdings noch nicht fest. Die nationale Tourismusagentur hat ihrerseits bereits aktiv angefangen, für das Reiseland Luxemburg zu werben: Mitte April wurde das Magazin „Luci – Inspiring Travel Stories from Luxembourg“ veröffentlicht, das „zu einer imaginären Reise durch das Großherzogtum einlädt“, so die Mitteilung von „Luxembourg for Tourism“. mbb

WO STEHEN WIR?

Vertrauen als Währung

Das Comeback des Tourismus wird schwierig

Die Welt bewegt sich langsam wieder nach einer langen Phase des „Lockdown“ wegen der Covid-19-Krise. Reisen werden wieder möglich, Fluggesellschaften dürfen wieder abheben, Grenzen werden wieder geöffnet, das Hotel- und Gastronomiegewerbe darf wieder nach und nach seine Arbeit aufnehmen. Aber es wird lange dauern bis sich die Tourismusbranche wieder aufgerappelt hat. Laut der UNWTO, der Agentur der Vereinten Nationen für die Tourismusförderung, fielen die internationalen Touristenankünfte bereits im ersten Quartal um 22 Prozent, der Rest des Jahres wird düster. Die Agentur rechnet mit einem Rückgang der Touristenströme um 60 bis 80 Prozent im Vergleich zum letzten Jahr.

Diese Zahlen der UNWTO sind noch aussagekräftiger: an den Destinationen werden insgesamt 850 bis 1.100 Millionen Kunden fehlen. 910 Milliarden bis 1,2 Billionen Exportumsätze wird die schlimmste Krise des Tourismus seit Anfang der Aufzeichnungen in den 1950ern verhindern. Zwischen 100 und 120 Millionen Jobs im Tourismus stehen weltweit auf der Kippe - hunderte weitere Millionen Arbeitsplätze hängen an dem Wirtschaftszweig, der in einigen Ländern besonders schwer im Bruttoinlandsprodukt wiegt. In den Philippinen sind es fast 25 Prozent, in Thailand 22 Prozent, in Österreich und Spanien 15 Prozent, in Frankreich 9,7 Prozent. In Luxemburg trägt die Branche um die 6,5 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. An ihr hängen direkt und indirekt rund 20.000 Jobs.

Die UNWTO geht von einer allgemeinen Erholung erst im Laufe des kommenden Jahres aus. Die Durststrecke wird also mitunter lange dauern. Auch wenn die bislang so selbstverständlichen Reflexe wie ein Flugzeug nehmen oder einfach so mal auf Entdeckungsreise gehen wirklich wieder Teil des Alltags werden dürfen. Aber alle Bewegungen werden noch

auf unbestimmte Zeit mit Einschränkungen behaftet sein, Hygiene- und Abstandsregeln sehr groß geschrieben werden. Das wird die Lust am Tourismus in Grenzen halten. Sollten aus Destinationen neue Fälle von Covid-19 gemeldet werden oder selbst Quarantänefälle angekündigt werden müssen, wird das Jahr dort wahrscheinlich definitiv gelaufen sein. Denn bei den Kunden reist die Angst mit. „Vertrauen ist die neue Währung“, brachte Zurab Pololikashwili, der Generalsekretär der UNWTO die Herausforderung unlängst auf den Punkt und plädierte für die koordinierte Anpassung der Gesundheits- und Sicherheitsprotokolle überall in der touristischen Wertschöpfungskette - von der Reise selbst über die Unterbringung, Beköstigung und Freizeitgestaltung. Da gibt es viel zu tun und die Branche wird Unsummen dafür ausgeben müssen, um dieses Vertrauen wiederzuerlangen.

In Luxemburg, wo der Tourismus- und Horeca-Sektor noch weitgehend geschlossen bleiben muss, ist das natürlich nicht anders. Wenn auch nur ein „Contact Tracing“ ergibt, dass eine Covid-19-Ansteckung aus einem Hotel oder einem Restaurant herrührt, wird das eine ganze Branche treffen. Es ist - man kann es nicht oft genug wiederholen - natürlich auch die Verantwortung eines jeden Kunden, dass das nicht passiert. Wir können der Branche unter die Arme greifen, indem wir uns an die Regeln halten, aber natürlich auch, indem wir mal - warum nicht - quasi vor der Haustür urlauben. Denn das Ländchen bietet enorm viel - und es gibt trotz der geringen Fläche immer neue Ecken und Erfahrungen zu entdecken. In diesem Sinne ist zu wünschen, dass reger Gebrauch gemacht wird von dem 50-Euro-„Voucher“, den die Regierung jetzt für Ansässige und Grenzgänger ausgeben will zwecks „Vakanz doheem“. Ein Türöffner für gute Erfahrungen, die man vielleicht dauerhaft wiederholen möchte.

CLAUDE KARGER

Wenn das Gute liegt so nah

Campingbetreiber locken Einheimische mit attraktivem Angebot zur Freizeitgestaltung

Von Nico Muller

Bleesbrück. Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Jetzt, während der weltweiten Corona-Krise, wo Reisen in fremde Länder mehr denn je mit vielen Unwägbarkeiten belastet sind und deswegen für viel Unsicherheit bei den Reisewilligen sorgen, ist diese alte Volksweisheit so wahr wie nie zuvor.

In Zeiten billiger Fernreisen in fremde Kontinente drohten die Schätze vor der eigenen Haustür aus dem Gesichtsfeld zu geraten. Nun aber könnte der Zeitpunkt gekommen sein, wo sich viele Einheimische überlegen, vielleicht doch mal einen Blick vor eben diese Haustür zu werfen, um die Schönheiten des Landes in Augenschein zu nehmen.

Optimismus beim Betreiber des Campingplatzes Bleesbrück

Und – so unwahrscheinlich es im ersten Moment auch erscheinen mag – warum nicht ein Tophotel in südlicheren Gefilden, das womöglich nur mit Einschränkungen zu genießen sein wird, mit einem erstklassigen Campingplatz hierzulande tauschen?

Luxemburgs Campingplätze bieten von großzügigen Rasenflächen für Zelte und schönen Cha-

lets über moderne Stellplätze für Wohnwagen und Wohnmobile bis hin zum Gepäckservice für Gäste, die so ihr Tagesziel auf Schusters Rappen oder mit dem Fahrrad bequem erreichen können, alles, was sich der anspruchsvolle Urlauber wünscht.

Und wer es exklusiver haben möchte, der bucht eine Wanderhütte, einen Pod, ein Safari-, Tipi- oder Beduinenzelt oder gar ein luxuriöses Chalet, wo alle Anforderungen bezüglich Bequemlichkeit und Komfort erfüllt werden.

Vieles davon hat auch der Campingplatz in Bleesbrück, unweit des Zusammenflusses von Blees und Sauer ganz in der Nähe von Diekirch, zu bieten. Vergangenen Mittwoch, dem Tag vor Christi Himmelfahrt, wurde der Schlagbaum am Eingang des Campingplatzes, wo Roger Hamen bereits seit 33 Jahren die Leitung hat, hochgezogen.

Natürlich ist es jetzt auch für diesen alten Campinghasen eine noch nie da gewesene Situation, doch gibt er sich trotz rund 70 Prozent Stornierungen vorsichtig optimistisch im Hinblick auf eine noch gute Saison.

„Das Ostergeschäft gab es dieses Jahr nicht, und von dem ein oder anderen langen Wochenende

wie beispielsweise vom niederländischen Nationalfeiertag Ende April konnten wir nicht profitieren. Ebenfalls sind bereits jetzt weitere Einbußen sicher, weil unter anderem der Armeemarsch, das Volksfest Al Dikkrich, der Nussmarkt in Vianden sowie eine Reihe kultureller und sportlicher Highlights abgesagt sind. Die Übernachtungen wurden teils auf das kommende Jahr umgebucht oder schlichtweg storniert. Doch wenn nicht irgendwann eine zweite Infektionswelle kommt, die uns erneut zum Schließen des Campingplatzes zwingt, die Sicherheitsvorkehrungen weiter gelockert werden und wir Café und Restaurant wieder öffnen dürfen, könnte es doch noch eine zufriedenstellende Saison werden“, so Hamen.

Hoffen auf baldige Rückkehr zur Normalität

So manche Urlauber, vor allem Niederländer, haben sich denn auch bereits eingefunden. Roger Hamen hofft aber, dass vor dem Hintergrund der Coronakrise neben den vielen Dauercampers, die ein gutes Drittel der Übernachtungen in der Saison ausmachen, in diesem Jahr auch vermehrt luxemburgische Gäste den Weg nach

Bleesbrück finden. Argumente gebe es ja auch für sie genug, liege der Campingplatz geografisch doch sehr günstig, um sowohl die Attraktionen des Öslings als auch zum Beispiel der Müllerthalregion kennenzulernen, sei es mit der Badehose, dem Wanderstock, dem Mountainbike oder dem normalen Fahrrad.

Darüber hinaus bietet der Campingplatz inmitten von viel Grün und schattigen Bäumen einen einzigartigen Rahmen, um zu verweilen und abzuschalten. Sogar ein separates FKK-Gelände gibt es hier.

Und so wie Roger Hamen hoffen auch viele andere Campingbetreiber auf eine baldige Rückkehr zur Normalität, auch wenn diese womöglich etwas anders aussehen wird, als man das bisher gewohnt war.

Vielleicht entdecken in den kommenden Monaten ja tatsächlich viele Einheimische die für sie bis dato ungeahnten Annehmlichkeiten eines Campingaufenthalts und überlegen es sich, bei zukünftigen Urlaubsplanungen nicht immer nur in die Ferne zu schweifen.

Branche blickt optimistisch in die Zukunft

CAMPRILux Saison läuft langsam an – erste Camper

Wiebke Trapp

Was die Horesca für die Hotels und Gastronomen ist, ist CampriLux für die Campingplatzbetreiber. Zwar waren die Plätze im Land offiziell nie zu, aber mangels Gästen haben sie freiwillig geschlossen. Unter der Krise habe sie genauso gelitten wie die Mitglieder der Horesca. Trotzdem gibt sich die Branche optimistisch, was die Sommersaison angeht.

„Ist das eine Idylle hier“, sagt Werner Kehrner (71). Er und seine Frau Regine (63) sind am Montag auf dem Camping Auf Kengert bei Fels mit ihrem Campingcar angekommen. Sie stammen aus Tübingen und sind das erste Mal in Luxemburg. „Normalerweise sind wir um diese Zeit in Kroatien“, sagt der Rentner. „Meine Frau liebt das Meer.“

„Dieses Jahr ist alles anders. Der Pfingsturlaub war wie jedes Jahr geplant und im Kalender eingetragen, doch auf den Balkan wollten die beiden nicht. „Mit den Tests und allem anderen ist mir Luxemburg doch viel integrativer als Kroatien“, sagt Kehrner. Doch wohin in Corona-Zeiten? Eine Alternative für den Urlaub hatten sie erst einmal nicht.

Bis Kehrner im Fernsehen die medienwirksam inszenierte Wiedereröffnung der Grenzen durch Außenminister Jean Asselborn (LSAP) und sein deutsches Pendant Heiko Maas (SPD) auf der Brücke in Schengen sieht. Das war die Initialzündung für eine Idee. Aus dem anfänglichen „Warum nicht nach Luxemburg?“ wurde schnell ein „Da fahren wir hin“. Die nächsten zehn Tage werden sie Fahrrad fahren und das Müllerthal erkunden. Deswegen kommen viele Klienten zu Linda Gedink (55), die den Campingplatz betreibt. „Fahrrad fahren, wandern, Ausflüge in die Stadt oder einfach nur die Ruhe genießen“, so beschreibt sie ihre Zielgruppe. Sie besteht aus Familien, Paaren oder Senioren. Die Luxem-

burgerin mit niederländischen Wurzeln ist auf dem Campingplatz aufgewachsen. 1987 stieg sie nach und nach ins Geschäft ein und übernahm die touristische Einrichtung schließlich ganz von ihren Eltern.

Offene Sanitäranlagen – geschlossene Spielplätze

50.000 Übernachtungen hat sie durchschnittlich pro Jahr. Auch bei ihr ist dieses Jahr alles anders. Als am 13. März die Ankündigung des Lockdowns in Luxemburg kommt, macht sie wenige Tage später das vier Hektar große Gelände mit den 180 Stellplätzen dicht. Da waren die letzten englischen Gäste abgereist, die auf einen Platz auf einer der Fähren warten mussten.

Seitdem ist der 20x10 Meter große Swimmingpool leer, Spielplatz, Restaurant und Platz geschlossen. Die Kehrners sind die ersten Gäste, die dem weitgehend immer noch unbelebten Platz so etwas wie Urlaubsfeeling einhauchen. Bei der Entscheidung für Luxemburg hat den beiden Tübingern noch etwas anderes geholfen. „Die Toilettenanlagen hier sind wie geschleckt, super sauber“, sagt Regine Kehrner. In Baden-Württemberg, wo sie herkommen, sind die Campingplätze zwar offen, aber die Sanitäranlagen nicht.

Fragen danach oder ob die Sanitäranlagen offen sind, wie es mit dem Restaurant aussieht oder ob der Pool benutzbar ist, hört Linda Gedink seit Tagen. Gäste wie die Kehrners erkundigen sich nach den Bedingungen eines eventuellen Urlaubs. Gedinks Kollegen im Land, die Mitglieder von CampriLux, wollen mehr zu den Sicherheitsbestimmungen wissen. Sie ist die Generalsekretärin des Berufsverbandes. 61 der 80 Campingplätze des Landes sind darin vereinigt. Nach den Lockerungen, die am Montag angekündigt wurden, wollen viele Platzbetreiber zu einer wie auch immer gearteten

Normalität zurück. Camping als Urlaubsform boomt seit Jahren, die Sommersaison ist der wichtigste Einnahmefaktor im Jahr.

Gäste und Mitglieder haben viele Fragen

Von dem Boom profitiert auch der „Kengert“. 2019 war mit einer Steigerung von 5 Prozent ein sehr gutes Jahr. Das Gros der Gäste kommt mit 60 Prozent aus den Niederlanden, der zweitgrößte Teil kommt mit 15-20 Prozent aus Belgien. Den Rest teilen sich Deutsche mit anderen Nationalitäten. Auf Niederländer und Belgier muss der Campingplatz vorerst verzichten. Im Oranjeland gilt nach wie vor „Code orange“ mit strenger Reisewarnung, Belgien hat die Grenzen noch zu.

Die niederländischen Gäste fragen vor allem nach der Maskenpflicht. „Sie mögen das nicht“, sagt Gedink. „Sie tragen ja auch keine Fahrradhelme oder Badekappen.“ Luxemburger sind eine Rarität auf dem Gelände. Deswegen hofft sie dieses Jahr auf einheimische Gäste. Vor allem wegen der Bons, die die Regierung austeilen will, um damit den einheimischen Tourismus im Sinne von „Vakanz do-heem“ zu fördern.

Das Tourismusministerium bestätigt auf Tageblatt-Anfrage, dass es sie geben wird. 50 Euro sollen sie wert sein. Jeder Einwohner über 16 Jahren sowie jeder Grenzgänger, der in Luxemburg arbeitet, soll einen „Voucher“ erhalten und kann ihn in einer Übernachtungseinrichtung einlösen. 750.000 Personen sollen laut Ministerium davon profitieren und die heimische Nachfrage ankurbeln. Details soll es Ende nächster Woche geben.

Zwar ist die Buchungslage weit entfernt von „ausgebucht“, aber für den Sommer sieht es gut aus. Das stimmt positiv. Die meisten der nicht stornierten Buchungen für den Sommer stammen von Gästen, die im Winter reserviert

haben. Sie wollen abwarten, wie sich die Lage entwickelt. Neue Anfragen kommen derzeit von Gästen, die den „Kengert“ kennen. Auf die Wirkung dieses Wiedererkennungseffekts setzt Gedink, wenn die Luxemburger sich dieses Jahr für einen Urlaub bei ihr entscheiden.

Es geht also einer Normalität – wenn auch mit Einschränkungen – entgegen. Zwei Wermutstropfen hat es aber. Gedink hat einige Absagen von Gästen hinnehmen

müssen, die mit kleinen Kindern reisen. „Es ist schwer, ihnen zu vermitteln, dass der Spielplatz nach wie vor geschlossen bleiben muss“, sagt Gedink. Das betrifft alle Campingplätze in Luxemburg, die per Gesetz einen Spielplatz vorhalten müssen.

Der zweite Wermutstropfen ist die kurze Zeit, die zwischen der Erlaubnis zu öffnen und der offiziellen Ankündigung liegt. Gerade mal drei Tage bleiben den Gastonomen zwischen der Ankündi-

gung der Lockerungen für ihren Außenbereich. Fünf Tage haben sie Zeit für ihr Restaurant. Damit hat sich bewahrheitet, was Horesca-Präsident Alain Rix schon seit Tagen anmahnt, weil er es befürchtet hat. Er hatte im Sinne seiner Mitglieder gefordert, mindestens eine Woche vorher eine Öffnung anzukündigen, damit die Professionals ausreichend Zeit haben, ihren Wareneinkauf zu organisieren und Engpässe zu vermeiden.

Camping Auf Kengert

Das vier Hektar große Gelände liegt kurz vor Fels. 180 Stellplätze gibt es dort, alle sind Campern vorbehalten, Dauer-camper gibt es nicht. Es gibt einen Indoorspielplatz, einen Pool, einen Außenspielplatz, ein Restaurant mit 80 Plätzen und eine große Außenterrasse mit Blick auf das Gelände sowie einen Laden. Der Camping liegt in der Ferienregion Müllerthal und bietet zahlreiche Ausflugsziele in der näheren Umgebung.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Fragile Entspannung

Sehr langsam nur kehren die Gesundheitseinrichtungen in ihren gewohnten Alltag zurück

Von Diana Hoffmann

Esch/Alzette. Die Suche nach der idealen Exit-Strategie aus der Corona-Krise läuft auf Hochtouren. Die Antwort darauf, wie schnell diverse Regelungen gelockert werden können und eine Rückkehr in den Alltag möglich sein wird, wird in den Krankenhäusern zu suchen sein. Entscheidend ist nämlich, dass sowohl personell als auch materiell genügend Ressourcen vorhanden sind für den Fall, dass es zu einer zweiten Infektionswelle kommt.

Um sich ein Bild über die momentane Situation zu verschaffen, aber auch, um sich bei den Mitarbeitern im Gesundheitswesen sowie den vielen Freiwilligen zu bedanken, besuchten gestern Premierminister Xavier Bettel (DP), Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und der Escher Bürgermeister Georges Mischo (CSV) das Centre des soins avancés (CSA) in Belval und das Centre hospitalier Emile Mayrisch (CHEM) in Esch/Alzette.

Ihren Anfang nahm die Visite im CSA in der Rockhal. Der beste Überblick ist dort, auch in Corona-Zeiten, von der Bühne aus gegeben. Dort, wo sonst das Publikum steht, befinden sich drei Zeltreihen. Zwei für Covid-19-Verdachtsfälle und eine für Patienten ohne Verdacht auf Covid-19. Das Maximum waren bislang 160 Personen, die an einem Tag in dem CSA passierten. „Momentan liegt der Durchschnitt bei 60 bis 70 Personen am Tag“, erklärt Mylène Carrière, Leiterin des CSA in Belval, in Nicht-Corona-Zeiten Mitarbeiterin des Centre national de

l'audiovisuel (CNA) in Düdelingen. Etwa 65 Personen wurden bislang von dem Zentrum aus in ein Krankenhaus weitergeleitet. Manche davon auch, um weiterführende Untersuchungen durchzuführen.

Maisons médicales vor Wiedereröffnung

Ab Montag wird voraussichtlich in den vier CSA landesweit weniger Betrieb herrschen. Dies einerseits, da die Maisons médicales wieder öffnen, aber auch viele Arztpraxen werden wieder Patienten empfangen. Weiterhin soll dennoch die Priorität auf Telekonsultationen gesetzt werden und es muss im Vorfeld ein Termin vereinbart werden. Darüber hinaus wird auch das CHEM in Niederkorn ab kommender Woche seine Dienste teilweise wieder aufnehmen. Über diesen Umstand erfuhren Bettel, Lenert und Mischo mehr bei dem zweiten Teil ihrer Visite im CHEM in Esch/Alzette.

Die Poliklinik in Niederkorn wird zwischen 8 und 16 Uhr öffnen. Jedoch nur nach Vereinbarung eines Termins. Ab Mittwoch sind dann wieder Röntgenaufnah-

men und Scans möglich, und die ambulante Chirurgie wird wieder aufgenommen. Das CHEM in Düdelingen bleibt vorerst geschlossen. Auch im CHE in Esch gibt es erste Überlegungen, wie ein Teil der Covid-Station, die auf vier Etagen in einem separaten Gebäudeflügel untergebracht ist, wieder für Nicht-Covid-Patienten zugänglich gemacht werden kann. Bis dies passiert, wird aber wohl noch weit mehr als ein Monat vergehen.

Alle Dienste, die im Krankenhaus in normalen Zeiten angeboten werden, seien dennoch weiterhin verfügbar, erklärt Dr. Bob Muller, Mitglied der Krisenzelle des CHEM.

Insgesamt verfügt das Krankenhaus in Esch über 368 Betten. 120 davon sind Covid-Patienten vorbehalten. 32 davon sind momentan belegt. Neun der Patienten benötigen intensive Pflege. Erst einer der fünf Covid-Erkrankten aus der französischen Region Grand Est, die in Esch behandelt werden, konnte das Krankenhaus verlassen. Bislang wurden 117 Personen, die wegen Covid-19 behandelt wurden, entlassen.



Fähig werden die freiwilligen Helfer auf der Bühne der Rockhal in Belval gebrieft (oben). Xavier Bettel, Paulette Lenert und Georges Mischo werden durch die Gänge des Krankenhauses in Esch geführt

Langsame Entwicklung des Home-Office

LUXEMBURG 66,9 Prozent der Beschäftigten arbeiteten 2019 nie von zu Hause aus

Christian Muller

Die Corona-Krise öffnet ein Fenster in eine alternative Gegenwart. Ein gewaltiger Anteil der Beschäftigten arbeitet von zu Hause aus. Und es funktioniert. Die Betriebe laufen weiter – die Staus auf den Straßen waren kleiner. Ein Rückblick auf die Entwicklung des Home-Office in den letzten Jahren.

Bereits vor der aktuellen Krise hatten sich viele Beschäftigte die Möglichkeit gewünscht, zumindest manchmal von zu Hause aus arbeiten zu dürfen. Doch 2019 konnten in Luxemburg nur 11,6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung diese Möglichkeit nutzen. Europaweit liegt der Durchschnitt mit 5,4 Prozent noch deutlich niedriger. Spitzenreiter beim Home-Office sind Finnland und die Niederlande mit 14,1 Prozent. In Rumänien sind es hingegen nur 0,8 Prozent. Das geht aus neuen Zahlen des statistischen Instituts Eurostat hervor.

In den Zahlen von Eurostat verstecken sich zudem interessante Details: So arbeiten 2019 in Luxemburg satte 66,9 Prozent der Beschäftigten nie von zu Hause aus. Der Anteil der Frauen im Home-Office ist leicht höher als derjenige der Männer. Nur 8,9 Prozent der Gehaltsempfänger arbeiteten 2019 für gewöhnlich in ihrem Home-Office – jedoch 37,7 Prozent der Selbstständigen.

In den letzten zehn Jahren gab es beim Anteil der Menschen, die normalerweise von zu Hause aus arbeiten, derweil kaum Bewegung. In Luxemburg, wie in ganz Europa, ist die Quote fast unverändert geblieben.

Mehr Menschen arbeiten

manchmal von zu Hause

Deutlich zugelegt hat in den letzten zehn Jahren jedoch der Anteil der Menschen, die manchmal von zu Hause aus arbeiten. Lag die Quote 2009 noch bei 10,4 Prozent, so waren es letztes Jahr bereits 21,5 Prozent. Im Jahr 1992 waren es erst 2,8 Prozent. Auch europaweit ist der Anteil der Menschen, die manchmal im Home-Office sind, am Zulegen, wenn auch langsamer als in Luxemburg. Letztes Jahr lag die Quote in der Eurozone bei 8,9 Prozent. Besser als Luxemburg schneidet Schweden ab: Hier konnten letztes Jahr 31,3 Prozent der Beschäftigten manchmal Home-Office-Dienst leisten.

Luxemburg landet beim Home-Office somit, laut Eurostat, auf den vorderen Plätzen. Die Entwicklung schreitet aber nur langsam voran. Im Jahr 2014 war mit 14,1 Prozent der Beschäftigten, die im Normalfall von zu Hause aus arbeiten, ein Höchststand erreicht worden. Seitdem ging es wieder bergab.

Ob sich nun in Zukunft etwas an dieser Entwicklung ändern wird, bleibt eine offene Frage. Mehr Arbeit von zu Hause wäre zumindest ideal, um Druck von den verstopften Straßen zu nehmen.

Jedoch ist Heimarbeit nicht für jeden Job möglich und auch nicht von jeder Person gewünscht. Zudem gibt es innerhalb des europäischen Binnenmarkts keine Regeln, die das grenzüberschreitende Arbeiten von zu Hause aus fördern. Dieser Aspekt betrifft das Großherzogtum mit seinen vielen Grenzpendlern besonders. Dass technisch viel mehr möglich ist, zeigt jedenfalls die aktuelle Krise.

Grenzüberschreitender Optimierungsbedarf

Die Unternehmen haben jedenfalls unterschiedliche Bedürfnisse. So hat die BGL BNP Paribas vor rund einem Monat erklärt, „Télétravail“ sei für die Bank nur eine Notlösung, die das Weiterlaufen der Arbeit sicherstellt. Es sei jedoch nicht ideal, um die Mission einer Bank zu erfüllen. Kundenkontakt gehöre dazu. Ein Tag Home-Office pro Woche sei allerdings vorstellbar.

Die Deutsche Bank Luxemburg, die ein anderes Geschäftsmodell hat und von Luxemburg aus vor allem große europäische Kunden betreut, sieht das Thema Home-Office anders: Langfristig würde die Bank gerne „etwas davon beibehalten“, erklärte Frank Krings, Geschäftsführer der Bank, am Mittwoch im Rahmen einer Pressekonzferenz zur Vorstellung der Jahreszahlen. „Wir wünschen uns das – als ein Mosaikstein in unserem Werkzeugkasten.“ Gleichzeitig sieht er Home-Office auch als mögliche Ergänzung zu den „Zentren für Krisenfälle“, die Banken haben müssen.

Von den rund 300 Mitarbeitern der Deutschen Bank Luxemburg sind derzeit nur zehn Prozent der Beschäftigten physisch in den Büros vertreten, so Frank Krings weiter. „Und das funktioniert gut ... eigentlich erstaunlich gut.“ Etwa zehn bis zwölf Prozent des Verkehrs in der Großregion könnten durch Home-Office eingespart werden, schätzt er. Jedoch gelte es, noch Fragen zur grenzüberschreitenden Arbeit zu regeln, so der Bankchef. Hier gebe es noch „Optimierungsbedarf.“ 73 Prozent der Mitarbeiter der Bank sind Grenzgänger.

Die wundersame Einwohnervermehrung

Was Vorschriften und Appelle nicht geschafft haben, hat das Coronavirus nun offensichtlich vollbracht: Viele Luxemburger, die in Deutschland wohnen, haben im März und April hier ihren Wohnsitz angemeldet. Zur Freude der Ortsbürgermeister.

VON MARION.MAIER

KONZ/SAARBURG/HERMESKEIL/

TRIER Der Ortsbürgermeister von Wincheringen, Elmar Schömann, freut sich. Seine Gemeinde ist im März auf einen Schlag um 22 Mitglieder gewachsen. Für die Ortsgemeinde bedeutet das mehr Geld. Denn sie erhält für jeden Einwohner mit Hauptwohnsitz im Ort eine Schlüsselzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich. Laut Saarburger Verwaltung betrug diese 2019 rund 450 Euro für jeden Wincheringer. Macht für 22 Köpfe mehr 9900 Euro. Als Umlage landen davon zwar 27 Prozent bei der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell und 44 Prozent beim Landkreis, aber sie bleiben immerhin in der kommunalen Familie.

Dieses Wachstum ist nicht allein in Wincheringen zu beobachten. Ob Palzem, Nittel, Langsur – im März ist in vielen Kommunen nahe der luxemburgischen Grenze just die Zahl der Einwohner aus dem Großherzogtum in die Höhe geschnellt (siehe Info). Im gesamten Kreisgebiet sind seit Ende Februar mehr als 200 Luxemburger hinzugekommen, ein markanter Anstieg im Vergleich

zu den Vormonaten, sagt der Sprecher der Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Thomas Müller.

Das legt nahe, dass dies kein Zufall ist, sondern Ergebnis der Grenzkontrollen aufgrund der Corona-Pandemie. Denn seit 16. März hat die deutsche Bundespolizei an der luxemburgischen Grenze kontrolliert und die Menschen nur mit triftigem Grund ins Land gelassen. Ein Wohnsitz ist ein solcher Grund.

Ortsbürgermeister Schömann sieht die Sache dennoch in erster Linie positiv und sagt: „Dass die Luxemburger nun hier gemeldet sind, ist für die Ortsgemeinde nicht nur wegen des Geldes erfreulich, sondern auch, weil die Leute sich nun zu ihrem Ort bekennen.“

Schon mehrfach hat Schömann die Menschen, die in Wincheringen leben, im Amtsblatt darum gebeten, sich dort auch anzumelden – ohne Resonanz. Dabei besteht in Deutschland eine Meldepflicht. Innerhalb von zwei Wochen nach Einzug in eine Wohnung müssen sich die Neubürger beim Einwohnermeldeamt registrieren lassen.

Wer zu spät dran ist, muss unter Umständen zahlen, denn er begeht eine Ordnungswidrigkeit. Theoretisch können je nach Fall und Dauer Geldbußen bis zu 1000 Euro verhängt werden. Die Luxemburger haben sich über ihre Anmeldung deshalb womöglich nicht ganz so gefreut wie die Ortsbürgermeister. Zumindest einige Verbandsgemeinden haben tatsächlich auch Bußgeld kassiert – allerdings ein moderates.

So hat die Saarburger Verwaltung 14-mal zur Kasse gebeten und zwischen 25 Euro (ab einem Monat Verspätung) und 100 Euro (ab sechs Monaten) verlangt. Die VG Trier-Land

hat siebenmal Verwarngeld erhoben (maximal 50 Euro für mehr als drei Monate Fristüberschreitung). In Konz sind laut Pressesprecher Michael Naunheim Bußgeldverfahren eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen worden. Die Betroffenen müssten zunächst die Gelegenheit erhalten, sich zu den Gründen der verspäteten Anmeldung äußern.

Auf Kreisebene sind die bewusst oder unbewusst verpassten Anmeldungen am Montag Thema. Dann befasst sich der Kreisausschuss mit einem Appell an die Verantwortlichen und Entscheidungsträger in der Großregion SaarLorLux. Unter den Punkten, die für das eigene Gebiet zu klären sind, heißt es: „Es ist dafür Sorge zu tragen, dass auch im Sinne der Europäischen Idee die jeweils geltenden Meldeverpflichtungen eingehalten werden, um Irritationen und Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Genauso muss vor dem Hintergrund verschiedener Verlautbarungen in der Öffentlichkeit auch klar sein, dass das Zahlen von Steuern und Abgaben in Deutschland für sich genommen kein Nachteil ist!“

Der Kreisausschuss Trier-Saarburg tagt am Montag, 4. Mai, 17 Uhr, im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.

„Dass die Luxemburger nun hier gemeldet sind, ist für die Ortsgemeinde nicht nur wegen des Geldes erfreulich, sondern auch, weil die Leute sich nun zu ihrem Ort bekennen.“

Elmar Schömann

Ortsbürgermeister von Wincheringen

„Luxemburger und Franzosen sind richtig sauer auf uns“

Der Trierer Rechtsanwalt Franz Peter Basten nennt Gründe, die Luxemburger davon abhalten könnten, sich in Deutschland anzumelden. Die Grenzkontrollen kritisiert er scharf.

Franz Peter Basten.

TRIER (mai) Franz Peter Basten, Rechtsanwalt und ehemaliger Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg, vermutet, dass einer der Hauptgründe dafür, dass in der Region Trier lebende Luxemburger ihren Wohnsitz lieber in ihrem Heimatland behalten und sich nicht in Deutschland anmelden würden, mit dem Nachwuchs zusammenhängt. Sie wollten ihre Kinder lieber in den luxemburgischen Krippen und Schulen anmelden, damit diese dreisprachig aufwachsen könnten. Dies sei ein Wettbewerbsvorteil. Laut Schulgesetz müssen Kinder mit Wohnort in Rheinland-Pfalz dort auch zur Schule gehen. Nur in begründeten Fällen könne eine ausländische Schule besucht werden, heißt es.

Basten hält es auch für möglich, dass emotionale Gründe dazu führ-

ten, dass Luxemburger sich nicht gern in Deutschland anmeldeten. Er weist zudem darauf hin, dass bei der Arbeitslosenunterstützung in Luxemburg das Wohnortsprinzip gelte. Das heißt, Betroffene erhalten in dem Land, in dem sie bei der Arbeitsplatzkündigung wohnen, Unterstützung. Das luxemburgische Arbeitslosengeld sei mit 80 Prozent des Gehalts höher als das deutsche (60 Prozent). Die Grenzkontrollen kritisiert Basten scharf. Er sagt: „Das regt mich auf! Damit wurde viel Porzellan zerschlagen. Die Luxemburger und Franzosen sind richtig sauer auf uns!“ Zwar sei das Elsass ein Corona-Hotspot gewesen, nicht aber Lothringen oder Luxemburg. Das Großherzogtum habe ähnlich strenge Regeln aufgestellt wie Deutschland. Die Kontrollen seien nicht durchdacht gewesen. An der niederländischen Grenze sei nicht kontrolliert worden.

INFO

Zahl der neu angemeldeten Luxemburger

Im März ist die Zahl der Luxemburger, die ihren Wohnsitz in der Region angemeldet haben, in die Höhe geschossen. Spitzenreiter unter den Verbandsgemeinden (VG) im Landkreis Trier-Saargau ist die **VG Saarburg-Kell**.

burg-Kell: 61 Luxemburger haben im März dort ihren ersten Wohnsitz angemeldet. Die drei Orte, die der luxemburgischen Grenze am nächsten sind, profitieren auch am ehesten: Wincheringen (22), Palzem (9) und Merzkirchen (8). Platz zwei belegt die **VG Konz** mit **47** Luxemburgern mit neuem Hauptwohnsitz. 20 davon leben in Nittel, zehn in Temmels. Bezieht man die

Stadt Trier in den Vergleich mit ein, so rangiert sie auf Platz drei mit **33** Neu-Trierern aus Luxemburg im März. Die **VG Trier-Land** hat im März einen Zuwachs von **31** Menschen aus dem Großherzogtum registriert. Sie verteilen sich auf die Orte Langsur (14), Ralingen (12), Igel (3), Trierweiler (2). In der **VG Hermeskeil** sind es zwei neu angemeldete Luxemburger, und zwar in Gusenburg und Reinsfeld. In der

VG Schweich hat sich kein Luxemburger im März angemeldet. Die etwas aktuelleren Zahlen für den gesamten **Landkreis Trier-Saargau**: Dort ist die Zahl der gemeldeten Luxemburger zwischen 29. Februar und 29. April um **206** auf 4103 gestiegen, wohingegen sie im Februar um zehn gesunken war.

Baden mit Tücken

Freiwasserschwimmen ist erlaubt, der Zugang ist aber nicht zu allen Badegewässern möglich

Von Sophie Hermes

Luxemburg. Seit dem 1. Mai ist die Badesaison eröffnet. In und an den offenen Gewässern ist es bisher aber ruhig geblieben. Zum einen lud das Wetter zunächst nicht wirklich zu einem Badeausflug ein. Zum anderen war dieser durch die Ausgangsbeschränkungen bis Anfang dieser Woche auch schlicht und einfach nicht möglich.

Seit dieser Woche zählt das Schwimmen in den Badegewässern zu jenen Sportaktivitäten, die offiziell erlaubt sind – ebenso wie Tauchen, Segeln und diverse andere Wassersportarten.

Freiwasserschwimmen darf man in Luxemburg an sich während der Saison – also von Anfang Mai bis Mitte September – in den drei ausgewiesenen Badegewässern. Dies sind der Baggerweiher in Remerschen, der Obersauerstausee und der See in Weiswampach. So lautet zumindest die Theorie. Die Praxis sieht derzeit aber anders aus. Denn in der vergangenen Woche hatte Sportminister Dan Kersch darauf hingewiesen, dass einige Sportarten wohl wieder erlaubt seien, es jedoch den Gemeinden oder Eigentümern der Einrichtungen überlassen sei, der Öffentlichkeit Zugang zu diesen zu gewähren.

Unterschiedliche Bestimmungen

Genau das macht den Schwimmern derzeit vielerorts einen Strich durch die Rechnung. So ist etwa das Areal des Baggerweihers in Remerschen noch geschlossen (siehe unten). Auch der Zugang zu den Stränden am Obersauerstau-

see, von denen aus man den besten Zugang in das Gewässer hat, ist bis auf Weiteres verboten. Wer gegen diese Vorschrift verstößt, riskiert ein Bußgeld zwischen 25 und 250 Euro. Dabei richtet sich das Verbot allerdings nicht in erster Linie gegen Schwimmer und Wassersportler, sondern es soll dafür sorgen, dass es an den Stränden nicht zu größeren Menschenansammlungen kommt.

Anders ist die Lage in Weiswampach. Dort ist der Zugang zum See frei zugänglich. Schwimmer sind demnach willkommen. Bisher habe man schlicht und einfach keinen Grund gehabt, den Zugang zu sperren, heißt es bei der Gemeinde.

Auch für das Wasserwirtschaftsamt hat die Badesaison trotz Corona-Pandemie am 1. Mai nach Plan begonnen. Seither wird die Wasserqualität in allen drei Gewässern regelmäßig kontrolliert. Derzeit ist diese an allen Standorten ausgezeichnet. Sollte es zu einem späteren Zeitpunkt in der Saison zu einem Problem kommen – wie etwa zur Bildung von Blaualgen –, kann demnach sofort reagiert werden und gegebenenfalls für das betroffene Gewässer ein Badeverbot ausgesprochen werden. Somit wird die Gesundheit der Badegäste gewahrt.

Deshalb war es im Wasserwirtschaftsamt nie ein Thema, die Kontrollen wegen der Ausgangsbeschränkungen nicht durchzuführen – ganz gleich, ob der Zugang zu den Gewässern derzeit möglich ist oder nicht. „Sollte es zu einer Lockerung der Ausgangs-

sperren kommen, muss das Monitoring gemacht sein“, hatte Jean-Paul Lickes, Direktor der Wasserverwaltung, noch vor Bekanntgabe der zweiten Lockerungsphase erklärt.

In den Startlöchern

Etwas in Verzug geraten ist in diesem Jahr unterdessen der Saisonauftakt der Rettungstaucher des Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS). Die freiwilligen Helfer werden an diesem Wochenende erstmals in der Base nautique in Lultzhausen einen Bereitschaftsdienst leisten. Die systematische Absicherung der Badeseen fällt zwar nicht in ihren Aufgabenbereich – jeder schwimmt auf eigene Gefahr –, bei Notfällen kommen sie jedoch zum Einsatz.

Dabei wird bei so manchem vielleicht doch ein etwas mulmiges Gefühl mitspielen, denn in Zeiten der Corona-Pandemie verläuft ein möglicher Einsatz für die Rettungstaucher nicht ganz ohne Ansteckungsgefahren. Enger Körperkontakt lässt sich bei einer Rettungsaktion nämlich nur schwer vermeiden.

Dennoch bereiten sich die Rettungstaucher auf einen arbeitsreichen Sommer vor. „Sollte es den Menschen nicht möglich sein, in Urlaub zu fahren, werden sie sich wohl verstärkt an den Luxemburger Seen aufhalten“, sagt Roland Disiviscour, Leiter der Hommes-grenouilles. Vorausgesetzt, das Freiwasserschwimmen bleibt erlaubt und der Zugang zu den Badeseen ist möglich.

„Sogar der Himmel weinte“

ING NIGHT MARATHON So erlebte Organisator Erich François das Läufer-Wochenende

Christelle Diederich

Er schaute am Samstag nur kurz in der Luxexpo vorbei, dann fuhr Erich François nach Hause. Ein „furchtbares“ Wochenende liegt hinter dem Organisator des ING Night Marathon. Am Montagmorgen saß er allerdings wieder im Büro und werkelte an der 15. Jubiläumsausgabe, die auf den 15. Mai 2021 verschoben wurde.

Eigentlich hätte er um 19.00 Uhr am Samstagabend auf dem Kirchberg zugesehen, wie sich 17.000 Läufer auf ihren Weg durch die Hauptstadt gemacht hätten. Doch statt des Startschusses des 15. Marathons gab es für Erich François an diesem Wochenende nur ein paar klirrende Gläser. Der Chef des Marathon-Organisators Step by Step traf sich am Abend mit ein paar Kollegen – um auf die verschobene 15. Jubiläumsausgabe anzustoßen. „Ich habe noch ein paar Mails verschickt und bin früh ins Bett – so früh wie noch nie am Marathon-Wochenende.“

Balsam für die Seele war daher ein Anruf aus Hannover: „Die Organisatoren des dortigen Marathons haben sich erkundigt. Sie wussten, dass es ein grauer Tag werden würde. Auch die Sponsoren haben sich gemeldet und uns mit Worten wie ‚Kopf hoch‘ aufgemuntert.“

Sich komplett abzuschirmen, funktionierte ohnehin nicht, wie er zugab: „Ich war kurz in der Luxexpo und bin ein paar Läufern begegnet, die mit ihren Startnummern vom letzten Jahr unterwegs waren. Für mich war etwas dabei ganz interessant: Noch nie hat es in den 15 Jahren beim Start geregnet, außer diesmal. Sogar der Himmel weinte ...“

Nicht nur in der Hauptstadt, auch über Facebook oder Strava und Co. war am Marathon-Wochenende ein sportlicher Trend erkennbar: „Unsere Läufer sind treu und mitfühlend.“ Nora Bieber, die in diesem Jahr auf dem Cover abgebildet war und das Gesicht des Luxemburg-Marathons 2020 darstellte, spulte ihre 42 Kilometer beispielsweise auf einem Laufband ab. Kurz kam auch bei François der Gedanke auf, ein virtuelles Rennen auf die Beine zu stellen. Doch der Trierer fand ebenso schnell die Gegenargumente: „Es hätte einfach keinen Sinn gemacht. Es hätte nicht funktioniert. Der Luxemburger Lauf lebt von der Atmosphäre und dem dichten Gedränge an den Straßen.“

400.000 Euro an Kosten

Enttäuscht sei er aber nicht nur für die Sportler, sondern auch für die rund 50 Klubs, die ihre Vereinskasse durch den Verkauf von Essen und Trinken aufpolieren. „Die Scouten finanzieren normalerweise viele Projekte durch ihre Einnahmen bei der Gölle Fra.“ So aber bleibt es bei leeren Kassen für die Klubs und einem Minus „im mittleren fünfstelligen Bereich“ für die Organisatoren. „400.000 Euro an Kosten waren bereits angelaufen.“ Werbung auf Marathon-Messen, bedruckte Runners-Handbooks oder das Meldesystem gehörten dazu, ebenso die Löhne des Personals der Firma: fünf Vollzeit- sowie zwei Halbtagskräfte.

„Unser Sponsor ING hat darauf bestanden, dass kein Läufer einen finanziellen Schaden erleidet. Obwohl Tango noch keinen Vertrag unterzeichnet hatte, haben sie bezahlt.“ Die Leichtathleten wurden entweder finanziell entschädigt

oder haben einen Gutschein für die Einschreibung 2021 bekommen. „In Luxemburg gibt es Firmen, denen es viel schlechter geht als uns. So gesehen bin ich mit einem blauen Auge davongekommen“, schlussfolgerte der Kopf von Step by Step. Er selbst geht davon aus, dass es 2020 wohl keine großen Marathons mehr geben wird, „bis ein Impfstoff gefunden wurde. Es müsste schon ein Wunder geschehen – und das wäre die Impfung. Danach werden auch die Rockhal und Co. wieder zum Leben erwachen. Wir können keine Läufer mit Masken oder Abstand auf die Strecke schicken. Aber es wird so viel geforscht, ich schätze mal, dass bis Ende des Jahres etwas gefunden wird.“

„Chancen stehen gut“

François ist sich bewusst, dass es keine Garantie gibt, ob das Lauf-Event 2021 stattfinden wird. „Vor drei Monaten war ich noch überzeugt, dass wir es auch diesmal hätten durchziehen können. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht.“ Trotzdem fügte er hinzu: „Die Chancen stehen aber gut, sonst könnte ich die Bude ja gleich zumachen. Aber noch so ein Jahr, und wir sind platt ...“

354 Tage bleiben den Läufern ab jetzt noch zum Training und dem Organisationsteam, um zwei Sponsoren zu überzeugen, an Bord zu bleiben. Der Hauptsponsor verlängerte seinen Vertrag um fünf Jahre, bis zur 19. Ausgabe 2025. François versicherte, dass die Extraportion an Jubiläums-Spektakel nicht aufgehoben, sondern nur verschoben wurde: „Wie das aussehen wird, bleibt aber noch geheim. Wir planen noch ein paar Dinge mit ein.“

Diplomat und Kosmopolit Adrien Meisch gestorben

Mit Adrien Meisch verschwindet ein umtriebiger Botschafter, der auf dem diplomatischen Parkett und auch hinter den Kulissen viel für Luxemburg bewirkte.



Adrien Meisch im Jahr 1988. (Foto: Joseph Lorent / LW-Archiv)

Von Joseph Lorent

Nur wenige Wochen nach seinem 90. Geburtstag ist am Dienstag nach längerer Krankheit in einer Klinik in Südfrankreich mit Adrien Meisch eine große Luxemburger Persönlichkeit gestorben, die in verschiedenen Bereichen - allen voran in der Diplomatie und in der Kultur - Jahrzehnte hindurch aktiv war.

Geboren am 8. April 1930 in Luxemburg, schlug er eine Laufbahn auf außenpolitischer Ebene ein, zuerst 1957 und 1958 als Legationsattaché im Außenministerium. Die nächsten Etappen waren: Mitglied der Ständigen Vertretung Luxemburgs und Konsul des Großherzogtums in New York (1958-1960), Legationssekretär und beigeordneter Ständiger Vertreter bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel (1961-1965), Legationsrat und beigeordneter Ständiger Vertreter bei der OECD und der NATO (1965-1967), Legationsrat (1968-1969) und anschließend bis 1971 Direktor der Abteilung für politische Angelegenheiten im Außenministerium in Luxemburg.

Dann begann seine Karriere als Botschafter, die sich über 27 Jahre erstrecken sollte. Sie fing 1971 in Moskau an mit Zuständigkeit für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und gleichzeitig für Polen und Finnland. Danach ging es 1974 nach Washington mit Zuständigkeit für die USA, Kanada und Mexiko. Die nächste Etappe war 1983 die Botschaft in Bonn und ab 1991 in der neuen Bundeshauptstadt Berlin. Sie dauerte zwölf Jahre, ehe es zum Abschluss wieder von 1995 bis 1998 nach Moskau in die nunmehrige Russische Föderation ging.

Adrien Meisch war ein ganz umtriebiger Botschafter, der auf dem diplomatischen Parkett und auch hinter den Kulissen durch sein kosmopolitisches Wesen und auch durch seine kulturelle Einstellung viel für Luxemburg bewirkte. Ein beredtes Beispiel für dieses Taktieren waren seine Treffen in Moskau mit Musikern und Intellektuellen während des Kalten Krieges.

Auch später lud er in Deutschland und in den Vereinigten Staaten Prominenz aus Politik und Wirtschaft und namhafte Künstler in die Botschaft zu Empfängen ein, wo er als begabter Klavierspieler zusammen mit seiner Ehefrau Candace Johnson als Sängerin Konzerte gab, mit denen er seine Gäste auf kulturelle und gesellschaftliche Art für Luxemburg gewinnen konnte.

Als Beispiele für sein erfolgreiches Wirken als vermittelnder Botschafter im Hintergrund bzw. Impulsgeber seien u.a. der Internationale Karlspreis von Aachen für das Luxemburger Volk, die Niederlassung deutscher Großbanken in Luxemburg, die Erfolgsgeschichte von Astra und der Satellitenbetreibergesellschaft SES, die Bestrebungen zur Schaffung einer Universität in Luxemburg und der Bau der Philharmonie und des Mudam genannt. Unbedingt erwähnen muss man auch seinen Einsatz für das Internationale Musikfestival von Echternach und das Orgelfestival von Dülelingen.

Unter den gegebenen Umständen wird Adrien Meisch im engsten Familienkreis auf dem Liebfrauenfriedhof in Luxemburg beigesetzt, während nach dem Ende der Covid-19-Pandemie eine große Trauerfeier mit kulturellem Einschlag womöglich in der Philharmonie geplant ist.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Sieben neue Infektionen

Das Gesundheitsministerium hat seit Beginn der Corona-Krise 4.008 Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus registriert – sieben davon innerhalb der vergangenen 24 Stunden. Das teilte das Gesundheitsministerium mit. Die sieben Neuinfektionen wurden bei 2.269 Tests entdeckt, von denen insgesamt bislang 71.098 gemacht wurden.

Von den 4.008 Infizierten sind 95 noch akut an Covid-19 erkrankt. 3.803 Menschen haben die Krankheit überwunden und 110 Menschen sind an ihr gestorben. Die Zahl der Toten bleibt damit den vierten Tag in Folge unverändert.

38 Menschen befinden sich wegen starker Beschwerden in Zusammenhang mit Covid-19 oder dem Verdacht darauf im Krankenhaus, vier davon auf der Intensivstation. (fgg)

